

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 27. August 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando:
Wochenblatt 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-
Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montags.

Die Inertions-Gebühr
Beträgt für die festgesetzte Kolon-
gelle oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
(nur das erste Wort frei). Insetate für
die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Die Beschäftigung der Jugendlichen und das Lehrlingswesen in Preußen.

In unren Besprechungen der preussischen Fabrik-
inspektoren-Berichte haben wir wiederholt von skandalöser Aus-
nutzung jugendlicher und vielfach noch schulpflichtiger Personen
berichten müssen. Nirgends wohl kommt die Halbheit und
Unzulänglichkeit der gegenwärtigen socialpolitischen Gesetz-
gebung in Deutschland trasser zum Ausdruck, als in dem Um-
stande, daß man sich nicht resolut zu einem Verbot der
Kinderarbeit entschließen kann, daß man dieselbe nur ganz
allmählich im langsamsten Tempo aus der Fabrik zu ver-
drängen sucht, ihr zugleich das weite Gebiet der Heimarbeit
offen lassend und eröffnend. So wissen ja manche der In-
spektorenberichte von einer Abnahme der Kinderarbeit zu erzählen.
Daneben aber stehen nach wie vor eine beträchtliche Anzahl der
empörendsten Einzelfälle, die das System und seine Durch-
führung charakterisieren und brandmarken.

Da wir uns angesichts des bereits mitgeteilten Materials
nicht wiederholen wollen, werden wir daselbe nur um einige
bemerkenswerte Einzelheiten bereichern. Der Potsdamer
Bericht stellt Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen
über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter für nicht weniger
als 106 unter den revidierten Anlagen fest. In einer
Spinnerei und sechs Biegeleien wurden schulpflichtige Kinder
bei der Arbeit angetroffen, vier der Fälle wurden zur Ver-
strafung angezeigt und die Schuldigen in zwei Fällen zu
je 30 M. verurteilt, während in den beiden anderen der
amtsrichterliche Strafbefehl auf sechs Mark lautete. Eine
Kinderbeschäftigung in einer Cigarrenfabrik wurde mit fünf
Mark Geldstrafe geahndet. In einer chemischen Fabrik wurde
ein noch nicht vierzehn Jahre alter Knabe beschäftigt“ u. s. f.
Ein Unternehmer im Regierungsbezirk Breslau, der seine
Lehrlinge zum Kesselheizen anerkant und ihnen eine Ueber-
lastung des Stachelstentils aufgab, wurde für diese Vergehen
und Leben gefährdende Tätigkeit mit 50 Mark Geldbuße
belegt. Auch im Magdeburger Distrikt mußte die Ver-
wendung von Jungen als Feizer und Maschinenwärter
durch polizeiliche Verfügung untersagt werden, da
die Besitzer sich an einfache Warnungen nicht lehrten.
In einer Metallwaren-Fabrik des Regierungsbezirkes
Erfurt wurden zwei Knaben und zwei Mädchen von 10 bis
12 Jahren bei der Fabrikarbeit angetroffen; außerdem wurde
ein jugendlicher Arbeiter täglich 11 Stunden beschäftigt. „Wie
sich herausstellte, hatte die Ortspolizeibehörde irrtümlich für
die Beschäftigung der Kinder sowohl wie für die dem Gesetz
widersprechende Beschäftigung des jugendlichen Arbeiters die
Erlaubnis erteilt.“ Eine unerhörte Ausnutzung von Jugend-
lichen wurde in einer Dachpappfabrik des Regierungsbezirkes
Münster festgestellt. Dort wurden vier Jugendliche oftmals
24, ja mit kurzen Ruhepausen 36 Stunden, beschäftigt.“ Der
Polizeibehörde war von der Beschäftigung der Jugendlichen
keine Anzeige erstattet worden.

Im großen und ganzen dürfte wohl bezüglich der Frage
der Kinderbeschäftigung auch in Fabriken der Düsseldorf-
Bericht das Rechte treffen, wonach aus dem verhältnismäßig
geringen Rückgang in der Zahl der beschäftigten Kinder unter
14 Jahren auf eine beträchtliche nennenswerte Abnahme der
Kinderbeschäftigung nicht geschlossen werden könne. Dem
gleichen Bericht zufolge liegt die Versuchung zu einer Ueber-
schreitung der zulässigen Arbeitsdauer bei Kindern besonders
nahe, „wenn dem Arbeit suchenden Kinde nur noch einige
Monate oder vielleicht nur wenige Wochen bis zum 14. Jahre
fehlen. Zahlreiche Verwarnungen und Bestrafungen haben in
diesem Verhältnisse bisher eine durchgreifende Besserung nicht
zu erzielen vermocht. Die Frage, ob der Schutz der Kinder gegen
vorzeitige gewerbliche Ausnutzung nicht weitergehend und sicherer
als durch die gegenwärtig gültigen gesetzlichen Beschränkungen
dadurch erreicht werden könnte, daß man, entgegen der zur
Zeit vielfach bestehenden Gepflogenheiten, eine Schulentlassung
vor dem 14. Jahre thunlichst ausschloesse und dann die zehn-
stündige Arbeitszeit für die schulentlassenen Kinder allgemein
gestattete, dürfte deshalb ohne weiteres gewiß nicht zu ver-
neinen sein.“ Den gleichen Vorschlag macht der Wiesbadener
Bericht.

Nach wie vor sind es die handwerksmäßigen Betriebe im
eigentlichen Sinne des Wortes, in denen die Lehrlingszucht
graffiert. So spricht der Bericht für den Bezirk Merseburg es
aus, daß in den kleinen Werkstätten verhältnismäßig viel
mehr Lehrlinge gehalten würden, als in den großen. Be-
sonders thun sich in dieser Beziehung die kleinen Druckereien
und Schlossereien hervor. So sind in den Motorwerkstätten
der Metallverarbeitung dem Trierer Bericht zufolge vielfach
Betriebe vorhanden, „die ebenjohiel oder mehr jugendliche
wie erwachsene Arbeiter beschäftigen. Vereinzelt sind Anlagen
dieser Art sogar ausschließlich mit Lehrlingen besetzt. Die
Mehrzahl dieser jungen Leute hat jedoch keineswegs die Ab-
sicht, dauernd Schmieo oder Schlosser zu bleiben, sondern sie
benutzt diese Arbeitsgelegenheit nur, um bis zum zurück-
gelegten 16. Jahre etwas zu verdienen oder wenigstens nicht
bis dahin unthätig zu bleiben, um dann in der Großei-
sen-Industrie, besonders aber beim Bergbau, Beschäftigung zu
suchen. Der Mangel an Arbeitsgelegenheit zwingt die jugend-
lichen Arbeiter, Beschäftigung zu nehmen, wo sie sich findet,

und die Besitzer jener Motorwerkstätten benutzen diesen
Umstand zur Erlangung billiger Arbeitskräfte.“ Freilich wissen
die Inspektoren-Berichte auch von Fällen der Lehrlings-
zucht durch eigentliche Fabrikbetriebe zu berichten.

Häufig wird bei der Eingehung eines Lehrlingsverhält-
nisses nicht genügende Rücksicht genommen, ob der Lehrling
auch in gesundheitlicher Beziehung den Anforderungen der
neuen Tätigkeit gewachsen sein wird. So betont der Erfurter
Bericht, daß man insobedessen z. B. in Porzellanfabriken viele
schwächliche und kränkliche junge Leute finde, die die beste
Aussicht hätten, später der Tuberkulose zum Opfer zu fallen.
Es werde daher zu erwägen sein, für welche Berufsarten die
Zulassung junger Leute von der Verbringung eines ärztlichen
Zeugnisses abhängig zu machen sei. Sehr oft wird in den
Lehrverträgen gegen den § 126 b der Gewerbe-Ordnung ver-
stoßen, wonach mit Lehrlingen in fabri- wie handwerksmäßigen
Betrieben schriftliche Kontrakte abgeschlossen werden müssen. Nach
dem Wiesbadener Bericht scheint es, „daß die Aufstellung dieser
Verträge stets durch die Arbeitgeber allein erfolgt, und daher
deren Rechte mehr wie diejenigen der Lehrlinge zum Ausdruck
gebracht werden.“ Eine Prüfung der Lehrverträge erscheine
daher erwünscht und werde, soweit es möglich sei, von den
Beamten bei Gelegenheit der Revisionen vorgenommen werden.

Der Wert eines zweckmäßig eingerichteten Fortbildungs-
schul-Unterrichts wird namentlich von den größeren industriellen
Betrieben immer mehr erkannt und findet in diesen Kreisen im
allgemeinen Förderung. Während des Berichtsjahres ist
in Düsseldorf für sämtliche im Stadtbezirk regelmäßig
sich aufhaltenden Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter aller
Gewerbebetriebe, einschließlich der Handlungsgehilfen, der
obligatorische Fortbildungsschulunterricht bis zum vollendeten
16. Jahre eingeführt worden. Der Unterricht ist auf
die Stunden von 5—8 Uhr nachmittags an zwei Wochen-
tagen festgesetzt, nur in den Bäder- und Friseurklassen findet
der Unterricht von 2—5 Uhr nachmittags statt. Für jeden
zum Schulbesuch verpflichteten jugendlichen Arbeiter ist der
ihm beschäftigende Gewerbe-Unternehmer gehalten, einen Beitrag
zu den Unterhaltungskosten der Schule von 1,50 M. viertel-
jährlich zu zahlen.“ Auch in München-Gladbach und Mül-
heim a. Rh. ist im Berichtsjahre der Besuch der Fortbildungs-
schule obligatorisch gemacht worden. Eine Einschränkung in
der Zahl der jugendlichen Arbeiter ist, wie manche Kreise be-
fürchteten, dadurch nicht herbeigeführt worden. „Nur eine
Maschinenfabrik, die bisher eine unverhältnismäßig große
Zahl von Lehrlingen beschäftigte, hat sich veranlaßt gesehen,
infolge der Erschwerung der Beschäftigung solcher Arbeiter
keine neuen Lehrlinge mehr einzustellen.“ Manche Arbeitgeber
suchen, wie der Wiesbadener Bericht hervorhebt, die Verpflichtung,
ihren Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern den Besuch der
Fortbildungsschule zu gewähren, dadurch zu umgehen, daß sie
dieselben als „Arbeitsburschen“ annehmen. Schwierigkeiten
scheint die Fortbildungsschulfrage dem westpreussischen Bericht
aufolge nur an kleinen Orten zu bieten. „Wo zum
Beispiel genügend Bäderlehrlinge zur Bildung einer
besonderen Klasse vorhanden sind, kommen die Stunden
für deren Fortbildungs-Unterricht an das Ende der Arbeits-
zeit in Bädereien, d. h. in die späteren Vormittagsstunden
verlegt werden. Geht dies nicht an und müssen deshalb die
Lehrlinge aller Gewerbe gemeinschaftlich unterrichtet werden,
so unterbrechen die Schulstunden die vorgeschriebene „ununter-
brochene“ Ruhezeit und stören die Befriedigung des Ruhe-
bedürfnisses oft recht empfindlich.“

Von manchen Großbetrieben, zumal in den westlichen
Provinzen, wird dementsprechend mitgeteilt, wie sie dem Fort-
bildungsschul-Unterricht wesentliche Ergänzungen durch be-
sonderen Unterricht in den Fabriken hinzuzufügen bemüht sind.
In der gleichen Erkenntnis, daß lediglich handwerksmäßig
vorgebildete Arbeitskräfte sich in sehr vielen Fällen den An-
forderungen des Großbetriebes nicht gewachsen zeigen, sind die Ver-
bände der ost- und westpreussischen Industriellen zur Aufstellung
vorläufig noch unverbindlicher und weitere Erörterungen
benötigender „Gesichtspunkte“ in betreff der Lehrlings-
ausbildung geschritten. Leitender Grundsatz derselben ist, daß
die Industrie, private wie staatliche, für ihren Bedarf an
Lehrlingen selber sorgen müsse. „Die Ausbildung der Lehr-
linge den Handwerksmeistern zu überlassen, empfiehlt sich
keineswegs, da zwischen dem Handwerkerlehrling und dem
Fabriklehrling wesentliche Unterschiede bestehen.“ Die Zahl
der einzustellenden Lehrlinge in den dazu geeigneten Fabriken
muß entsprechen: a) dem eignen natürlichen Abgange von Hand-
werkern, b) dem Bedarf an Handwerkern in denjenigen Betrieben
der östlichen Provinzen, welche jene in zu geringer Zahl oder
in solcher Stellung beschäftigen, daß eine eigne Ausbildung
von Lehrlingen ausgeschlossen erscheint, c) dem Bedarf
an Handwerkern für die niederen Beamtenstellen der be-
treffenden Fachrichtungen, wie Maschinen, Werkmeister usw.
derjenigen Betriebe, welche selbst keine Lehrlinge ausbilden
können. Ueber dieses Bedürfnis hinaus müssen aber die
industriellen Betriebe des Ostens wegen des regen Abzuges
von ausgebildeten Handwerkskräften nach dem Westen die
normale Zahl der Lehrlinge beträchtlich erhöhen.“ Verlangt
wird in erster Linie Hebung der Volksschule als der un-
erläßlichen Vorbedingung für einen den Anforderungen des
modernen Produktionsprozesses gewachsenen Arbeiterstand;
dringend zu wünschen wäre ferner, „daß die Lehrzeit sich un-
mittelbar an die Entlassung aus der Volksschule anschlüsse“. Befordert
wird ferner „ein möglichst weitgehendes Entgegen-

kommen der höheren Verwaltungsbehörde bez. der ander-
weitigen Regelung der Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter auf
Grund des § 139 Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung“, da wegen
„mancherlei Unzuträglichkeiten, die die Bestimmung der Gewerbe-
Ordnung über die Arbeitspausen mit sich bringt“, nicht selten
Fabriken von der Ausbildung von Lehrlingen gänzlich absehen.
„Die Lehrzeit, deren Mindestdauer 3 Jahre betragen sollte,
muß systematisch benutzt werden, vor allem durch ihre Zer-
legung in gewisse, den einzelnen Einrichtungen des Handwerks
entsprechende Abschnitte. Nach Beendigung jedes Abschnittes
wäre zweckmäßigerweise von dem Lehrling ein Probestück zu
leisten, damit sich sowohl der Fabrikherr und die Lehrmeister
als auch der Lehrling von den erworbenen Fähigkeiten ein-
wandfrei überzeugen.“ Ferner seien durchgreifende Verände-
rungen im Fortbildungsschulwesen geboten. „Am wünschens-
wertesten wäre es, wenn der Fortbildungsschul-Unterricht
(wenigstens in den Sommermonaten) frühmorgens ab-
gehalten würde und die praktische Arbeit sich hieran schloesse.“
„Wofern der Fortbildungsschulunterricht nach der Fabrikarbeit
stattfindet, wie es jetzt der Fall ist, wäre den Lehrlingen
zweckmäßigerweise eine angemessene Frist zwischen Schluß der
Arbeit und Beginn des Unterrichts für die nötigen Vor-
bereitungen zu bewilligen.“

Eine Kritik dieser Vorschläge versagen wir uns, da sich
dieselben selber als unverbindliche und vorläufige bezeichnen.
Manche Einzelheiten sind in ihren möglichen Konsequenzen
nicht ohne erhebliche Bedenken; der Grundgedanke allerdings
erscheint uns richtig, wonach der Großbetrieb in höherem
Maße als bisher die Sorge und die Verantwortung für die
Heranbildung seines technischen Nachwuchses zu über-
nehmen hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. August.

Militärischer Totschlag.

In der Strafsache gegen den Bährich Hüssener ist Mit-
woch das dritte Urteil gefallen. Dieses dritte Urteil, vom
II. Senat des Reichs-Militärgerichtes gefällt, hebt das zweite Urteil
auf und provoziert ein viertes. Der Fall Hüssener, über den das
Rechtsbewußtsein des Volkes so rasch, so entschieden, so einstimmig
geurteilt hat, ist für Militärsjuristen ein sehr schwieriger Fall.
Die erste Instanz, das Marine-Kriegsgericht zu Kiel hatte
Hüssener am 26. Mai verurteilt: wegen vorsätzlicher Mißhandlung
eines Untergebenen mit tödlichem Ausgang, wegen unbefugten
Waffengebrauchs und wegen Ungehorsam gegen dienstliche Vor-
schriften. Strafe: vier Jahre und eine Woche Gefängnis und
Degradation. Daß Hartmann Hüssener gestochen habe, wurde nicht
für bewiesen erachtet. Dagegen kam als mildernder Umstand in
Betracht, daß der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt habe.

Die zweite Instanz, das Oberkriegsgericht zu Kiel, stülte
am 6. Juli folgendes Urteil: der Angeklagte sei schuldig: der vor-
sätzlichen Mißhandlung eines Untergebenen mit tödlichem Ausgang
und der vorschriftswidrigen Behandlung eines Untergebenen. Strafe
zwei Jahre und sieben Tage Festungshaft. Keine Degradation.
Das Gericht hat dem Angeklagten geglaubt, daß Hartmann
einen Stoß nach ihm geführt habe. Der Angeklagte sei berechtigt
gewesen, die Waffe zu gebrauchen, nur hätte er ihn dabei nicht to-
teten sollen. Der Fall sei minder schwer, und die Situation sei
schwierig gewesen.

Hinwieder erklärt die dritte Instanz, das Reichs-Kriegs-
gericht: das Urteil des Kieler Oberkriegsgerichtes sei aufgehoben,
soweit es die Mißhandlung dieses Untergebenen betrifft. Begründet
sei die Mäße der Nichtanwendung des § 212 des Reichs-Strafgeset-
buchs (Totschlag). Es muß nun von neuem durch das Oberkriegs-
gericht festgestellt werden, ob der Angeklagte mit der Möglichkeit eines
tödlichen Ausgangs gerechnet habe.

Also gemeiner Totschlag? Die beiden Vorberinstanzen sind zu
dieser Auffassung nicht gekommen, selbst der Ankläger hat nur ge-
meint, daß Hüsseners That an gemeinen Totschlag grenze. Und
die zweite Instanz hat dem Angeklagten sogar zugestimmt, es sei für
ihn schwierig gewesen, im Augenblick zu erkennen, ob er den Hart-
mann nun totschlagen müsse oder nicht!

Die zweite Instanz hat in der Begründung ihres Urteils aus-
gedrückt, Hüssener hätte sich Gehorsam verschaffen sollen, indem er
Hartmann zu Boden geschlagen hätte, wenn nur kein Blut
schieß und kein zu großer Skandal entsteht!

Man entleide den Fall für einen Augenblick der militärischen
Uniformen: Ein Mann habe auf der Straße mit einem harmlosen
Betrunknen einen Streit vom Zaune gebrochen und seinen Gegner
sobald einen Dolch in den Rücken gestochen, so daß er vorne mit
der Spitze heraus kam. Zweifelloß liegt hier eine vorläufige
Tötung, ausgeführt ohne Ueberlegung, also Totschlag im Sinne
des Gesetzes vor.

Sieht man aber den beiden, dem Thäter und dem Opfer
Uniformen an, und zwar dem Thäter eine bessere Uniform als
dem Opfer, so wird der sonnenklare Fall sofort zu einer höchst ver-
wickelten juristischen Streitfrage. Der militärische Vorgesetzte hat
das Recht, Menschen tot zu schlagen, wo es ein anderer nicht hat.
Und dieses Recht ist eine der stärksten Stützen der heute beliebten
Art der Disziplin.

Gewisse Blätter, die immer in Entzücken geraten, wenn ein
Minister liberale Redensarten gebraucht oder ein Prinz in Zivil
spazieren geht, meinen, die Beschuldigung über das Urteil des
Reichs-Militärgerichtes werde allgemein sein. Das ist sehr zu
bezweifeln, nicht bloß, weil durch dieses Urteil für die Güte unfrer
militärischen Einrichtungen nichts bewiesen wird, sondern auch, weil

ganz im Gegenteil die Anhänger einer schneidigen Disziplin durch dieses Urteil in große Verwirrung gebracht werden. Hartmann war doch zweifellos ein „ungehorsamer Untergebener“, er hat sich der Verhaftung durch Häftener widersetzt und ist von Häftener vorwärtsmächtig zur Strecke gebracht worden. Wenn das bisherige Totschlagen nicht mehr erlaubt sein soll, dann wird man die Götterdämmerung der Disziplin heranziehen sehen, und Häftener als Märtyrer verehren!

Unter allen Umständen steht so viel fest: Das fürchterliche Recht eines militärischen Vorgesetzten einen Untergebenen ohne jedes Urteil auf der Stelle zu erschlagen, ist an Bedingungen gebunden, über die sich drei militärische Gerichtshöfe untereinander nach langwierigen Verhandlungen völlig einig sind. Und da soll sich ein zwanzigjähriger Bursche im Augenblick des Affektes auf der Stelle Kar sein! —

Eine kirchliche Arbeiterrede.

Der diesmalige Katholikentag ist gleich der Mehrzahl seiner Vorgänger mit dem üblichen Nummernschanz von Arbeiterveranstaltungen eingeleitet worden. Als Hauptattraktion fungierte bei der Sonntagsvorstellung der bekannte Abg. Sittart aus Aachen, mit dessen Namen die christliche Witwen- und Waisenversorgung des Buchtartaris ebenso rühmlich wie unwiderstehlich verknüpft ist. Diese besondere Befähigung, als williger Lakai der Centrumshauptgrößen vor einer Arbeiterversammlung die sozialen Ziele des Centrum zu heroisieren, wird noch löblich vermehrt durch seine genaue Entdeckung aus der Zeit des Wahlkampfes, als wären den Arbeitern aus den staatlichen Versicherungen bisher etwa 4 Milliarden Mark zugeflossen, wobei seine fromme Wahrhaftigkeit, naiv wie sie nun einmal ist, die in dieser Summe enthaltenen Arbeitergrößen dem Verdienst der Herren Unternehmer menschenfreundlich zu Buch schrieb.

Zunächst rief der gottselige Herr das 20. Jahrhundert mit Gott für Gott, mit der Kirche für die Kirche, für König und Vaterland in die Schranken. Gleich nach diesem gottesfürchtigen Fanfarentoß beehrte er sich, zu konstatieren, daß der Arbeiter heute nicht mehr Handelsware sei, daß er hinaufgestiegen sei zur Stufe der Gleichberechtigung. „Mehr und mehr sehen wir das Bewußtsein durchdringen, daß wir Menschen alle Brüder sind. Dem Bruder ist nicht gedient, wenn ihm die kalte Münze in die Hand gedrückt wird als Lohn für die Arbeit; er verlangt mit Recht Liebe, Achtung und Teilnahme.“ Wie das Centrum die „Brüderlichkeit“ zum Nutzen derer, die da haben, zu interpretieren versteht, hat es ja in der Steuer- und Zollgesetzgebung sowie durch seine Vermehrung der Militär- und Marinekapfen deutlich genug bewiesen. Man weiß in der That nicht, was man mehr bewundern soll, die katholischen Arbeiter, die solche Heucheleien geduldig anhören und ihnen gar noch Beifall spenden, oder jene bewußte Dreistigkeit, die unbekümmert um die handgreiflichsten Thatfachen des politischen und ökonomischen Lebens die Wahrheit mit der gleichmütigen Miene des Biedermeiers feilenruhig auf den Kopf stellt. Denn daran z. B., daß der Arbeiter heute keine Handelsware mehr sei, glaubt Herr Sittart nicht einmal in der gehobenen Stimmung des 50. Katholikentages, geschweige denn in seinem übrigen privaten wie öffentlichen Leben. Aber wenn es sich um die heiligen Güter des konfessionellen Centrumskapitalismus handelt, schent so ein Centrumsagitator selbst vor feigen Ansichten nicht zurück. Die sog. Gleichberechtigung des Merkmalismus ist eine rein theologische, bestehend in einem Blancoaccept auf ein niederen jedenfalls nicht realisierbares Jenseits. Im übrigen kennt die kapitalistisch-konfessionelle Rechtgläubigkeit als Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft anerkanntermaßen nur die politische, soziale und rechtliche Ungleichheit. Herr Sittart sprach zwar von den „Triumphen“ des 16. Juni. Zu einer Auslassung über das einzige „Gleichheitsrecht“ des Arbeiters, das bestehende Wahlrecht, das man auch in den Arbeiter-Versammlungen der Katholikentage mit Vorliebe in den Vordergrund zu schieben pflegte, fand er offenbar keine Zeit, und man wird abwarten müssen, ob die Versammlung in anderem Zusammenhange sich überhaupt zu der Frage des Wahlrechts äußern wird.

Natürlich fehlt auch der Hinweis auf die „großartigen“ Leistungen der christlichen Caritas nicht. „Ohne die christliche Liebe wäre die Welt eine Hölle von Fluch und Verzweiflung.“ Daß die Caritas der Kirche schon im sechsten Jahrhundert an der Zeitrechnung an dem sogenannten Armengut eine durchgreifende Expropriation zum eigenen Vorteil vornahm, um daraus dann die fürchterlichste Ausbeutungsmaschine zu machen, die die Weltgeschichte kennt, daß das „Armengut“ für die Ausstattung päpstlicher und bischöflicher Nepoten und Maitressen in unzähligen Fällen gut genug war, daß es wie zum Beispiel in dem Frankreich der späteren Bourbonen zum Unterhalt von Nonnenklöstern, die die anerkannten Vorbilder der Pfaffen und der Lebewelt waren, hat herhalten müssen, von dieser Seite der Medaille schwieg natürlich des Redners Höflichkeit. Einmal bei der christlichen Caritas, kehrt in einer kirchlichen Rede selbstverständlich auch der Hinweis auf Ketteler wieder. In Nr. 39 dieses Blattes haben wir die Stellung Kettelers zum Socialismus an der Hand seiner Schriften bereits kurz gewürdigt. Unse damaligen Feststellungen scheinen den Centrumsgroßen noch heute böse im Magen zu liegen. Wenigstens nahm der Redner im „Colosseum“, wo gleichfalls eine Arbeiterversammlung tagte, Veranlassung, die damaligen Behauptungen des „Vorwärts“, „schlagend zu widerlegen“. Leider besagt der uns zur Verfügung stehende Bericht katholischer Blätter nicht mehr, so daß wir diese „schlagende Widerlegung“ nicht nachprüfen können. Es würde auch der eingeleitetsten rabulistischen Sophistik schwer werden, die klaren Auslassungen Kettelers unzulänglich, wonach er die sozialistische Kritik der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber acceptieren und selbst zur Verwirklichung der Vassalischen Produktivassoziationen auffordern konnte. Gerade Ketteler hat in seiner Person unter den ersten mit den Beweis geliefert, daß man Socialist sein kann, ohne deshalb seiner religiösen Ueberzeugung sich entschlagen zu müssen, daß vielmehr der kommunistische Hauptsatz der katholischen Eigentumstheorie, wonach alle Menschen den naturrechtlichen und in jedem Augenblick realisierbaren Anspruch auf die Subsistenz besitzen, unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen notwendig zum Socialismus führt.

Es versteht sich von selbst, daß der Hinweis auf Leo XIII. und die sociale Thätigkeit des Centrum den Hauptteil solcher Centrumsreden ausmacht. Ueber Leo XIII. haben wir uns in der letzten Zeit wiederholt ausgelassen und dem kein Wort hinzuzufügen. Die sociale Thätigkeit des Centrum identifiziert Sittart mit der Person Papes. Auch über diesen und sein Verhältnis zu Ketteler haben wir früher bereits das Nötige gesagt. Steht das sogenannte Galenische Programm, wie es heute noch für das Centrum maßgebend ist, zum Programm Kettelers

in einem principiellen Widerspruch, insofern es von einer einheitlichen Organisation des Arbeiterstandes, wie das Kettelerische Programm sie fordert, nichts weiß und bis heute nichts wissen will, auch angesichts der inzwischen aufgetauchten christlichen Gewerkschaften gar nichts wissen darf, so hat Hitze als sein „Ziel“, mit dem die Arbeiter abgefüttert werden sollen, die englische Fabrikgesetzgebung präcisirt, also „Schuh“-Gesetze, bei denen auch der brutalste Unternehmer-Egoismus noch feist und fromm gedeihen kann. Wenn, wie Sittart das in Aussicht stellte, das Centrum für die Folge in der That energischer und nachhaltiger für die Interessen der Arbeiterkassen eintreten sollte, so wird es in dieser Richtung Anwendung der Lehren des 16. Juni von niemand kräftiger unterstützt werden, als gerade von der Socialdemokratie. Freilich macht sich diese Voraussage in der apodiktischen Form, die ihr der Abg. Sittart gegeben, von vornherein als Spiegelreiter für jeden Feind, der die Entwicklung im Centrum etwas näher verfolgt hat. Die Lage der Kardofferei und der Ballistremiaden haben auf das unzweideutigste bewiesen, daß die sogenannten Demokraten des Centrum an die Schlot- und Vergewerksbarone und die Mittelstandsretter total und endgültig abgedankt, daß die reaktionär-konservativen Elemente der Partei die Mehrheit wie die Führung haben. Wie da wirkliche Arbeiterpolitik getrieben werden soll, wird wohl ewig das Geheimnis des Herrn Sittart bleiben. —

Deutsches Reich.

Die Kaiserinsel.

Auf den Patientenlassungs-Antrag des Anwalts unfres Kollegen Leid, Theodor Liebnicht, ist bisher ein Verdict nicht ergangen.

Der Hofmarschall des Kronprinzen v. Trotha läßt durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilen, daß er bei der Staatsanwaltschaft gegen den „Vorwärts“ Strafantrag wegen Verleumdung gestellt hat. Der Herr kommt unsern Wünschen entgegen. Unser verantwortlicher Redakteur ist bereits für Donnerstag zur Vernehmung geladen. —

Phantastischer als die Kaiserinsel.

Für die Kaiserparade bei Erfurt hat der Militärökus das eigentliche Paradefeld, d. h. das Terrain, auf welchem die Truppen vor dem Kaiser vorbeimarschieren, sozusagen auf ein Jahr gepachtet. Mit andern Worten: der Militärökus hat die Besitzung dieses zehn Ader umfassenden Terrains, sämtlich Landwirte in dem weimariischen Dorfe Azmannsdorf, verhindert, für dieses Jahr es zu bestellen, und zahlt dagegen für den Ader 165 M. Weiter hat der Militärökus das fragliche Terrain im Frühjahr planieren und mit Gras besäen lassen, und seitdem ist unablässig unter Aufsicht eines Majors z. B. daselbst gearbeitet worden, um eine möglichst glatte und feste Rasenfläche zu schaffen. Das Gras wurde häufig gemäht und der Boden gewälzt; jede sich insolge von Witterungseinflüssen usw. wieder zeigende Unebenheit beseitigt. Hierzu kommen jetzt, wo soeben die sehr große und sehr teure Zuschauertribüne dicht bei diesem Paraderain errichtet wird, noch folgende Vorbereitungen: Die Truppen werden, von einer Stellung zwischen Azmannsdorf und dem nördlich davon gelegenen Dorfe Kerspleben aus in südwestlicher Richtung nach jenem Paraderain und weiterhin nach dem etwa einen Kilometer davon entfernten Bahndamm der Thüringischen Staatsbahn zu marschieren. Sie müssen dabei einen von Azmannsdorf nach Erfurt führenden Kommunalweg überqueren, der auf der einen Seite von Pflanzbäumen und einem Graben flankiert ist. Der Graben muß deswegen auf eine erhebliche Strecke zugefüllt und die zum Teil sehr stattlichen Bäume müssen für dieselbe Strecke beseitigt werden. Ferner wird nicht nur eine Haltestation an der Eisenbahn für den Kaiser errichtet, sondern es wird auch von dieser aus eine Art Chaussee nach dem Paraderain gebaut, auf welcher sich der Kaiser mit seinem Gefolge zur Parade begiebt und diese wieder verläßt. Die Chaussee wird 11 Meter breit und fährt über eine Bodenhebung, die zum Teil planiert wird. Die betreffenden Arbeiten werden von Infanteristen und Pionieren ausgeführt.

So erzählt nicht der „Vorwärts“, sondern der gut national-liberale „Hannoversche Courier“. Wird die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ diese über den Militärökus behaupteten Extravaganzen nicht schließlich ins Bereich der lächerlichen Humdrings-Phantasien verweisen? —

Zeugniszwang.

Gegen den Redakteur der „Hilfe“, Gerhard Hildebrand, ist ein Zeugnis-Zwangsverfahren eingeleitet worden. Im Anfang des Jahres veröffentlichte Hildebrand in seinem Blatte einen Artikel, worin eine Dienstankündigung für die unmittelbare den Kreis-Schulinspektoren unterstellten Direktoren in Regierungsbezirk Potsdam kritisiert wird. Der Regierungspräsident von Potsdam möchte sich gern den Verfasser des Artikels kaufen, in dem er einen Lehrer vermittelte, und deshalb wurde ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt eingeleitet und Hildebrand als Zeuge vernommen. Dieser lehnte unter Hinweis auf das Redaktionsgeheimnis jede Mitteilung über den Verfasser als unmoralisch ab, wofür er mit 100 M. Geldstrafe belegt wurde.

Am Dienstag ging nun Herrn Hildebrand die Aufforderung zu, sich Donnerstag, den 27. d. M., zum Antritt der Zwangshaft wegen Zeugnisverweigerung zu stellen.

Im Interesse der öffentlichen Moral und des Ansehens der Presse muß immer wieder mit aller Entschiedenheit die Abschaffung des Zeugniszwanges für Redakteure gefordert werden. Der Redakteur erhält seine Mitteilungen nur in der Voraussetzung, daß er das ihm gesandte Vertrauen nicht missbrauchen werde zur Schädigung seines Gewährsmannes. Mit dem Grundsatze der Pressefreiheit ist der Zwang zur Zeugnisablegung gegenüber dem Redakteur durchaus unvereinbar. Das entspricht auch durchaus dem öffentlichen Rechtsbewußtsein. Ein Redakteur, der seinen Gewährsmann ausliefert, setzt sich allgemeiner Verachtung aus; es widerspricht deshalb der öffentlichen Moral, ihn durch Zwangsmittel zu dieser verächtlichen Handlung veranlassen zu wollen. Dem Rechtsbewußtsein ist durchaus genügt, wenn der Redakteur für den Inhalt seiner Zeitung einsticht und für etwaigen strafbaren Inhalt Strafe zu erleiden hat. —

Vom Katholikentag.

Köln, 25. August. (Fig. Ver.) Herr Orterer, der zur Leitung des diesjährigen Katholikentages berufen wurde, ist ein unglücklicher Präsident. Der Mann hört sich nämlich zu gerne selber sprechen. Wie am Montag in der geschlossenen, so auch in der am Abend stattfindenden öffentlichen Generalversammlung nahm er mit seiner Rede einen ungebührlich breiten Raum ein und schob damit andre Redner von der Liste. Herr Orterer, den Dr. Sigl als Dr. Boetzer am besten gekennzeichnet hat, versteht es, große Worte zu machen, um so größere, je armeneliger der Inhalt dessen ist, was er zu sagen unternimmt. Er redete am Montagabend über Kirche und Papst, über die katholische Bewegung und ihre Führer in Vergangenheit und Gegenwart — und alles, was er berührte, war für ihn großartig, edel, erlauch, heilig! Wir wissen, daß Köln eine heilige Stadt ist; aber für Herrn Orterer ist auch der Rhein heilig. Es wird den schiffbewachenden Jubelgais, der in den grünen Fluten mit leuchtigen Ärgen ein friedames, aber alles in allem keineswegs christliches Leben fährt, nicht wenig überraschen, daß er auf seine alten Tage noch heilig gesprochen wird. Ein

weiter Mann aus dem Böhmerlande, Rechtsanwalt Kumpf aus München, redete über die römische Frage. Das katholische Volk darf nicht rasen, bis dem Papste die zur Leitung der Kirche nötige weltliche Herrschaft wiedergegeben wird, — denn wozu nennt sich der Papst der Nachfolger Christi, der bekanntlich nicht hatte, wozin er sein Haupt legte, und der verkündete, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei —

Heute wurde in Köln zum Alarm wider die Socialdemokratie gehalten, und zwar geschah das auf der Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland, der bei solchen feierlichen Gelegenheiten nie genannt wird ohne den Zusatz: „Das unvergleichliche Vermächtnis unfres umhergeflüchten Bindhorst“. Der Volksverein hat im letzten Jahre um 90 000 Mitglieder zugenommen; er hat deren jetzt 900 000, wovon rund 100 000 auf Rheinland und Westfalen kommen. Die Verkündigung dieser Zahlen rief in der Versammlung stürmischen Beifall hervor, und die Redner thaten sich nicht wenig zu gut auf diese Erfolge. Wie der Vorsitzende, Fabrikbesitzer Brandts aus München-Gladbach, meinte, sei der Volksverein auf dem Wege, der größte sociale Verein der Welt zu werden. Gebet und Arbeit seien seine Waffen, mit denen allein unser Volk vor den Irrungen der socialistischen Verführung bewahrt werden könne. — Erzbischof Fischer forderte zum Eintritt in den Volksverein auf, der dringend nötig sei zu einer Zeit, wo der Geist des Umsturzes in der sozialen und religiösen Ordnung neuerdings wieder so große Erfolge erlangen habe.

Der interessanteste Redner war diesmal der Abgeordnete Trimborn, der heute seiner Rolle als Humorist entsagt hatte und sich als warnender und mahrender Jeremias zeigte. Aus Herrn Trimborns Worten hörte man noch die Angst heraus, die der ehrgeizige Mann in den Tagen des Juni um sein gefährdetes Kölner Mandat empfunden hatte. „Drei Millionen Stimmen, bedenkens Sie, was das heißt“, — rief Herr Trimborn ein — über das andre mal aus. Und jammerte hoch er die Hände: „Das sind 47 Prozent Zunahme in fünf Jahren. Welche Warnung für uns Katholiken!“ Herr Trimborn will den Trost nicht gelten lassen, den sich die Seinen erlauben, daß es sich bei den Stimmen, um die die Socialdemokraten zugenommen habe, zum größten Teil um Mittläufer handle. „Gewiß“, so meinte er, „gibt es unter den 900 000 Stimmen Mittläufer, aber nicht so viele, wie gern angenommen wird. Es steht fest, daß die Socialdemokratie auch um Hunderttausende von zielbewußten Genossen zugenommen hat, auch deren Zahl ist um 47 Proz. gewachsen. Und wer da glaubt, daß die Socialdemokraten unter den katholischen Arbeitern keinen nennenswerten Erfolg erringen könnten, der ist hoffentlich durch die letzten Wahlen eines andern besehrt worden. Die katholischen Arbeiter sind nicht überall in wünschenswerter Weise gegen die socialistische Verführung gesiegt, und was das schlimmste, auch das platte Land ist gefährdet. Die Gefahr ist ernst, sehr ernst, sie ist außerordentlich groß für Kirche und Vaterland!“

So Jeremias Trimborn. Indessen, er weiß ein Mittel, der Gefahr zu begegnen: das Centrum braucht die drei Millionen Socialdemokraten nur drei Millionen Mitglieder des Volksvereins entgegenzustellen. Und das ist sehr einfach, wie Herr Trimborn klarlegte: „Es gibt in Deutschland fünf bis sechs Millionen katholische Männer, wenn von ihnen nur jeder zweite dem Volksverein beiträgt, dann sind wir der Socialdemokratie gewachsen.“

Schade für Herrn Trimborn, daß man die Socialdemokratie nicht mit einem „Wenn“ beiseite schaffen kann.

Köln, 26. August. (Tel.) In der heutigen geschlossenen Generalversammlung der Katholiken, welcher die Kardinalen Ferrari und Fischer beizwohnten, wurde u. a. der Ansuchen Antrag angenommen, die 51. Generalversammlung im Jahre 1904 in Regensburg und die 52. im Jahre 1905 in Straßburg abzuhalten. Ein Antrag bezüglich der Seelsorge für die Polen wurde zurückgezogen, um den Entschlüssen des deutschen Episkopats nicht vorzugreifen. —

Grubenhygiene und Wurmkrankheit.

Die alarmierenden Zustände im Ruhrrevier lenken die Aufmerksamkeit aller Grubenarbeiter erneut auf den hygienischen Zustand der Gruben. Seit Jahrzehnten stellen die Bergarbeiter Forderungen auf bessere sanitäre Einrichtungen in den Gruben, namentlich fordern sie ordentliche Bode-Einrichtungen, gute Abortanlagen und Beschaffung guten Trinkwassers in ausreichender Menge. Auch die sächsischen Bergleute haben diese Forderungen längst erhoben, bis jetzt aber leider mit sehr wenig Erfolg. Aus Anlaß der tiefen Verbreitung der Wurmkrankheit schreibt Polorny-Wladan u. a.: Wie steht es in dem sächsischen Kohlenrevier? Haben wir Ursache, die Hände in den Schoß zu legen, oder ist es Pflicht für uns, auch auf die Dinge, wie sie in Sachsen liegen, hinzuweisen?

Wer bürgt uns dafür, daß wir die Wurmkrankheit nicht schon in Sachsen haben?

Wer die sanitären Verhältnisse auf den Gruben in Sachsen kennt, weiß, daß diese alles zu wünschen übrig lassen — nur einige Werke schießen wir aus. Ferner kommt der Arbeiterwechsel sowie die Einschleppung fremder Arbeiter in Sachsen für die Einschleppung der Wurmkrankheit in Betracht. Nach beiden Seiten hin ist in Sachsen ebenso gesündigt worden, wie im Ruhrrevier — ja noch mehr.

Vade-Anstalten, wie sie im Ruhrrevier auf jedem Werke vorkommen, kennt man auf den meisten Werken Sachsens nicht. „Millionenschwere“ Werkbesitzer im Zwickauer Revier haben es bis heute noch nicht für nötig befunden, der Schweineerei endlich ein Ende zu bereiten. Da hilft kein Ausreden — die Herren verlangen Dividenden; alles andre ist ihnen Wurst! Schlimmer steht es noch auf den Braunkohlenwerken des Leipziger und Dresdener Beckens. Hier findet man sogenannte Waschrüge, die oft wochenlang nicht gereinigt werden, und doch sind die Bergleute gezwungen, sich hier die Hände zu waschen — weil nichts andres da ist. Hier und dort bilden halbe Käfer, in die Erde eingegraben, die einzige Waschgelegenheit. Wer wollte sich da baden!

Auch das Abortwesen liegt sehr im argen, sogar auf den großen Steinkohlenwerken. Angenehm ist die Reinigung und ungenügend auch die Zahl der Abortkasser. Oft stehen tagelang solche Käfer überbott da. Auf den Braunkohlenwerken sind Abortkasser ein Luxus, den sich die Grubendirektoren nicht gestatten. Der Arbeiter „macht's“ in der Stube ab, froh, daß er dabei nicht erlappt wird.

Schlimm steht es mit dem Trinkwasser. Auf den Braunkohlenwerken sieht es auch hierin am schlimmsten. Die Bergleute sind hier gezwungen, oft Schacht- oder Nischwasser zu trinken, wenn sie nicht Geld zu vier anwenden wollen, was ihnen der Betriebsführer verweigert, oft zu einem höheren Preise als in gewöhnlichen Geschäften.

Was hat nun die sächsische Behörde zur Abhilfe hier gethan?

So sind und wo waren die bürgerlichen Blätter, als es sich um diese Forderungen, um die Abhilfe dieser Missethände handelte? Verhöhnt und verunglimpft hat man die Bergarbeiter auf jede Art und Weise. Jetzt freilich bekommt man Furcht vor dem eignen Thun und Treiben.

Im Leipziger Becken ist es fortwährend der Fall und es ist noch gar nicht lange her, daß sogar sächsische Werte Arbeiter im Auslande (Dux-Prücker Revier) anwarben. Unterdessen wurden brave sächsische Bergarbeiter zu Hunderten auf das Strohpflaster geworfen. Das war sächsische Socialpolitik!

Wir fordern im Interesse der Bergarbeiter sofortige Untersuchung und zwar vornehmlich der Verhältnisse solcher Schächte, wo ausländische Arbeiter angelegt wurden, ferner solcher, wo Arbeiter aus Westfalen hierher zurückkehrten und Arbeit erhielten. Der Arbeiterwechsel auf einigen Gruben war in der letzten Zeit so groß, daß der Ab- und Zugang die ganze Verlegungsliste umfachte.

Aus demselben Anlaß traten am Sonntag Vertreter der Bergleute sämtlicher sächsischer Reviere in Chemnitz zu einer Konferenz zusammen.

Ein Vorschlag, an die Behörde eine Eingabe zu richten mit dem Ersuchen, der Wurmkrankheit energischer als bisher entgegenzutreten, wird einstimmig abgelehnt mit der Begründung, daß nach dieser Richtung nichts zu erwarten sei. Es wird angeregt, hierzu in erhöhtem Maße an die Öffentlichkeit zu appellieren und eventuell die Presse in Anspruch zu nehmen. —

Zur Reichstagswahl in Dessau haben die „Wahlvereine des reichstreuern Bürgerturns“ beschlossen, eine Unterstützung der Kandidatur Schrader abzulehnen und die Wahl zwischen dem Freisinnigen und dem Kandidaten des Bundes der Landwirte Schirmer freizustellen.

Die „National-Zeitung“ hält nach dieser Zersplitterung den Sieg des 82. Socialdemokraten für nicht unwahrscheinlich.

Gehändniszerpfehlung im Kriegerverein.

In den Orten Adersruh, Britzow und Rubelstadt im schlesischen Kreise Silesien waren bei der letzten Reichstagswahl ungewöhnlich viel socialdemokratische Stimmen abgegeben worden und deshalb stieg im Kriegerverein die Vermutung auf, daß auch Kriegervereins-Mitglieder socialdemokratisch gewählt haben müßten. Um das zu erfahren, versiel man auf ein Mittel, dessen Würdigung man der Öffentlichkeit ruhig überlassen darf. Man ließ den ganzen Kriegerverein antreten und unter Hinweis auf den Fahneid wurden die Mitglieder aufgefordert, zu bekennen, wen sie gewählt haben. Der Vorsitzende Hauptmann Heinrich Langner und der Ehrenvorsitzende Baron Senft von Pilsach schritten die Front ab und fragten jeden, wen er gewählt habe. Eine ganze Anzahl der Mitglieder gab darauf mutig die wahrheitsgemäße Antwort, daß sie socialdemokratisch gewählt hätten. Sie wurden darauf förmlich ausgeschlossen. Unter den Ausgeschlossenen befindet sich auch der neunzigjährige Schneidermeister Wüller aus Rubelstadt, der dem Verein über 50 Jahre angehört hat und nur alle durch seine Beitragszahlung erworbenen Unterstützungsansprüche verliert.

Man kann es den Kriegervereinen an sich nicht verdenken, wenn sie keine Socialdemokraten in ihrer Mitte haben wollen; wir stehen auch auf dem Standpunkt, Socialdemokraten haben in einem Kriegerverein nichts zu suchen. Aber wenn die Kriegervereine das Recht für sich in Anspruch nehmen, politischen Gesinnungsdruck auf ihre Mitglieder zu üben, dann müssen sie das von vornherein sagen und vor allen Dingen bekennen, daß sie politische Vereine sind. Dann wird sich mancher vor dem Eintritt in solchen Verein hüten, der sich jetzt durch die harnlose Maske der Pflege der Kameradschaftlichkeit und der gegenseitigen Unterstützung zum Eintritt verleiten läßt. Ist einmal jemand jahrelang Mitglied eines solchen Vereins gewesen, hat zu den Unterstützungsbeiträgen hohe Beiträge bezahlt und glaubt in Notfällen Anspruch auf Unterstützung zu haben, dann kann man es wohl verstehen, wenn er nicht gern aus dem Verein ausscheidet, auch wenn er unterdes Socialdemokrat geworden ist und innerlich mit den wahren Zwecken dieser Vereine nichts mehr zu thun hat. Die vorgeschaltete Parteilosigkeit der Vereine kommt ihm dabei entgegen. Die Unwahrscheinlichkeit der Firma verleitet zur Aufrechterhaltung eines unwahrscheinlichen Verhältnisses.

Abgesehen von all dem giebt es natürlich nicht die Spur eines Rechtfertigungsgrundes für das Verfahren, das der Kriegerverein in Adersruh u. eingelagert hat zur Ausfindigmachung der socialdemokratischen Wähler unter seinen Mitgliedern.

Es kann nur immer wieder darauf hingewiesen werden, daß Leute von aufrichtiger Gesinnung sich von vornherein den Kriegervereinen fernhalten mögen.

Nur nicht zu viel Arbeiterfreundlichkeit. Der nationalliberale Handelskammerpräsident von Saarbrücken, Herr Richard Wopelius in Sulzbach, hat bei der Eröffnung der Handwerker-Ausstellung in Saarbrücken seinem arbeiterfreundlichen Herzen Luft gemacht. Er redete einer kräftigeren Mittelstandspolitik als bisher das Wort und erklärte sich für ein „Scheidlich-friedlich“ zwischen Handelskammer und Handwerkskammer. Die Handelskammer wolle die Arbeitgeber und Meister schätzen vor allzugroßer Arbeiterfreundlichkeit, denn man werde heutzutage mit Wohlfahrtsmaßnahmen geradezu überschüttet, so daß er fürchte, die Arbeitgeber ersaufen darin. Heute schätze man die Arbeitsunwilligkeit (drohenden, demonstrierenden Beifall verzeichnet hier der Bericht der „Trierischen Landeszeitung“). Die Wohnungsnot bestehe vielfach darin, daß die Leute die Miete nicht bezahlen wollen. (Demonstrativer Beifall.) Das komme daher, daß die Jugend so verlottert sei; schon in der Schule werde die Jugend verwöhnt; es sei nicht mehr erlaubt, in der Schule ungebrauchte Holzstücke anzuwenden oder in der Werkstatt dem frechen Durchein eine Maulschelle zu geben. Was fehle, sei: mehr Gehör für die Besorgnis in der Werkstatt. Der Redner schloß: „Meine Herren vom Handwerkerstand, unterstützen Sie uns in den Fabriken, damit wir Herr bleiben in unserem Hause!“

Herrn im Reiche durch Einschränkung des Wahlrechts wollen die Industrieherrn sein und dann werden sie sehr bald auch — so kalkulieren sie wenigstens — Herren in der Fabrik sein durch weitere Anebenung der Arbeiter.

Ein Duellmord infolge eines Krankenkaßen-Konfliktes. Der Konflikt zwischen den Krankenkaßen und Ärzten in Mühlhausen in Thüringen hat jetzt ein sehr tragisches Nachspiel gehabt. Zwischen einem der Führer des Ärztelarkells gegen die Krankenkaßen, einem Dr. Schloß, und einem der beiden durch die Krankenkaßen herbeigezogenen Ärzte, Dr. Schwarz, hat ein Duell stattgefunden, das den Tod des Dr. Schloß herbeigeführt hat.

zunächst wurde von beiden Seiten versucht, die wahre Ursache des Todes des Dr. Schloß zu verwechseln. Man verbreitete das Gerücht, er sei infolge einer Blutvergiftung gestorben, die er sich bei einer Operation zugezogen habe. Andererseits aber nahm der wahre Grund in Gerüchten, die in der Stadt umherliefen, immer festere Form an, und der „Mühlh. Generalanzeiger“ hat ein abriges, indem er diese Gerüchte öffentlich andeutete. Gleichzeitig brachte eine Geraer Zeitung dieselben Andeutungen. Daraufhin wurde am Dienstag auf dem Bahnhof Seebach der Dr. Schwarz verhaftet und nach Mühlhausen übergeführt und die Leiche des Dr. Schloß, die schon nach Gotha zur Verbrennung übergeführt war, dort gerichtlich beschlagnahmt.

Ein zahlendes Mitglied des Giesebrecht-Syndikats, das aber seinen Namen verschweigt, sendet an eine Anzahl Scharfmacher-Blätter eine längere, höchst konfuse Zuschrift. Da wird erst versucht, die Bedeutung der „Vorwärts“-Veröffentlichung abzuschwächen und Herrn Giesebrechts Unternehmen als ganz gleichgültig hinzustellen, um dann schließlich die litterarische Vertriebsarbeit des Herrn für außerordentlich wertvoll, fürstlich und überwältigend zu erklären. In dieser Hinsicht heißt es: „Der „Vorwärts“ wird es schwerlich wagen, die ihm jedenfalls vorliegenden Auffäge des Dr. G. über das Wahlrecht zu veröffentlichen, denn dann würden die Mängel des jetzigen Systems auch bei manchen denkenden Lesern einen dem „Vorwärts“ unerwünschten Eindruck machen. Kamemlich würde dann auch in den weiteren Schichten des Volkes bekannt, daß thatsächlich in Deutschland im Vergleich zu anderen Kulturländern das radikalste Wahlsystem besteht.“

Belanntlich hat der „Vorwärts“ das Wagnis in seiner ersten Veröffentlichung zur Giesebrechterei unternommen, wo die Geistesblitze des Herrn Giesebrecht aufgefangen wurden.

Das Fiasko der Wassermann-Politik.

Aus Mannheim wird uns geschrieben: Der verflozene Führer der nationalliberalen Reichstagsfraktion, Ernst Wassermann, hat mit seiner Kartellpolitik zu den bevorstehenden badischen Landtagswahlen täglich Fiasko gemacht. In vollzählenden Reden predigte noch vor kurzem seine politischen Freunde den „Zusammenschluß der Linken gegen die liberal-konservative Reaktion“, und als man in Baden damit zur That schritt, ward der abgestandene Vorschlag eines nationalliberal-freisinnig-demokratischen Kartells daraus, das sich in erster Linie gegen die Socialdemokratie richten sollte. Der „Freisinn“ fiel natürlich sofort platt auf den „nationalmännlichen“ Pakt Wassermanns hinein, von der demokratischen Volkspartei jedoch erhielt der weiland

„Kommende Mann“ einen gewaltigen Stoß. Man höre und staunte, welchen Hoven das Wassermann-Kartell eigentlich dienen sollte! Vor allem sollten in der Stadt Mannheim die beiden diesmal zur Neuwahl stehenden sozialistischen Mandate zwischen Nationalliberalen und Freisinn bezw. Demokratie aufgeteilt, des ferneren in Durlach-Stadt der bisherige sozialistische Vertreter ebenfalls durch einen Kartellangehörigen ersetzt werden. Vom Kampf gegen die agrar-konservativ-keriale Rechte verlaute nicht das geringste, die Socialdemokratie allein sollte die Kosten der Wassermann-Koalition betreiben. Daß die Demokraten, wollten sie nicht jede Spur von politischem Kredit im Volke verlieren, auf einen solchen Pakt nicht eingehen konnten, hätte eigentlich auch den Wassermannen von vornherein klar sein sollen; die But über den Karlsruhe Durchfall scheint jedoch ihr Urteilsvermögen bedenklich getrübt zu haben. Jetzt müssen sie es erleben, daß die Demokraten in Presse und Vereinsbeschlüssen die nationalliberal-freisinnigen Liebeswerbungen mit aller Deutlichkeit ablehnen, und die Wassermann-Wähler widmen ihnen nun bereits wieder kräftige Schimpfartikel, nachdem sie in den letzten 14 Tagen mit den süßlichsten Blickeitönen um ihre Gunst geworben hatten.

Für die Wahlausichten der Socialdemokratie ist der Ausgang dieses Handels so ziemlich ohne Bedeutung. Unser bisheriger parlamentarischer Bestzustand in der Zweiten badischen Kammer wird auf alle Fälle behauptet werden, und weiteren Eroberungen hätte die Wassermann-Koalition nicht im Wege gestanden. Eher wäre sie noch dazu angehen gewesen, die Kampfbereitigung unserer Parteigenossen und die Massenzahl ihres Aufmarsches zu steigern.

Ergänzend wird uns unterm 25. August geschrieben: Herr Wassermann, der „universelle Politiker“, wie ihn die nationalliberale Presse vor den Reichstagswahlen reifemacht zu nennen pflegte, hat aufs neue einen schweren politischen Mißerfolg zu verzeichnen. Sein vor etwa drei Wochen mit so überausender Blüthigkeit in die Vorbereitungen zu den badischen Landtagswahlen hineingeschleudertes Vorschlag, in Mannheim gegen die Socialdemokratie ein nationalliberal-freisinnig-demokratisches Kartell zu bilden, ist, nachdem ihn der „Freisinn“ natürlich mit Begeisterung acceptiert hatte, gestern von der Leitung der Mannheimer Volkspartei einstimmig abgelehnt worden. Man meinte, daß eine Vereinigung der Linken wohl zu begrüßen gewesen wäre, wenn sie einmal die sämtlichen Parteien diesseits der Nationalliberalen umfaßt und dann sich natürlich nicht gegen die Socialdemokratie, sondern gegen die Reaktion gelehrt hätte. So aber habe man es leblich auf die Schwächung der Socialdemokratie abgesehen. Es gehörte eigentlich ein ungewöhnliches Maß von Verstandlosigkeit für die politische Situation in Baden dazu, um diesen Ausgang des von Wassermann proponierten Handels nicht vorauszu sehen. Noch bei den letzten Mannheimer Gemeindevahlen im Winter vorigen Jahres hatten die Nationalliberalen in Verbindung mit ihren „freisinnigen“ Freunden die Demokraten in der schändlichsten Weise verweigert, und nur unster Unterstützung hatten es letztere zu verdanken, wenn sie nicht vollständig vom Markte geworfen wurden. Jetzt von ihnen zu verlangen, daß sie mit denselben Nationalliberalen gegen die Socialdemokratie zusammengehen sollten, war selbst seitens desjenigen eine etwas sonderbare Zumutung, der, wie wir, auch der bürgerlichen Demokratie nicht allzu viel Festigkeit gegen die Locktüne der antisocialistischen Sammelpolitik zutraut.

Auf die Wahlausichten der Socialdemokratie in Mannheim war die Entscheidung der Demokraten ohne Einfluß. So wie so sind die beiden dort zur Neuwahl stehenden Sitze uns sicher. Dasselbe gilt vom Bezirk Durlach-Stadt, wo jetzt an Stelle Friedrichs, der eines schweren Leidens wegen nicht wieder kandidieren kann, unser Parteigenosse Horst mit der socialdemokratischen Kandidatur betraut wurde. Da, wo die Socialdemokratie, unter Verzicht auf selbständiges Vorgehen, bisher die Demokratie gegen die Nationalliberalen unterstützte, wird dies natürlich auch jetzt wieder geschehen. Das Maß der Entschiedenheit und Wärme, mit denen dies geschieht, wird allerdings davon abhängen, wie sich die Stellung der Demokraten in denjenigen Bezirken gestaltet, in denen, ähnlich wie in Mannheim, die Socialdemokratie auf Grund ihrer Stärke das Mandat beansprucht, ohne daß die Demokraten, die dem Mannheimer Beschluß nur lokale Bedeutung beilegen, sich bisher über ihre Haltung klar geäußert hätten.

Der öffentliche und der streng vertrauliche Landrat.

Bei der diesjährigen Wahlcampagne im ersten schleswig-holsteinischen Wahlkreise erklärten verschiedene Wirte dem dänischen Wählerverein, daß sie ihr Lokal gern dem dänischen Reichstagskandidaten, Tabakfabrikanten M. Andresen, zur Verfügung stellen würden, wenn sie nicht bestränkt müßten, in solchem Falle von der Polizei in ihrem Erwerbe geschädigt zu werden.

Dies veranlaßte Herrn Andresen, eine höfliche Anfrage an den Landrat v. Uslar zu richten.

Hierauf antwortete der Landrat:

Schloß Brunnend, den 15. Mai 1903.

Auf Ihre Eingabe vom 14. d. M. erwidere ich ergebenst, daß ich es den Gastwirten überlassen muß, ob dieselben Ihnen ihre Räume zur Verfügung stellen wollen oder nicht.

Keine der mir unterstellten Polizeibehörden hat die Gastwirte geschädigt. Die Handhabung der Polizei seitens der Herren Amtsvorsteher der Gastwirten gegenüber hat bisher zu begründeten Klagen keine Veranlassung gegeben.

b. Uslar.

Nach diesem Schreiben mußte man annehmen, daß der Herr Landrat den Gastwirten die eventuelle Ueberlassung ihres Lokals an den dänischen Kandidaten nicht verargen wolle. Daß dem aber nicht so war, zeigt ein vertrauliches Schreiben des Landrats vom selben Tage, das jetzt der Redaktion des „Heimdal“ zugeflogen ist.

Apentade, den 15. Mai 1903.

Streng vertraulich!

In der Anlage übersende ich eine Eingabe des p. Andresen mit meinem Bescheide zur Kenntnisnahme. Ich hoffe, daß die Wirte dabei bleiben werden, ihre Räume zu den Versammlungen des Andresen nicht herzugeben. Ich ersuche Sie ergebenst vorzüglich und mit Geschick vorzugehen. Sollte ein oder ein anderer Wirt seine Räume hergeben, so bitte ich Sie, sich denselben zu notieren.

Ueber besondere Erscheinungen und Vorkommnisse bitte ich mit immer sofort zu berichten.

b. Uslar.

An die Herren Amtsvorsteher.

Eigenhändig!

„Heimdal“ fügt hinzu:

So wird's gemacht. Ob der Herr Landrat b. Uslar selbst bei dieser Gelegenheit „vorsichtig und mit Geschick“ gehandelt hat, überlassen wir dem Urteil der Leser. Es ist mittlerweile für die Verhältnisse in Nordschleswig sehr charakteristisch, daß ein königlich-preussischer Landrat öffentlich eine Antwort auf eine höfliche Anfrage geben kann, die in dem schärfsten Widerspruch steht mit einer an demselben Tage gegebenen geheimen Instruktion an die untergebenen Polizeibeamten.

Ausland.

Dänemark.

Ergänzungswahlen zum Landsting. Der liberale Kopenhagener Landstings-Abgeordnete Octavius Hansen, Auswahl am höchsten Gericht, ist am Freitag gestorben. Er war ein ehrlicher Demokrat, der die reaktionäre Entwicklung der liberalen Partei scharf mißbilligte. „Socialdemokraten“ nennt ihn den letzten Liberalen alten Schlages. An seiner Stelle und an Stelle des vor sieben Monaten verstorbenen Landstings-Abgeordneten Bürgermeister Dorn (dessen Bürgermeisteramt bekanntlich unser Parteigenosse J. Jensen über-

nommet hat) sollen am 23. September zwei neue Landstings-Abgeordnete gewählt werden. Die Wahlmännerwahlen finden für die allgemeine Wählerklasse am 2. September statt, für die Höchstbesteruerten (Wähler mit über 4000 Kr. Einkommen) am 9. September. Von jeder Wählerklasse sind 621 Wahlmänner in ganz Kopenhagen zu wählen. Die Wahl der Abgeordneten muß, da nun zwei Mandate zu vergeben sind, nach proportionalem System erfolgen. Aller Voraussicht nach wird eines der Mandate die Socialdemokratie, das andre die Rechte erhalten.

Der geschäftsführende Ausschuh des socialdemokratischen Bundes hat beschlossen, daß die Parteivereine in sämtlichen 16 Wahlkreisen Kopenhagens eigene Wahlmännerlisten aufstellen sollen. Da bei früheren Wahlen unsere Kopenhagener Parteigenossen immer in einzelnen Kreisen mit den Liberalen alliiert waren, ist dies das erste Mal in der Geschichte der Partei, wo ihnen die Gelegenheit geboten wird, die reine socialdemokratische Stimmengahl in der ganzen Hauptstadt zu ermitteln.

Norwegen.

Die Stortingswahlen. Nach den Nachrichten zu urteilen, die über die erfolgten Wahlmänner-Wahlen vorliegen, hat die Rechtenpartei wesentliche Fortschritte gegenüber der Linken zu verzeichnen. So gilt es für sehr wahrscheinlich, daß im Nordre Bergenhus-Amt fünf Stortingmandate durch die Rechte erobert werden. Die Socialdemokratie hat bisher in mehreren Orten ansehnliche Minoritäten erzielt und in Nordlands Amt, soweit bis jetzt die Nachrichten reichen, die Majorität der Wahlmänner erlangt. Dort sind 17 Socialdemokraten und 14 Liberale gewählt. Demnach ist es nicht ausgeschlossen, daß das Nordland einen socialdemokratischen Abgeordneten ins Storting sendet.

Frankreich.

Der Bischof Turinaz von Nancy hat an den Präfecten des Departements Meurthe-et-Moselle ein Schreiben gerichtet, in welchem er erklärt, der französischen Regierung siehe keineswegs das Recht zu, den Bischöfen die Wahl der Priester ihrer Diöcese zu verbieten. Der Bischof kündigt an, er werde sich an den Staatsrat wenden, und beklagt, daß das französische Gesetz den Bischöfen nicht gestatte, den Ministerpräsidenten persönlich vor Gericht zu laden.

Paris, 26. August. Nach dem „Kappel“ besteht die Absicht, die Kommission für die Vorberatung der Trennung von Kirche und Staat bereits für Ende September einzuberufen, damit die Ergebnisse der Kommissionsberatung vor Schluß der Parlamentssession der Deputiertenkammer vorgelegt werden können.

Italien.

Unzufriedenheit unter dem italienischen Postpersonal. Rom, 24. August. (Eig. Ber.) Gestern haben in allen größeren Städten Italiens große, stark besuchte Protestversammlungen der Postangestellten stattgefunden, zu denen eine Reihe Maßregelungen von Post- und Telegraphenbeamten Anlaß gegeben hat. Seit Beginn seiner „Selbstherrschafft“ hat der Minister Galimberti vielfach die Unzufriedenheit des höheren und niederen Personals erregt. Zuerst war es die Wiedereinführung der Uniform für die im Postdienst Beschäftigten, gegen die die Beamten protestierten, dann die Beschränkung des Dispersonals. Grund der heutigen Agitation ist die Einführung einer neuen Art von Beförderung. Neben dem Avancement nach dem Dienstalter soll nach dem Projekt Galimbertis auch das Avancement „nach Verdienst“ eingeführt werden. Das „Verdienst“ demüthigt sich nach den „Censuren“, die die Vorgesetzten am Jahreschlusse den Angestellten geben. Das Personal fürchtet, durch diese neue Art der Beförderung die Thüre und Thor geöffnet zu sehen und letzte eine große Protestaktion in Scene. Die Leiter dieser Bewegung wurden gemahregelt. Gegen diesen Akt der Willkür wurde gestern in acht großen Versammlungen protestiert.

Türkei.

Zur Lage in Macedonien. Nach dem Wiener k. k. Telegr.-Bureau melden drei offizielle, vom 24. d. Mts. datierte Telegramme des Wali von Adrianopel, daß sämtliche muslimanischen Dörfer in der Umgebung von Tirnowo von Komitatsschis angezündet und die Frau sowie ein Kind des Jollanfischer von Tirnowo auf grausame Weise getödtet seien. Ferner habe eine Bande von 30 Mann das mohammedanische Dorf Hadji-Dan-Isdemed, sechs Stunden von Adrianopel entfernt, angegriffen und fast gänzlich eingeäschert. Wie das dritte Telegramm des Wali meldet, griffen die Komitatsschis in der Nacht vom 22. auf den 23. August die Kasernen von Tirnowo an, wurden aber zurückgeschlagen.

Konstantinopel, 25. August. (Meldung des Wiener k. k. Telegr.-Bureau.) Eine Note der Hofste besagt in Beantwortung der Note der österreichisch-ungarischen Botschaft, daß Edib Pascha und Suleiman Pascha mit der Leitung der Maßnahmen zum Schutze der Orientbahnen, und zwar letzterer mit dem Schutze der Salonik Bahnlinie betraut und die Bahnhofsbeamten entsprechend verpart wurden, um ähnliche Vorfälle wie bei der Station Jelenite zu verhüten.

Landtagswahl.

Zur Landtagswahl in Teltow-Beestow-Storkow-Charlottenburg wird berichtet: Wie es scheint, werden alle beschweren, die auf eine Verlegung des Wahlortes von Köpenick nach Charlottenburg, Schöneberg oder Nixdorf gerichtet waren, unberücksichtigt bleiben, da man angeblich jetzt in Köpenick Anstrengungen macht, ein für die Wahlmänner ausreichendes Lokal dort herzustellen.

Im Wahlkreise Beestow haben unsere Genossen am Montag beschlossen, als Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl die Genossen Bernstein, Schippel und Schül aufzustellen. Die Genossen Debel, Singer und Kuer hatten wegen Arbeitsüberbürdung abgelehnt.

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitage. Die Genossen des vierten sächsischen Wahlkreises beantragen eine Aenderung des Organisationsstatuts, wonach in Zukunft der Vorstand der Reichstagsfraktion diese auf dem Parteitage zu vertreten hätte. Bezüglich der Parteifeier wurde die Beibehaltung der bisherigen Form derselben beschlossen.

Die Breslauer Genossen beantragen, in der Parteifeier-Resolution zu sagen: „Für die Klassenforderungen des Proletariats, insbesondere aber für einen ausreichenden Arbeiterchutz und für Verkürzung der Arbeitszeit durch Veranstaltung von Versammlungen am Abend des 1. Mai zu demonstrieren.“

In Krefeld sprachen die Parteigenossen ebenfalls über die Parteifeier. Die Mehrheit stellte sich auf den Standpunkt, daß die Parteifeier in der bisherigen Weise beibehalten werden soll, nur soll mit mehr Energie für die allgemeine Arbeitdrube eingetreten werden.

Aus Industrie und Handel.

Saatenstand in Deutschland. Nach der Zusammenstellung des Kaiserlichen Statistischen Amtes wies die Saaten im Deutschen Reiche folgenden Stand auf (Nr. 2 bedeutet gut, 3 mittel, 4 gering):

	August 1903	Juli 1903	Juni 1903	Mai 1903	April 1903	August 1902
Winterweizen	2,7	2,7	2,8	2,9	3,2	2,8
Sommerweizen	2,6	2,6	2,5	2,4	—	2,5
Winter-Spelz	—	2,1	2,3	2,4	2,5	—
Wintereroggen	2,4	2,5	2,5	2,8	2,9	2,4
Sommereroggen	2,5	2,5	2,5	2,3	—	2,4
Sommergerste	2,5	2,5	2,5	2,3	—	2,4
Dafes	2,5	2,7	2,5	2,4	—	2,5
Kartoffeln	2,5	2,6	2,7	—	—	2,5
Alee	2,6	2,8	2,5	2,5	2,6	2,5
Zugere	2,7	3,0	2,7	2,6	2,6	2,7
Wiesen	2,4	2,6	2,5	2,2	2,5	2,4

Der „Reichs-Anzeiger“ fügt diesen Ziffern zur Erläuterung hinzu, daß auf die anhaltend trockene Witterung der vorigen Periode bald regnerisches Wetter gefolgt sei. Bis Ende Juli wechselten noch öfters trockene und warme Tage mit Regentagen ab, dann trat aber fast überall kühleres, sonnenscheinloses Wetter ein, welches die Ernte-Arbeiten sehr erschwerte. In Posen und Schlesien wurden durch die überreichen Niederschläge verheerende Ueberschwemmungen herbeigeführt. Das starke Lagern der Halmfrüchte wurde durch die vielen schweren Gewitterregen noch bedeutend vermehrt. Gefragt wird auch über zunehmende Nothbildung und Beginnendes Auswachsen der Wehren. Die Ernte der Winterfrüchte ist in Süddeutschland zum größten Teil beendet und hat meist befriedigende oder gute Erträge geliefert.

In Norddeutschland steht noch viel Weizen auf dem Felde. Auch der Roggen konnte noch nicht überall unter Dach gebracht werden, und vielfach wurde er feucht eingefahren, was dem An und für sich ziemlich dünnen Stande des Getreides das Ernte-Ergebnis beeinträchtigen dürfte. Die Sommerhalmfrüchte sind bis auf Hafer größtenteils gemäht und meist eingefahren. Von den gesammelten Niederschlägen hat nur der Hafer noch Nutzen ziehen können und sich demgemäß auch von 2,7 auf 2,5 gehoben. Der Stand der Kartoffeln hat sich nach den Niederschlägen etwas gebessert (2,5 gegen 2,6 im Juli). Dieselben stehen in fast ganz Mittel- und Süddeutschland mit wenig Ausnahmen gut, in Preußen und Oldenburg sind sie dagegen infolge zu großer Rasse schon erkrankt.

Zur Lage der amerikanischen Eisenindustrie. Nach der Statistik der Fachzeitung „Iron Age“ stellt sich die Roheisenproduktion für Juli auf 1.595.000 Tonnen gegen 1.710.000 Tonnen im Juni. Die Produktionsfähigkeit der Hochofen belief sich Anfang August auf 362.000 Tonnen gegen 395.000 Tonnen am 1. Juli, zeigt also ebenfalls einen Rückgang. Die Vorräte bei den Hochofen vergrößern sich.

Venezolanische Finanzen. Dem „New York Herald“ wird aus Washington gemeldet: Nach hier eingegangenen Nachrichten unterhandelt Venezuela mit der Banque de Paris wegen der Vereinheitlichung seiner gesamten Schuld von 258 Millionen Frank. Den Gläubigern sollen zwei Fünftel des Nominalwertes ihrer Titres sowie 6,42 Proz. Zinsen angeboten und die ganze Schuld binnen 50 Jahren getilgt werden.

Sociales.

Ein sehr merkwürdiges Verfahren einer Berufsgenossenschaft wurde dieser Tage durch eine Verhandlung vor dem oberbayerischen Schiedsgericht aufgedeckt. Die Lokalbahn-Berufsgenossenschaft hatte mit dem Schieds-G., der im Genusse einer 10prozentigen Rente steht, im Jahre 1897 ein Uebereinkommen dahin abgeschlossen, daß die Rente so lange ruhen soll, als G. im Dienste der Lokalbahn-Aktiengesellschaft in München verbleibt und seinen früheren Lohn weiter bezieht. G. wurde von seinem Werkmeister vor die Alternative gestellt, entweder auf diesen Vertrag einzugehen oder es werde ein Lohnabzug von 20—30 Pf. täglich gemacht. In dieser Zwangslage gab er seine Zustimmung zu dem Uebereinkommen. Im Jahre 1902 jedoch ließ G. durch das Arbeitserketariat in München der Berufsgenossenschaft mitteilen, daß er den Vertrag als nichtig betrachte und die Rückzahlung, sowie die Wiederanweisung seiner Rente verlange. Das letztere geschah, die Rückzahlung aber wurde verweigert. Vor dem Schiedsgericht machte die Berufsgenossenschaft geltend, das Abkommen verstohe nicht gegen § 90 des alten Unfallversicherungsgesetzes, weil dem Verletzten kein Schaden erwachsen sei, da er doch den gleichen Lohn beziehe wie vor dem Unfall. Das Schiedsgericht verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Rückzahlung der Rente. Der Vertrag sei ungültig, denn die Unfallrente sei als Kaufschadensersatz aufzufassen, die den Gesamtschaden ersetzen soll, der einem Verletzten auf wirtschaftlichem Gebiete entsteht. Sie soll ihn auch schadlos halten für die Zeiten, wo für ihn ein höherer Verdienstentgang eintritt, als er durch die eigentlichen Unfallfolgen bedingt wäre, z. B. in der Zeit der Arbeitslosigkeit, denn ein Verletzter sei auf dem Arbeitsmarkt nicht so konkurrenzfähig, wie ein gesunder Arbeiter.

Eine Arbeiterkrankheit. Ein Mitglied der Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse in Wien wandte sich an den Arzt mit dem Ersuchen, es krank zu schreiben. Die Diagnose des Arztes lautete: chronischer Hunger. Aus einem zu der Sache gehörigen Briefe des Arztes teilt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ folgendes mit:

„Das Mitglied wurde am 18. August in meiner Ordination und auch nach der Ordination in der Wohnung von mir untersucht. Keine Diagnose wurde von der Frau selbst bestätigt, die angeblich seit mehreren Wochen nur von Kaffee und Suppe zu leben, da sie selbst für sich und ihren Mann, der seit Monaten keiner Beschäftigung nachgeht, schwer arbeitet und dabei wenig verdient.“

In Deutschland kommt so was natürlich nicht vor.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Arbeiterinnenstreik bei Siemens und Halske ist beendet. Nachdem gestern die Kommission der Streikenden beim Generaldirektor Dr. Berliner vorstellig geworden war, erklärte sich dieser bereit, die Forderungen der Ausständigen zu bewilligen, nur die WiederEinstellung der als Vertrauensperson entlassenen Kollegin wurde abgelehnt. Den Arbeiterinnen ist somit ein Mindestverdienst von 25 Pf. pro Stunde sowie die Stabilität der Accordpreise garantiert worden. Auffällig war auch bei diesen Verhandlungen wieder die Thatsache, daß die Direktion ganz wie beim Schloßerstreik völlig erstarrt ist, als sie hörte, wie erbärmlich niedrige Löhne in der von ihr verwalteten Firma gezahlt werden. Da von jetzt ab auch eine anständigere Behandlung der Arbeiterinnen zu erwarten steht, andererseits aber Unterbringung der einen entlassenen Kollegin wenig Schwierigkeiten machen dürfte, so erklärten sich die Streikenden mit den Zusicherungen der Direktion einverstanden und beschlossen einstimmig, am heutigen Donnerstag die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Schloßer besahen sich am Dienstag in einer ungewöhnlich stark besuchten Versammlung mit einer Neuordnung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Cohen als Referent folgte unter anderem: Die angestellten Erhebungen über die gegenwärtigen Löhne und sonstigen Zustände in den Kunst-, Bau- und Gießereibetrieben haben ein geradezu betrübendes Resultat ergeben. Beschäftigt sind in dieser Branche etwa 6000 Mann in ca. 250 Betrieben. Nach den Zusammenstellungen aus 52 solcher Betrieben sind daselbst beschäftigt 1634 Arbeiter und 554 Beihilfliche, ein Grad so verblüffend ausgeprägter Bebelungslosigkeit, wie er kaum in einem andern Berufszweige anzutreffen sein dürfte. In einer Anzahl dieser Betrieben herrscht noch immer die 10stündige Arbeitszeit, auch werden Ueberstunden gearbeitet. Die Stundenlöhne schwanken zwischen 30 und 65 Pf., eine Ungleichartigkeit, die sich vom Standpunkte der Organisation nicht länger aufrecht erhalten läßt. So kommt es denn auch, daß die Arbeiter gruppenweise mit Wochenverdiensten von 14,50, 16, 18, 20 und auch mit 30—35 M. entlohnt werden, ein Umstand, der dem verwerflichen Lohnsystem noch weiteren Vorschub leistet. Hier nunmehr energisch und durchgreifend Wandel zu schaffen, ist der Metallarbeiter-Verband seit geraumer Zeit bemüht gewesen und es gelang ihm am Ansehen, als sollten die Verhältnisse in diesem Beruf endlich einmal bessere werden. U a t i s h berichtete hierauf über die mit den Meistern gepflogenen Verhandlungen betreffs Abschließung eines Tarifvertrages. Die Verhandlungen werden noch weiter geführt. Nach reger Debatte gelangte folgende Resolution zu einstimmiger Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit der bisherigen Thätigkeit der Kommission, den Abschluß eines Tarifvertrages betreffend, einverstanden und beauftragt dieselbe, die Verhandlungen mit der Meisterkommission zweckdienlich weiterzuführen. Die Versammlung erwartet als Resultat der Verhandlungen: die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, Zulassung eines genügenden Mindest-

verdienstes, Beseitigung des Ueberschundenwesens, Regelung des Arbeitsnachweises, des Lohnsystems und des Lehrlingswesens. Sollten die Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, so würden die Schloßer nicht umhin können, zum Herbst eventuell andre Wege einzuschlagen, um ihre berechtigten Wünsche zur Anerkennung zu bringen.“

Die Hiesigen haben in ihrer Versammlung am Dienstag den von ihrer Lohnkommission mit acht Unternehmerfirmen vor dem Einigungsamt abgeschlossenen Tarifvertrag angenommen. Da auch die betreffenden Unternehmer keine Bedenken mehr geltend machten, so tritt der neue Tarif nunmehr mit dem 1. September in Kraft.

Deutsches Reich.

In der Maschinenfabrik von Albert Besten in Celle (Hannover) sind wegen fortgesetzter Mißregelungen die sämtlichen Arbeiter in den Ausstand getreten. Herr Bestens Absicht geht dahin, die am Orte vorhandene Organisation zu vernichten durch Entlassung der zum größten Teil schon jahrelang dort beschäftigten Leute, die mangels jeder andern derartigen Arbeitsgelegenheit von Celle wegzuziehen müßten. Beteiligt sind ca. 25 meistens verheiratete Leute. Wir ersuchen um strenge Fernhaltung des Zugangs von Schloßern, Drehern und Robeltilschern. In der Fabrik werden hauptsächlich Holzbearbeitungsmaschinen gemacht.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltung Hannover.

Die Zimmerer in Erfurt streiken nunmehr in der dritten Woche. Gegenwärtig sind in sieben Geschäften über 60 Mann ausständig. Die Streikenden, die bisher ungehindert die von auswärtig kommenden Gesellen auf den Streik aufmerksam machen konnten und dadurch zur Weiterreise veranlaßt, werden nunmehr von der Polizei bewacht. Am Dienstag wurde der erste Streikposten nach der Polizei gebracht und seine Personalien aufgenommen. Die Unternehmer haben die Polizei in Kenntnis gesetzt und um Hilfe nachgesucht, die ihnen, wie man sieht, auch gewährt wird. Zugug ist ferngehalten.

Die Schiffsführer im Ostland planen für die nächste Zeit eine umfassende Lohnbewegung. Dieser Tage fand in Plauen eine Konferenz statt, an der Schiffsführer aus fast allen Orten des Ostlandes teilnahmen und in welcher beschlossen wurde, einen neuen Tarif auszuarbeiten, welcher den Unternehmern vorgelegt werden soll. Durch denselben soll der Lohn für 1000 Striche, der jetzt 16 bis 18 Pf. beträgt, auf 20 und für baumwollene Garne auf 22 Pf. festgesetzt werden. Eine gewählte Kommission soll die weiteren Schritte unternehmen und die nächsten Wochen nach zur Gewinnung neuer Mitglieder für die Organisation bemühen. Die fast den ganzen Sommer andauernde starke Krise in der Stickerei hat den Lohn sehr heruntergebracht.

Zur Straßenbahnbewegung in Hamburg-Altona. Obgleich von einer Arbeitseinstellung des Personals bis jetzt noch keine Rede war, sucht die Direktion durch Zeitungsinserte Fahrer und Schaffner, sie denkt also anscheinend an Verdrängung der zur Erkenntnis ihrer Lage gekommenen Angestellten durch Arbeitswillige. In den Kreisen der Angestellten wird das Gefühl jedoch nur als ein Einschüchterungsmittel betrachtet. Aus Frankfurt a. M., wo die Direktion ebenfalls Arbeitswillige anzuwerben sucht, haben die Hamburger Straßenbahner die bündige Forderung erhalten, daß die Direktion daselbst kein Glück mit ihren Bemühungen haben wird. Von den Straßenbahnern in Dresden, Hannover und Berlin sind den Hamburgern Glückwünsche zu ihrem Vorgehen übermittelt worden.

Die Direktion der Straßenbahn lehnte, wie uns telegraphisch gemeldet wird, jede Verhandlung mit ihren Angestellten durch Vermittelung des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter ab und entließ 21 Angestellte als angebliche Führer der Bewegung. Ob die Verwaltung durch diese Probation die erwünschte „Ruhe“ erzielen wird?

Ausland.

Eisenbahnarbeiter-Ausland. Aus Laibach in Oestreich wird berichtet: Die gesamte, 1600 Mann zählende, bei dem Bau der Karawankabahn in Birkbaum, Bezirk Radmannsdorf, beschäftigte Arbeiterschaft ist in den Ausstand getreten. Der Ausstand ist auf die Ablehnung der achtstündigen Arbeitszeit seitens der Bauunternehmer zurückzuführen. Die Ruhe und Ordnung wurde bisher nicht gestört.

Aus der Frauenbewegung.

Die sozialdemokratischen Frauen treten immer lebhafter und zahlreicher in die Bewegung ein. Auch in dem Berliner Vorort Lichtenberg berief die weibliche Vertrauensperson, Frau Liebermann, eine Volksversammlung, um zur Wahl von Delegierten zu dem Parteitag und der Provinzialkonferenz Stellung zu nehmen. Einstimmig wurde die Teilnahme an beiden beschlossen und Frau Jung zu dem Parteitag in Dresden, Frau Pflüger zu der Brandenburger Konferenz ebenso einstimmig als Delegierte des Kreises Nieder-Barnim gewählt. Die Anträge betreffend Arbeiterinnenrecht, welche die Berliner Genossinnen an den Parteitag richteten, fanden ungeteilte Zustimmung. Gleich einstimmig schloßen sich die Lichtenberger Frauen auch der Resolution an, welche dem Parteitag zur Pflicht macht, bei der Agitation für Wahlrechtsreform stets das Frauenwahlrecht besonders zu betonen und zu bekräftigen, und von dem internationalen Kongreß in Amsterdam ein gleiches Vorgehen zu fordern. — Sehr wünschenswert wäre es, wenn das gute Beispiel, welches die Lichtenberger Genossinnen mit ihrer Beteiligung an der Wahl zum Parteitag gegeben, an zahlreichen Orten, wo immer Vertrauenspersonen gewählt sind, Nachahmung fände.

Der gewerkschaftliche Frauenverein Berlins und Umgegend, der dem Gewerkschaftskartell angeschlossen ist, hat sein Arbeitsnachweis-Büro in der Ritterstr. 123 nach der Schützenstr. 18/19, Telefon Amt I 1308, hin verlegt. Geöffnet ist der Arbeitsnachweis täglich, außer Sonntags, von 4—7 Uhr. Für Mitglieder des Vereins und Arbeitgeberinnen erfolgt die Arbeitsvermittlung unentgeltlich. Für Nichtmitglieder beträgt die Schreibgebühr 25 Pf. Vermittelt und verlaugt werden Frauen und Mädchen, die Waschen und Ausbessern gehen; ferner Gelegenheitsarbeiterinnen und Reinemachefrauen, Kochfrauen und Ausschlagspersonen. Einen besonderen Wert legt der Arbeitsnachweis auf eine schnelle und zweckentsprechende Vermittlung der Pflegefrauen für Kranke und Wöchnerinnen.

Durch die Einrichtung des Arbeitsnachweises will der Verein die unerhörten Ueberschuldungen obiger Frauen und Mädchen durch die sogenannten Reinigungsinstitute zu beseitigen suchen. Mögen alle Interessenten gefl. davon Notiz nehmen und im Bedarfsfalle, ob Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerin, unser Bestreben durch Zusage der Arbeitsvermittlung gütig unterstützen.

Der Vorstand, J. A.: Frau Anna Feder, SO., Forsterstr. 39.

An die Frauen des Wahlkreises Teltow-Beezow-Storkow-Charlottenburg ergeht die Mahnung, die heutige Kreisversammlung in Nizdorf, Bergstr. 151/152, recht rege zu besuchen. Insbesondere haben die ehemaligen Mitglieder des Frauen-Wahlvereins die Pflicht zu zeigen, daß ihre Interesse für Politik mit der Schließung des Wahlvereins nicht erloschen ist.

Die Kreis-Vertrauensperson, Fr. Marie T h i e l - Tempelhof.

Ueber die Ursache des Warenhaus-Brandes in Budapest

berichtet die Wiener „Neue Freie Presse“: Der Brand entstand, wie nunmehr festgestellt wurde, infolge Kurzschlusses in der elektrischen Leitung in der Galanteriewaren-Abteilung. Fünf Minuten nach Entstehung des Brandes hatten sich die Flammen zum Souterrain und nach oben ausgebreitet, und einige weitere Minuten später stand das ganze Gebäude an allen Ecken und Enden in Brand, so daß an ein Entrinnen kaum zu denken war. Das Feuer hatte auch

das Nachbarhaus ergriffen, dessen an das Warenhaus angebautes Teil, in welchem sich ebenfalls Warenmagazine der „Pariser Warenhalle“ befanden, niederbrannte.

Es wurde allgemein konstatiert, daß die Katastrophe, die eine so entsetzliche Ausdehnung nahm, durch die geradezu ungläubliche Leichtfertigkeit, mit welcher das Gebäude aufgeführt war, entstanden ist; es ist ein Winkelwerk, das sich für ein Gebäude von derartiger Ausdehnung absolut nicht eignet und das schon bei der Auf- führung die schwersten Bedenken hätte erwecken müssen.

Als das Feuer ausbrach, wollte ein Kommiss des Hauses die kleine, kaum anzufängende Flamme mit der im Geschäft befindlichen Handfeuerlöschmaschine löschen. Da merkte er zu seinem Entsetzen, daß der Schlauch ohne Wasser war; das zugehörige Wasser- gefäß stand schon lange leer. Die erste Hilfe war dadurch unmöglich, und durch diese Uebertretung der Polizeivorschriften war die Verhütung der Katastrophe vereitelt.

Von sachmännlicher Seite wird hervorgehoben, daß die Haupt- ursache der vielen Menschenopfer darin liegt, daß insbesondere zahlreiche Fenster aus den Hinterzimmern der Wohnungen direkt auf die im Centrum gelegene Treppe führten. Bei diesen Fenstern schlug die Flamme hinein, nachdem sie ihren Weg schnell durch das Treppenhaus nach oben genommen hatte. Die Treppe, die für ein so riesiges Gebäude ohne dies viel zu eng war, muß nach kurzer Zeit bereits unpasseierbar geworden sein. Diese Treppe wird als ein geradezu verhängnisvoller Fehler bei der Anlage des Gebäudes betrachtet.

Kuher dem unglücklichen Bau beeinträchtigte die Rettungskommission aber auch die Verwirrung, die beim Ausbruch des Feuers sich sogar der Feuerwehremachtig hatte. Dies konnte insbesondere bei Anwendung des Sprungtuchs beobachtet werden. Sämtliche Blätter fordern die Enthebung des Feuerweh-Ober- inspektors auf Grund der folgenden Feststellungen: Die Feuerweh war bereits eine halbe Stunde vor Stelle, als ihr Kommandant erst Order erteilte, Sprungtuch zu kommen zu lassen. Als sie endlich kamen, wurden sie so umgeschickt gehandhabt, daß eine große Anzahl von Personen, die den Rettungssprung im Vertrauen auf die Vorkehrungen der Feuerweh thun wollten, in Wahrheit den Todesprung thaten. Bei den Sprungtuchern waren zu wenig Leute und die Tücher waren schlecht gespannt. Die Blätter stellen fest, daß die Leitung der Budapest-Feuerweh sich bei dieser Gelegenheit als völlig unzureichend gezeigt habe.

Die authentische Liste der Toten ist folgende: Ilona Beer, Anna Reichmann, Margit Weinberger und ihre Tochter Danka Weinberger, Bela Blankenberg, Frau G. G. Goldberger, Frau Wilhelm Hartmann, Frau Dr. Ludwig Markus, ihre 10jährige Tochter Margit Markus, Frau Joseph Gutmann, Frau Samuel Spira und eine Dienstmagd Marie.

Während der Vergungsarbeiten wurden auch noch eine Anzahl von Feuerleuten mehr oder weniger schwer verletzt.

Die Katastrophe, welche jedenfalls ihre Ursache mehr in der baulichen Unzulänglichkeit als in dem Zwecke des Gebäudes hat, wird von der antisemitischen Presse ausgenutzt, um gegen die Warenhäuser im allgemeinen Propaganda zu machen. Dazu ist der Anlaß der denkbar ungeeignetste. Die Gefahren der Warenhäuser sind dieselben, wie sie in allen Gebäuden mit starkem Menschen- andrange wiederkehren. Genau dieselben Katastrophen haben sich in brennenden Theatern, Kirchen, zuletzt bei dem schmerzlichen Unglück auf der Untergrundbahn in Paris ereignet. Kein Mensch würde daraus nun einen Anlaß nehmen, gegen den Bau von Theatern, Kirchen oder Verkehrsmitteln irgendwelcher Art überhaupt sich zu wenden; das aber muß allerdings aus diesem Anlaß erneut gefordert werden, daß ohne Rücksicht auf die Kosten in allen derartigen Instituten Vorkehrungen getroffen werden, welche die Sicherheit des dort verkehrenden Publikums nach Möglichkeit gewährleisten. Es wäre thöricht, bei der Forderung solcher Maßnahmen sich von politischen oder wirtschaftlichen Ansichten leiten zu lassen, aber verbrecherisch, in diesen Forderungen vor Gebäuden Halt zu machen, die nach den üblichen Anschauungen zu den Warenhäusern nicht zählen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Katholikentag.

Wien, 26. August. (W. T. B.) In der öffentlichen General- versammlung sprach Verleger Vengling - Dortmund über die Ent- wicklung der katholischen Presse und Dr. Porsch - Breslau über die Stellung der Katholiken im öffentlichen Leben. Letzterer betonte be- sonders, von der ersten Katholikerversammlung an bis auf die heutige sei niemals etwas geäußert worden, was Andersgläubige verletzen konnte.

Es sprachen sodann B. Dalmatus - Düsseldorf über christliche Charitas und Reichstags-Abgeordneter Gräber über die Socialpolitik der Generalversammlungen deutscher Katholiken; letzterer führte aus, ehe die Socialisten die sociale Frage in Angriff nahmen, hätten es schon die Katholiken gethan, die diese Frage nicht nur als wirtschaft- liche, sondern auch als eine religiöse auffahten.

Militärischer Streik.

Wien, 26. August. (W. T. B.) Sämtliche Mannschaften der 6. Feldartillerie haben den Gehorsam verweigert und entsetzten sich aus der Kaserne. Sie wollten damit gegen die schlechte Behandlung seitens des Vaterschafts protestieren. Die Militärverwaltung hat umfangreiche Maßregeln getroffen, um ähnliche Vorgänge bei andern Batterien zu verhindern.

München, 26. August. (W. T. B.) Die 32. Hauptversammlung des Deutschen Apothekertages wurde heute unter dem Vorsitz des Korpsjhabarztes a. D. Dr. Salzmann eröffnet. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die sich für die Einführung einer Zwangsversicherung der Apotheker, und zwar einer Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenen-Versicherung auf dem Wege der Reichs- Gesetzgebung ausspricht. Eine längere Erörterung verurteilte die Frage einer Reichs-Arzneitage, bis schließlich mit großer Mehrheit der Antrag des Vorstandes angenommen wurde, wonach sich der deutsche Apothekerverein grundsätzlich für die Einführung einer Reichs-Arzneitage ausspricht, vorausgesetzt, daß die Lage mindestens die Höhe der jetzigen Durchschnittssätze verdienender deutscher Arznei- taxen festhält. Ferner sprach sich die Versammlung für eine be- schleunigte Neuordnung der Apothekerbildung aus, wobei als Grundlage das Reifezeugnis eines humanistischen oder Real- gymnasiums zu wählen sei.

Budapest, 26. August. (W. T. B.) Die Feuerweh setzt die Vergungsarbeiten am Goldbergerschen Warenhaus angestrengt fort. Im dritten Stock wurden zwei gänzlich verkohlte Leichen aufgefunden. Mehrere Personen sind als vermisst angemeldet worden, die jedenfalls bei dem Brande und Leben kamen. Die von Wien und München hergesandten Nachmänner erklären, daß bei dem Bau des Warenhauses, aber auch bei den Rettungsarbeiten große Fehler gemacht worden seien.

Konstantinopel, 26. August. (W. T. B.) Nachdem die Pforte im Verlaufe vollständiger Weise ist, daß die bulgarische Regierung die aufständische Bewegung in persönlicher und materieller Weise fort- gesetzt unterstützt, so beabsichtigt die Pforte, wie in diplomatischen Kreisen bestimmt verlautet, demnächst eine Note der bulgarischen Regierung zugehen zu lassen, in welcher sie erklärt, daß bei Fortdauer dieser unheilbaren Zustände Bulgariens der Krieg erklärt werde.

Raystadt, 26. August. (W. T. B.) Premierminister Sprigg er- klärte im Parlament, daß die Regierung infolge ihrer gestrigen Nieder- lage in der Frage der Einsetzung besonderer Gerichtshöfe zur Prüfung der Standrechtsurteile und der abgelehnten Entschädigungsansprüche nicht zurücktreten werde; sie werde aber an das Land appellieren, sobald die dringendsten Aufgaben des Parlaments erledigt seien. Merriman erwiderte, er behaupte Spriggs Haltung und beantragte die Vertagung, welche mit 30 gegen 33 Stimmen beschloßen wurde.

Die Berliner Partei-Versammlungen.

Am Dienstag beschäftigten sich die Parteigenossen Berlins in allen sechs Wahlkreisen mit dem bevorstehenden Parteitag, sowie mit der Brandenburg Provinzialkonferenz. Während letztere zu eingehenden Debatten keine Veranlassung gab, diskutierten man um so ausgiebiger über den Dresdener Parteitag, wobei die zur Zeit im Vordergrund des Interesses stehenden Parteifragen gründlich und sachgemäß erörtert wurden. — Den kurzen Mitteilungen in der gestrigen Nummer lassen wir heute die ausführlichen Berichte folgen.

Erster Wahlkreis.

Die Parteiversammlung für den ersten Wahlkreis im Saal von Dräsel erzielte sich eines guten Besuchs. Das einleitende Referat über den bevorstehenden Parteitag hielt Genosse Doppel, der der Meinung Ausdruck gab, daß der nächste Parteitag unter dem Eindruck der glänzend verlaufenen Wahlen stehen werde und deshalb gewichtige Aufgaben seiner warten, obwohl die Tagesordnung rein geschäftsmäßig ausfällt. Anknüpfend an den Bericht des Parteivorstandes betont er, daß das verfloßene Jahr für die Partei auch finanziell trotz hoher Ausgaben ein gutes zu nennen ist. Mit der im Bericht vorgeschlagenen Abänderung des Organisationsstatuts betreffend die Ausschließung aus der Partei könne man wohl einverstanden sein, es seien damit viele Unannehmlichkeiten aus dem Wege geschafft. Der Stand der Parteipresse sei zufriedenstellend und hervorzuheben, daß auch Dortmund und Essen bedeutende Fortschritte machten; bezüglich der Frage, ob Genossen Mitarbeiter an bürgerlichen Blättern sein können, glaubt er sich der Antwort des Vorstandes anschließen zu können. Auch die agitatorischen Erfolge der Partei befriedigen den Redner, er bedauert aber hierbei, daß der Vizepräsidentenfrage in letzter Zeit eine Bedeutung beigelegt wurde, die sie gar nicht verdient. Wichtiger als alle untergeordneten Dinge sei die Frage: Was hat die Fraktion in Anbetracht ihrer jetzigen Stärke im Reichstage zu thun? Die Antwort sei kurz und bündig zusammengefaßt: Konzeptionen und Kompromisserei mit den bürgerlichen Parteien könne es nicht geben, vielmehr ist nach jeder Richtung praktische Arbeiterpolitik nach dem Muster unseres Programms zu betreiben, und diese Politik wird der Partei unzählige neue Kämpfer zuführen. (Beifall.) Nachstehende Anträge stellt Redner zur Diskussion.

I. Der Parteitag wolle beschließen, als besonderen Punkt für den Dresdener Parteitag auf die Tagesordnung zu setzen: Die Reichstagswahlen und die sich aus ihnen für die Partei ergebenden Aufgaben.

II. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Entwurf vorzulegen, welcher die Vertretung der Fraktion auf den Parteitag neu regelt.

Genosse Kagenstein begründet folgende von ihm gestellte Anträge:

I. Auf die Tagesordnung zu setzen: Das Parteiprogramm. II. Den Parteivorstand zu beauftragen, der Schaffung eines billigen Volksblattes für Berlin und einer planmäßigen Verbreitung der Parteiliteratur näher zu treten.

III. Die Reichstagsfraktion mit der Einleitung einer planmäßigen Propaganda gegen den Militarismus durch Einbringung eines Gesetzesentwurfes zu beauftragen unter Betonung folgender Forderungen: 1. Abschaffung der Militärjustiz und des Militärstrafrechts. 2. Anerkennung des Rechts auf Widerwehr gegen Mißhandlungen. 3. Allgemeine einjährige Dienstzeit.

Redner hebt in kurzen Zügen die Notwendigkeit der Revision des Programms hervor, wie er es kürzlich in der Versammlung des vierten Wahlvereins (Südost) getan. Das Programm müsse der Mehrheit entsprechen, allerdings dürften darüber 2-3 Jahre ins Land gehen. — Das Bedürfnis für Neugründung eines billigen Volksblattes erhebt er mit einem Vergleich zwischen „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ zu bekräftigen, indem prozentual der letzten Wählerkraft der „Vorwärts“ nur zur Hälfte so viel Abonnenten aufweise als die „Leipziger Volkszeitung“. Der Preis spreche eben mit, und ein billiges — vielleicht Abendblatt — könne gewiß nebenbei bestehen. — Der Antrag betr. Soldatenmißhandlungen spreche für sich, denn der augenblickliche Zustand schreie zum Himmel. Die Anträge der Kölner Genossen, behandelnd Agitation und Schaffung einer Referentenschule, hält Redner für zweckmäßig.

F. Guttmann beantragt: „Der Parteitag zu Dresden beauftragt den Parteivorstand, die durch Militärgerichts-Beschlüsse festgestellten Fälle von Soldatenmißhandlungen zu sammeln und zu einer Agitationsbrochüre zu bearbeiten.“

Seine begründenden Ausführungen deden sich im wesentlichen mit den Ansichten Kagensteins und hält er eine diesbezügliche Brochüre für eines der wirksamsten Agitationsmittel für diejenigen, die außer stande sind, die stehende Rubrik „Soldaten-Mißhandlungen“ in den Partei-Organen zu verfolgen. Der Vorschlag des Parteiprogramms steht er sympathisch gegenüber.

Rechtsanwalt Dr. Broh beantragt: „In Anbetracht, daß zwar die sozialdemokratische Fraktion für die bedingungslose Befreiung eines Vizepräsidentenpostens ohne höfliche Verpflichtungen einzutreten hat, daß aber erwiesenermaßen die Mehrheitsparteien sich über das parlamentarische Recht der Widerwehr hinwegsetzen, und daher gegenüber der tatsächlichen Meinungsverschiedenheit der Genossen Bernstein und Vollmar eine Stellungnahme des Parteitages unschicklich sein würde, geht der Parteitag über diese Frage zur Tagesordnung über.“

Begründend sagt Genosse Broh, daß er die Präsidentenfrage für eine rein akademische halte, geeignet für die Litteratur, nicht aber für den Parteitag. Würde sein Antrag angenommen, so eröffnen gewiß die Erörterungen darüber eine bedeutende Verklärung und viel edle Zeit wäre den Genossen in Dresden für bessere, praktische Arbeit freigemacht; er betont ausdrücklich, daß er nicht zu den Revisionisten gehöre. — Ein Antrag des Genossen J. Guttmann lautet:

„Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, in den größeren Städten mehrere Verkaufsstellen zu errichten, um den sozialdemokratischen Freiheitskämpfern eine größere Verbreitung zu ermöglichen.“

Läterow spricht in längeren Ausführungen zu allen vorliegenden Anträgen. Die Hauptaufgabe der Partei und somit auch des Parteitages liegt in der Taktik, die nimmere nach der Wahl einzuschlagen sei. Um die Frage des „Präsidenten“ abzuthun, sagt er: Wir nehmen den uns rechtlich zustehenden Sieg, lehnen aber jedes Kompromiß ab und bleiben, was wir waren: eine revolutionäre Partei! Um den Weg für die fernere Dickfahigkeit der Fraktion zu finden, brauche man nur einen Blick in unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen zu thun und jedem wird sich offenbaren, daß ein großes Arbeitsfeld vor uns liegt. Koalitionsrecht, Arbeiterversicherung, innere Politik und äußere Politik und nicht zum wenigsten die Wahlgesetzgebung der verschiedenen Bundesstaaten x. erheben eine Aufopferung unserer Genossen, daß sie neben so vielem andern mit ihrem Pensum zufrieden sein dürfen. Als Notwendigkeit erachtet er, daß der Parteitag die Vertretung der Fraktion auf diesem regle. Zur Mitarbeiterfrage der Genossen an andern Blättern fügt er neben dem bereits hierzu Gesagten die von ihm schon früher gestellte Forderung hinzu, unsere Parteiblätter nach jeder Richtung hin besser und vielfältiger auszugestalten, was gleichzeitig den Leserkreis ausbreiten würde. Die Programmrevision sei keine brennende Frage, noch reiche das Programm, mit dem wir groß geworden, aus. Die Gründung eines Blattes für Berlin neben dem „Vorwärts“ nach der erst kürzlich neu erfolgten Geschäftsbegründung sei zum mindesten verfehlt, wenn nicht gar gewagt, obwohl man die Idee an sich nicht ganz von der Hand weisen könne. Die Verantwortung der

einjährigen Dienstzeit seitens der Fraktion empfiehlt er nicht, indem wir principiell Verfechter der Miliz sind, er befürwortet aber aufs wärmste den Antrag für die Brochüre über Militärmißhandlungen, und dies im weitestgehenden Sinne als eine gediegene Agitationschrift. — Rubin hält die Art, wie man die Verfeinerungen Ansichten zurückgewiesen, für unrichtig und der Partei nicht vorteilbringend. — Goh stimmt Läterow im allgemeinen zu, wünscht aber entschieden, daß der Parteitag, nachdem die Angelegenheit des „Vize“ soweit gebiehet, diese regelt, gleichgültig, ob wir Grund unserer Stärke einen solchen wählen oder nicht. Die Genossen Doppel und Kagenstein erheben die Anwesenenden, nur solchen Anträgen ihre Zustimmung zu geben, die Aussicht auf Annahme, vor allem aber auf Durchführbarkeit haben, im übrigen bedürfte es doch für Anträge zum Parteitag stets einer vorherigen reiflichen Ueberlegung, Vespaltung und Agitation. —

Vor der Abstimmung wird der Antrag J. Guttmann zurückgezogen, ebenfalls Antrag Kagenstein Nr. II. — Abgelehnt werden die Anträge Broh und Kagenstein Nr. I.

Angenommen werden die Anträge Kagenstein Nr. III, Felix Guttmann und die seitens des Vorsitzenden nach dem Referat unter I. und II. zur Diskussion gestellten. Gegen eine Stimme wird noch folgende Resolution angenommen:

„Die Parteiversammlung des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises erklärt erneut, gezwungen durch die Diskussion innerhalb der Partei, daß für die Partei keinerlei Grund vorliegt, zur Zeit in irgend einer Form oder bei irgend einer Frage von ihren alten, proletarisch-revolutionären Grundsätzen und tatsächlichen Maßnahmen abzugehen. Die Parteiversammlung erwartet vom Dresdener Parteitag, daß er dieser Anschauung in nicht mißzuverstehender Weise unabweisbar Ausdruck giebt.“

Mit einem brausenden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung nach 12 Uhr geschlossen.

Zweiter Wahlkreis.

Die Partei-Versammlung für den zweiten Wahlkreis tagte unter dem Vorsitz des Genossen Schulz in der Bodrauerstr. Ueber die Brandenburger Provinzial-Konferenz referierte Zinke, der darauf hinwies, daß der im Vorjahre gefasste Beschluß, daß der Konferenz ein schriftlicher Bericht über die Verhältnisse in der Provinz unterbreitet werde, nicht durchgeführt werden konnte, weil eine Anzahl der lässlichen Vertrauensmänner die Berichtserstattung an die Agitationskommission unterlassen hat. Es müsse nun dafür gesorgt werden, daß für alle Kreise feste Organisationen geschaffen werden, da die lose Organisation, wie die Erfahrungen und namentlich die verfloßene Reichstagswahl bewiesen haben, keineswegs genügt. Der Redner kritisiert, daß die „Märkische Volksstimme“ zur Reichstagswahl ein Inserat ausgenommen hat, in dem für den gegnerischen Kandidaten Propaganda gemacht wurde, und verlangt, um eine bessere Ausgestaltung der Presse herbeizuführen, daß der Agitationskommission der Provinz ein entsprechender Einfluß auf die in Betracht kommenden Parteiorane eingeräumt wird.

Fülle begründet hierauf folgenden von dem Vertrauenskörper einstimmig beschlossenen Antrag:

„Die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten bezw. Mandatanten der Mark-Brandenburg sollen gehalten sein, alljährlich einen Bericht über die in ihren respektiven Kreisen entfaltete Thätigkeit in Bezug auf Agitation und Organisation an die Leitung desjenigen Berliner Reichstagswahlkreises zu erstatten, von welchem aus die materielle Unterstützung des betreffenden märkischen Kreises erfolgt.“

Dieser Antrag soll, wie Genosse Fülle betont, keine persönliche Spitze haben, sondern lediglich bezwecken, daß die Kreise, von denen die materielle Unterstützung erfolgen muß und die bei der letzten Reichstagswahl im hohen Maße in Anspruch genommen worden ist, über die Verhältnisse in den unterstützten Kreisen genau informiert werden. Tatsache sei aber auch, daß einzelne Reichstags-Mandatanten in ihrem Kreise nicht in einer solchen Weise thätig waren, wie man von ihnen verlangen konnte.

Der Antrag wird einstimmig angenommen und die gestern bereits bekannt gegebenen Delegierten zur Brandenburger Provinzial-Konferenz gewählt.

Hierauf referierte Anzick über den Dresdener Parteitag. Er giebt der Meinung Ausdruck, daß bereits bei dem Bericht der Kontrollkommission die Frage der Mitarbeiterfrage parteigenösslicher Schriftsteller an bürgerlichen Presseorganen zur Erörterung kommt und daß der Parteitag den Standpunkt des Parteivorstandes einnehmen wird, daß solche Genossen, welche berufsmäßig an bürgerlichen Zeitungen thätig sind, keine Vertrauensstellungen in der Partei einnehmen können. Es sei ein Widerspruch, wenn beständig aufgefordert wird, diese Zeitungen zu abonnieren, während an denselben Parteigenossen als Redakteur oder Mitarbeiter thätig sind. Wenn angeführt wird, daß es ja keinem Schriftsteller, der seine bürgerliche Arbeit nicht verläßt, verargt wird, daß er die reaktionärsten Blätter liest, so kann dieser Einwand nicht gelten, ebenso wenig wie der, daß die Mitarbeit sozialdemokratischer Schriftsteller an der bürgerlichen Presse eine propagandistische Wirkung ausübt. — Die Reichstagswahl in Berlin durch einen besonderen Referenten und Korreferenten behandeln zu lassen, erscheine überflüssig. — Zur Verlegung der Raiffeiler auf den ersten Sonntag im Mai liege in Rücksicht darauf, daß die bisher beschlossenen Resolutionen früherer Parteitage schon den weitesten Spielraum gewähren, keine Veranlassung, aber auch keine Berechtigung vor, da die Raiffeiler von einem internationalen Kongreß beschlossen ist. Wenn eine Aenderung seitens der Gewerkschaften gewünscht wird, so sei es Sache der Gewerkschaften selbst, die ja auf den internationalen Kongress ebenso stark als die politischen Organisationen vertreten sind, auf dem nächsten Kongreß in Amsterdam entsprechende Anträge zu unterbreiten. — Der Redner bespricht sodann die Vorschläge von Bernstein, Vollmar usw. bezüglich der Vizepräsidentenfrage und sucht nachzuweisen, daß zwischen dem „zu Hofe“ gehen und der Formalität der Eidesleistung von Webel und Liebnicht im sächsischen Landtage, sowie dem Verkehr mit den Ministern als verfassungsmäßig verantwortlichen Vertretern der Regierung ein wesentlicher prinzipieller Unterschied besteht, und daß dieser Vergleich nicht angebracht ist. Es sei aber jetzt auch nicht angängig, die ganze Frage als so unwichtig hinzustellen, wie es diejenigen wollen, die sie gar nicht früh genug ansprechen konnten. Die Art und Weise, wie diese Frage ausgearbeitet wurde, ist symptomatisch und es muß endlich einmal Klarheit geschaffen werden über die fortgesetzten Bestrebungen gewisser Personen innerhalb der Partei nach Revision der Parteianschauungen. Der Referent führt dann weiter aus, daß die Partei mit der immer größeren Ausbreitung und infolge der unzulänglichen Schulbildung, die der Arbeiterklasse im allgemeinen ermöglicht wird, auch auf die akademisch Gebildeten angewiesen ist, und daß es ein großer Gewinn für die Partei ist, wenn diese Personen aus innerer Ueberzeugung zu uns kommen. Aber wenn ihnen noch die Eierhäuten der bürgerlichen Gesellschaft anhängen, so ist dafür zu sorgen, daß sie sich erst mal als thätige Parteigenossen betätigen, bevor sie eine Stellung in der Partei einnehmen können. Der Redner kommt zu dem Schluß, daß der Parteitag den Quertreibern endlich ein Ende machen und den Revisionisten aufgeben soll, zunächst mal bei sich selbst eine Revision vorzunehmen.

Nach dem Referat kommen nunmehr die für den Parteitag eingebrachten Anträge einzeln zur Beratung. Ein vom Vertrauenskörper beschlossener und vom Genossen Werner befürworteter Antrag:

„Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Entwurf vorzulegen, welcher die Vertretung der Reichstags-Fraktion auf den Parteitag neu regelt.“

wird mit allen gegen eine Stimme angenommen.

In der Begründung wird vom Genossen Werner angeführt, daß dieser Antrag kein Mißtrauen gegenüber der Fraktion bedeutet oder deren Recht einschränkt, sondern es sollen damit nur finanzielle Ersparnisse für die Partei erzielt werden.

Es sei nicht notwendig, daß alle Reichstags-Abgeordnete auf dem Parteitage anwesend sind und es genüge vollkommen, daß diejenigen Abgeordneten vertreten sind, welche infolge ihrer parlamentarischen Thätigkeit bei den auf dem Parteitage zur Verhandlung stehenden Fragen in Betracht kommen. Im übrigen stände dem nichts im Wege, daß Abgeordnete von ihrem Kreise als Delegierte zum Parteitage gewählt werden.

Ebenfalls mit allen gegen eine Stimme angenommen wird folgender Antrag:

„Die Parteigenossen des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises beantragen als vierten Punkt der Tagesordnung des Dresdener Parteitages zu setzen: „Was lehren uns die Reichstagswahlen.“ Referent und Korreferent hierzu bestimmt der Parteivorstand.“

Nach der Begründung, die der Genosse Schneider gab, soll bei diesem Punkte namentlich die Frage erörtert werden, wie es kommt, daß trotz der sonst so kolossalen Erfolge bei den verfloßenen Reichstagswahlen die Sozialdemokratie in den Domänen des Centrums verhältnismäßig doch nur geringe Fortschritte gemacht hat.

Hierauf gelangte nachstehende Resolution zur Beratung:

„Die heutige Parteiversammlung des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises steht auf dem Standpunkt, daß unsere Fraktion das parlamentarische Recht, die erste Vizepräsidentenstelle zu besetzen für sich in Anspruch nimmt, eine Bedingung dafür zu erfüllen aber ablehnt. — Die Genossen des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises sind der Ueberzeugung, daß die ganze Vizepräsidentenfrage entstanden ist aus einer maßlosen Ueberhöhung des Parlamentarismus, daß diese Frage wohl für bürgerliche Kreise ein so großes Interesse haben könnte, nicht aber für die sozialdemokratische Partei. Im übrigen hofft der zweite Wahlkreis, daß die Genossen endlich aufhören, sich in allen Phantasieereien zu ergehen, sondern daß sie ihre Aufmerksamkeit mehr den praktischen Aufgaben der Partei zuwenden.“

Werner befürwortet die Resolution mit der Motivierung, daß auf dem Parteitag ein klares Bild über die Stimmung, die unter den breiten Massen der Parteigenossen herrscht, geschaffen werden muß und daß es aus diesem Grunde nicht angängig ist, diese Frage der Fraktion zur Entscheidung zu überlassen. Niemand erklärt, daß er früher ein Befürworter jetzt aber ein Gegner bezüglich des Anspruchs der Partei auf den Vizepräsidentenposten sei. Abgesehen von allem übrigen läme die Präsidentenschaft für uns überhaupt nicht in Betracht, weil das Centrum seine demokratischen Grundsätze längst vergessen habe und unre berechtigten Ansprüche nicht anerkennen würde. Außerdem aber könne eine Partei mit über 3 Millionen Wähler nicht zu Hofe gehen, um sich vielleicht eine Ablehnung zu holen. Fülle wendet sich in längeren Ausführungen ganz entschieden gegen die Wandelungspolitik, wie sie Bernstein, der der Ueberheber des ganzen Kummels sei, betreibt. Gerade Bernstein, der uns jetzt zumutet, zu Hofe zu gehen, sei es seiner Zeit gewesen, der den radikalsten Standpunkt vertrat, als kein einziger Genosse aus Sachsen im Reichstage war und der König von Sachsen seine Freude darüber äußerte, daß er mal sämtliche sächsische Abgeordnete empfangen könne. Bernstein habe darauf in der Presse geschrieben, daß zum Empfang zwei Geföhren: der eine, der empfangt, der andre, der sich empfangen läßt; die Vertreter der Sozialdemokratie lassen sich nicht empfangen, sie haben die an sie wiederholt ergangenen Einladungen stets abgelehnt. Fülle erinnert dann an den Auspruch des Kaisers gegenüber der Bergarbeiter-Deputation, an die späteren Reden in Bielefeld, Essen, Breslau u. a. — Er giebt sodann der Meinung Ausdruck, daß solche Leute, die an der „Zukunft“ und andern bürgerlichen Blättern arbeiten, wohl im stande wären, nach oben Wädigung zu machen. Die Arbeiter müssen aber gegen eine solche Politik auf das entschiedenste protestieren, nicht aus „Unterthanenverstand“, sondern auf Grund der Erfahrungen, die sie in ihren langjährigen Kämpfen gemacht haben. — Riß Fischer bezieht die Vizepräsidentenfrage unter den gegebenen Verhältnissen als eine rein akademische. Von einer Preisgabe der revolutionären Bestimmung durch die etwaige Annahme eines Vizepräsidentenpostens könne doch keine Rede sein; jedenfalls ebenso wenig wie dadurch, daß unsere Genossen gezwungen waren, dem König von Sachsen den Treueid zu leisten. Ein Sozialdemokrat wird auch, wenn er zu Hofe geht, das sagen, was er zu sagen für nötig erachtet. Eine weitere Frage ist dann die, für welche der beiden in Betracht kommenden Seiten die Situation angenehmer wäre. Fischer wendet sich sodann gegen die Art der Behandlung derartiger Fragen und gegen das Bestreben, die Partei in zwei Lager — hier die Revisionisten, dort die Revolutionäre, die stets darauf bedacht sein müssen, das alte Parteiprinzip zu verteidigen — zu teilen. Man solle sich doch einmal abgewöhnen, diejenigen, die anderer Ansicht sind, gleich als Verräter zu bezeichnen, und nicht immer behaupten, daß die, die aus den bürgerlichen Kreisen zu uns kommen, nur Karriere bei uns machen wollen, während diese Leute in der That, wenn sie etwas können, in bürgerlichen Kreisen weit bessere Posten finden. — Dr. A. Bernstein weist darauf hin, daß es immer wieder G. Bernstein ist, der fortgesetzt neue Dinge zum Vorschein bringt, die den bisherigen Anschauungen in der Partei entgegenstehen. Bei den verfloßenen Reichstagswahlen hat die Partei einen bedeutenden Zugang aus bürgerlichen Kreisen erhalten, der lediglich auf das Bestreben zurückzuführen sei, die Singer-Beobachtungsrichtung zu unterdrücken. Den opportunistischen Organen, die von Vollmar, Bernstein und Genossen gefeiert werden, müsse endlich Einhalt geboten werden. Der Redner führt dann noch aus, daß zu befürchten wäre, daß der sozialdemokratische Vizepräsident von dem militärischen Gehahren des Präsidenten angefeindet und dem Kaiser in derselben Weise gegenübertraten würde.

Kuer tritt zunächst der Auffassung, wie sie in der Versammlung und auch in der Presse zum Ausdruck kam, entgegen, als wäre der von Bernstein gemachte Vorschlag ein frei ausgelegter Plan der sogenannten Revisionisten. Dieser Vorschlag sei nichts weiter als eine der qualifizierten Dummbelien, wie sie Bernstein seit einiger Zeit zu machen pflegt, und es hätte ihm einfach geantwortet werden müssen, daß er endlich mit seinen neuen Plänen, wofür er von den Gegnern belodigt wird, aufhöre. Wenn ihm aber an dem Lob der Gegner gelegen ist und er nur deshalb immer wieder neue Streitfragen aufwirft, so hat er bei uns nichts mehr zu thun. Mit einer solchen Behandlung der Frage wären die „Revisionisten“ allesamt einverstanden gewesen. Die Präsidentenfrage selbst sei jetzt eine rein akademische und habe augenblicklich keine praktische Bedeutung. Wenn man es aber für möglich hält, daß ein Genosse, der zum Vizepräsidenten gewählt, sich so benehmen könnte, wie es hier ausgesprochen ist, so ist das ein sehr schlechtes Zeugnis für die ganze Fraktion. Der Redner erinnert daran, daß dieselben Anschauungen vertreten waren, als es sich erst überhaupt um die Beteiligung an dem Parlamentarismus und später an dem Senatorenkonvent handelte. Die Anschauungen über die Beteiligung haben sich in den 25 Jahren völlig geändert, ohne daß die sozialdemokratische Bestimmung irgendwie gelitten hätte. Auch die Frage der Beteiligung unter dem Präsidium ist nicht neu. Im Jahre 1898 hat die Fraktion unter der Zustimmung der Parteigenossen im Lande einstimmig beschlossen, auf den Schriftführerposten — der übrigens für uns wichtiger als der Posten eines Vizepräsidenten ist — Anspruch zu erheben und nur durch das Verhalten eines Teiles des Centrums ist damals Genosse Schippel nicht gewählt worden. Kuer verweist sodann darauf, daß die ceremoniellen Fragen vollständig belanglos, zumal darüber keine rechtlichen Bestimmungen vorhanden sind.

Anzick hält die Vizepräsidentenfrage für keine akademische mehr, denn sie sei schon eine praktische geworden. Wenn aber das, was Bernstein gesagt und geschrieben, der qualifizierte Unsinn wäre, der nicht zu beachten ist, so ist doch symptomatisch, daß die Bernsteinischen Auslassungen von so vielen Genossen, die man zu

den Revisionisten zählt, aufgenommen worden sind. Der Vergleich mit der Leistung des Treueides sei nicht stichhaltig. Den Treueid müßten unsere Genossen leisten, um parlamentarisch tätig sein zu können, während das zu Hofe gehen nicht notwendig ist. Wir machen Anspruch auf den Vizepräsidenten-Posten auf Grund der Stärke unserer Fraktion, lehnen aber die uns zugemuteten Bedingungen ab.

Hierauf wird die obige Resolution gegen nur zwei Stimmen angenommen.

Eine längere Diskussion entspinnt sich sodann über die Mitarbeiterschaft der parteigenösslichen Schriftsteller an bürgerlichen Zeitungen. Hierzu liegt folgende vom Vertrauenskörper gestellte Resolution vor:

„Die Parteigenossen des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises schließen sich der Meinungsäußerung des Parteivorstandes vom 2. März 1903 im „Vorwärts“, betreffend die Mitarbeiterschaft parteigenösslicher Schriftsteller an bürgerlichen Blättern, voll und ganz an und erwarten dem Parteitag in Dresden, daß derselbe die Meinung des Parteivorstandes zu der seinigen macht.“

Vernhard giebt der Meinung Ausdruck, daß es sich in dieser Frage in der Hauptsache um seine Person handle. Es wäre aber doch notwendig gewesen, daß ihm Gelegenheit gegeben worden wäre, sich als Beteiligter auszusprechen. Er habe sich fortgesetzt seit ca. 10 Jahren in der Partei betätigt, ohne jemals den Wunsch nach einem Posten zu äußern. Es wird mit der Ausbreitung der Partei gar nicht möglich sein, die schriftstellerlich tätigen Genossen unterzubringen, so daß diese gestungen sind, anderweitig ihr Brot zu verdienen. Einen Handelsredakteur, der übrigens auf einem neutralen Gebiet arbeitet, braucht die Parteipresse gar nicht. So wie den Schriftstellern, so gebe es auch andere Berufe. Nach der Erklärung des Parteivorstandes dürfe er zwar Parteigenosse, aber nur ein solcher zweiter Klasse sein. Der Redner kritisiert sodann das Vorgehen des Genossen F. Mehring in der „Neuen Zeit“ gegen ihn in scharfer Weise und empfiehlt der Versammlung, folgender Resolution zuzustimmen:

„Der Parteitag wolle beschließen: Die Frage der Mitarbeit von Parteigenossen an nicht sozialdemokratischen resp. nicht von Sozialdemokraten herausgegebenen Preßorganen ist durch die Kundgebung des Parteivorstandes nicht erschöpfend geregelt. Ob Redakteure oder Mitarbeiter an solchen Blättern Parteigenossen werden oder bleiben können und inwieweit sie in der Arbeiterbewegung Vertrauensposten bekleiden können, darüber haben die Organisationen je nach der Lage des einzelnen vorliegenden Falles zu entscheiden.“

Hille befreit, daß es sich in dieser Frage nur um die Person Vernhards handelt und bezeichnet es als einen Grundirrtum, zu glauben, daß die Leser dieser bürgerlichen Blätter von den Artikeln der sozialdemokratischen Schriftsteller belehrt werden. Antrid wünscht, daß der Parteitag ein Prinzip in dieser Frage aufstelle, damit nicht der Befinnungslumperei in der Partei Thür und Thor geöffnet wird. Gruppe erachtet es für selbstverständlich, daß die fachwissenschaftlichen Schriftsteller, die an fachwissenschaftlichen Zeitschriften mitarbeiten, bei der Erklärung des Parteivorstandes nicht gemeint sind und wünscht, daß auch darüber Klarheit geschaffen wird.

Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wird die vom Vertrauenskörper gestellte Resolution mit 109 gegen 106 Stimmen abgelehnt und die Resolution von Vernhard mit 97 gegen 68 Stimmen angenommen.

Ein Antrag des Genossen Bielefeld, wonach sich die Versammlung bezw. der Parteitag mit den Differenzen der Buchdrucker und der Geschäftsleitung der „Vorwärts“-Druckerei beschäftigen soll, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Zum Schluß wurden die gestern mitgeteilten Maßnahmen vollzogen.

Dritter Wahlkreis.

Die Verhandlungen wurden in der Weise geleitet, daß der Vorsitzende Hoch die einzelnen Punkte der provisorischen Tagesordnung des Parteitages verlas und die Versammlung fragte, ob jemand das Wort wünsche oder Anträge zu dem betreffenden Punkte stellen wolle. Zu Punkt 1 „Geschäftsbericht des Vorstandes“ brachte Genosse W. Heine folgenden Antrag ein:

„Die Versammlung möge beschließen: Es ist erwünscht, daß die Beratung über die Reichstagswahlen und die daraus zu ziehenden Folgerungen wie 1898 aus der Beratung über den Bericht des Parteivorstandes als besonderer Beratungspunkt ausgeschieden wird, und daß als Referent Vebel, als Korreferent Vollmar bestellt werden. Der Zweck ist, eine einheitlichere und kürzere Debatte zu erzielen.“

Der Antragsteller wies in seiner ausführlichen Begründung darauf hin, daß bereits im Jahre 1898 auf dem Stuttgarter Parteitag so verfahren wurde, wie er beantragt. Da Vebel in dieser Frage Vollmar herausgefordert habe, sei es das Beste, wenn diese beiden sich zuerst aussprechen. Dann würden die folgenden nur noch wenig zu sagen haben, manche wohl aufs Wort verzichten und man läme am schnellsten darüber hinweg. Uebrigens hätten Parteigenossen verschiedenster Richtung denselben Wunsch geäußert, ebenso die Parteipresse. Der Redner wendet sich sodann gegen die von Vebel in Nr. 196 des „Vorwärts“ geäußerte Auffassung: die Vizepräsidenten-Frage sei zu einer Haupt- und Staatsaktion der revisionistischen Seite in der Partei geworden und gleichsam ein Hauptstück der Frage nach der neuen Taktik. Vebel befinde sich hier im Irrtum, sei mangelhaft informiert, könne sich zur Begründung seiner Behauptung weder auf ihn noch auf Vollmar berufen. Er, Redner, messe der Sache selbst keine überwältigende Bedeutung bei, läbe aber auch keine prinzipiellen Hinderungsgründe gegen die Beizug des Vizepräsidenten-Postens. Die Frage sei im Grunde genommen die, ob es sich lohne, Anspruch auf den Posten zu erheben, und unter den gegenwärtigen Umständen lohne es sich eben nicht. Die Art und Weise, wie Vernstein die Frage in die öffentliche Debatte gezogen hat, verurteilt Redner aufs schärfste. Es sei ein unversöhnlicher Fehler von Vernstein. Redner habe nach Erscheinen jenes Artikels der Redaktion der „Sozialistischen Monatshefte“ sofort telephonisch seine Entrüstung darüber ausgesprochen. Man hätte aber deswegen nicht so über Vernstein herfallen sollen, wie Vebel das in der „Neuen Zeit“ gethan habe. Man hätte ihm sagen sollen, er habe eine Dummheit gemacht, und ihn dann ruhig auf seinem Et sitzen lassen sollen. Der Redner protestiert ferner gegen die Auffassung, er oder die sogenannten Revisionisten hätten der Partei eine ganz neue Taktik vorgeschlagen. Er habe sich im Gegenteil für die alte bewährte Taktik der Partei ausgesprochen und ebenso Vollmar. Wenn man zu der Ansicht gekommen sei, Redner habe der Vizepräsidenten-Frage so große Bedeutung beigegeben, so liege das wohl auch daran, daß im „Vorwärts“-Bericht über seine Rede eben nur dieser Punkt erwähnt worden sei und andres, was er gesagt habe und für viel wichtiger halte, nicht. Mit Entrüstung weist der Redner die Ausführungen Vebels von „Vertuschungen“ und „Komödienstücken“ zurück. Er habe immer seine Meinung offen und ehrlich gesagt, das Recht der freien Meinungsäußerung aber werde er sich nicht nehmen lassen.

Hierauf nahm Harndt das Wort und erklärte: Man könne gewissermaßen Vernstein dankbar sein, daß er die Vizepräsidenten-Frage in die öffentliche Diskussion gezogen habe, denn nun könnten sich auch die Parteigenossen dazu äußern und nicht nur die Fraktion. Man müsse sich aber einmal endlich die Frage vorlegen, ob Vernstein, ob Höhr wirklich Sozialdemokrat seien? Dieser sei wohl im Grunde genommen immer noch national-social. Redner äußert sich ferner sehr abfällig darüber, daß unsere Abgeordneten um eine Audienz nachsuchen, dann in Aniehofen usw. erscheinen sollten.

Sodann wurde von Kräler, der sich im übrigen mit Heines Antrag einverstanden erklärte, noch folgender Antrag eingebracht:

„Die Parteigenossen des dritten Wahlkreises erklären: die Fraktion hat den Anspruch auf den Sitz im Präsidium des Reichstages zu erheben, jedoch nur ohne jede Uebernahme konventioneller Pflichten.“

Zubeil führte aus: Es sei mit Freuden zu begrüßen, daß die Frage nun nicht mehr allein in der Fraktion erledigt werde, sondern die Gesamtheit der Parteigenossen dazu Stellung nehmen müßte.

Auf dem Parteitag würden die Revisionisten keinen Erfolg haben, sondern seiner Meinung nach eine Niederlage erleiden. Redner selbst bedauere es am meisten, daß der Frage, die von ganz untergeordneter Bedeutung sei, so große Bedeutung beigegeben worden sei. Jetzt aber könne sie nicht mehr als untergeordnet gelten. Vernstein hätte aus Sensationslust die Frage in den Vordergrund gehoben. Redner schilderte dann, wie schlecht es eventuell einem sozialdemokratischen Vizepräsidenten bei einer Audienz ergehen könnte und erklärte, er wünsche nur, daß einer von den drei Genossen, die keine prinzipiellen Hindernisse sehen, dazu bestimmt würde, das höfliche Ceremoniell mitzumachen. Würde der Parteitag wirklich im Sinne der Revisionisten entscheiden, was aber ausgeschlossen sei, so würde das einen tiefen Riß geben. Jedenfalls würden aber die Parteigenossen in der Präsidentenfrage sehr schnell zu ihrem Urteil kommen. Redner wendet sich gegen den Antrag Heine. Die zwei Referenten würden uns nur die Zeit wegnehmen. Schließlich legt der Redner Heine die Frage vor: ob er denn glaube, daß bei den Vorgängen im Reichstag in der Protokollerdebatte auch nur das geringste geändert worden wäre, wenn wir einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten gehabt hätten?

Verno Raah erklärte: Er habe es mit Freuden vernommen, daß Heine nur die Frage für erledigt halte; für die Parteigenossen sei es jedoch nun noch nicht erledigt. Es sei nicht nur eine Frage der Taktik, sondern auch eine Prinzipienfrage. Wenn Vebel von Vertuschungen und Komödienstücken geschrieben habe, so lägen hierfür auch noch andere Gründe vor. Redner bedauert es, daß eine solche Erklärung nicht schon vor Jahren erfolgt sei. Gegen den Vortwurf von Sensationslust Vernsteins müsse er sich entschieden wenden. Auch Heine habe sich über seine Ansichten immer mit verbläffender Deutlichkeit ausgesprochen. Heines Standpunkt sei es, mit diplomatischem Geschick zu versuchen, möglichst viel zu erreichen. Der Redner ging des weiteren auf verschiedene Vorgänge in der Fraktion in den früheren Jahren ein als Beweise für die abweichenden Anschauungen der Revisionisten und sprach sich scharf dagegen aus. Er nahm ferner Bezug auf eine Äußerung Karl Liebknechts, wonach bei dem Feldzuge gegen den Jollwucher in der Fraktion taktische Meinungsverschiedenheiten hervorgetreten seien sollen.

Diese Behauptung Karl Liebknechts wurde dann von Heine als durchaus irrig bezeichnet. In Bezug auf die Haltung in der Jollwucherdebatte sei die Fraktion durchaus einig gewesen. Der Redner weist sodann mehrere ihm während der Debatte gemachte Vorwürfe zurück. Auf die von Zubeil an ihn gerichtete Frage erklärte er: Nein, er glaube nicht, daß irgend etwas an dem Ausgang der Jollwucherdebatte durch einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten geändert worden wäre. — Sodann wies Fritz noch darauf hin, daß man nicht das Recht habe, einem Genossen, der unser Programm anerkennt, einfach die Parteizugehörigkeit abzuspüren. Uebrigens sei Vernstein nicht der erste gewesen, der die Vizepräsidentenfrage angegriffen habe, sondern das „Berliner Tageblatt“. Der Redner verlas sodann einen größeren Absatz aus Vollmars Broschüre zum Beweise dafür, daß auch Vollmar im allgemeinen keine neue Taktik will.

Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Der Antrag Heines sowohl wie der Krälers wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Zum Punkt Raifeier beantragte Dr. Friedeberg, daß die Delegierten darauf hinwirken, der Feier eine andre Gestaltung und Bedeutung zu geben, so daß der Gedanke des Klassenkampfes schärfer dabei hervortritt. — Dieser Antrag wurde nach kurzer Debatte zurückgestellt, um eventuell für den Internationalen Kongress im nächsten Jahre beraten zu werden.

Sodann rief noch ein Antrag von Hoch:

„Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Entwurf vorzulegen, der die Vertretung der Fraktion und der Kontrolleure auf dem Parteitag neu regelt.“

eine längere Debatte hervor. Der Antrag wurde schließlich angenommen.

Ein Antrag von Hinz: „Der Parteitag möge beschließen, den Preis des „Vorwärts“ auf 1 M. herabzusetzen“, wurde abgelehnt, nachdem Zubeil auf den starken finanziellen Ausfall hingewiesen hatte, der damit verbunden sein würde.

Von Ritter wurde der Wunsch nach besserer Ausgestaltung der „Neuen Welt“ geäußert.

Ein weiterer Antrag von Dr. Friedeberg: „Der Parteitag solle beschließen, auf die Tagesordnung des folgenden Parteitages den Punkt „Generalstreik“ zu setzen“, wurde vom Antragsteller auf Zubeils Rat wegen der vorgezeichneten Zeit zurückgezogen.

Schließlich ging Verno Raah noch auf die Frage der journalistischen Vertretung von Parteigenossen in der bürgerlichen Presse ein, erklärte sich gegen jede Beschränkung und dafür, daß man die Entscheidung dem Tagessitz und Gefühle der Betroffenen überlassen müsse, falls es sich nicht um Fragen der Partei handle. Hoch beantragte hierzu, den Delegierten in dieser Frage freie Hand zu lassen. Der Antrag wurde angenommen. Hierauf erfolgte die Wahl.

Ueber die Tagesordnung der Provinzialkonferenz fand keine Debatte statt, so daß nach Verlesung der einzelnen Punkte sogleich die Wahlen vorgenommen werden konnten.

Vierter Wahlkreis.

Die Parteiversammlung für den vierten Wahlkreis tagte im Etابلment Königsbau. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Schneider wurde sofort in die Diskussion der vorliegenden Anträge eingetreten. Zur Begründung des Antrages:

„Die Genossen des vierten Berliner Wahlkreises ersuchen den Parteitag, den § 9 des Organisationsstatuts in dem Punkte 1 einer Aenderung zu unterziehen, welche die Vertretungsfrage auf dem Parteitage in einer Weise regelt, die zum Proportional-Wahlssystem führt und zwar etwa so, daß Wahlkreise, welche bei der vorherigen Reichstagswahl bis zu 5000 sozialdemokratische Stimmen brachten, einen Delegierten, von 5—20000 zwei und über 20000 drei Delegierte entsenden können.“

Ad. Hoffmann aus: Der Antrag sei ja ganz selbstverständlich; wenn wir bei allen öffentlichen Wahlen das Proportionalwahl-System fordern, so mühten wir endlich auch bei uns dazu kommen, mindestens bei den Wahlen zum Parteitag. Die Frauen-Delegation solle von dem Antrag nicht berührt werden. Auch bezüglich des Stimmrechtes der Abgeordneten auf den Parteitag müsse eine Aenderung eintreten. Auch die Kostenfrage sei wesentlich; wenn, was die Parteigenossen wünschten, die Fraktion künftig noch stärker werde, erhöhten sich die Kosten, die durch die Anwesenheit der Abgeordneten der Parteikasse verurteilt würden, geradezu enorm. Schließlich sei es auch nicht gleichgültig, ob die Majorität des Parteitages aus Abgeordneten und Partei-Angestellten sich zusammensetze; die Arbeiter mühten unbedingt ihren Einfluß behalten. (Lebhafte Beifall.) Schneider bittet den Antrag der Vertrauensleute, welcher verlangt, daß der Parteivorstand dem dem Dresdener folgenden Parteitag einen Entwurf vorlege, welcher die Vertretung der Fraktion auf den Parteitag neu regelt, anzunehmen. Er verweist auf den Beschluß des Frankfurter Parteitages, welcher den Abgeordneten das Recht gibt, auf dem Parteitage zu erscheinen. Dieser Beschluß müßte erst beseitigt werden. Man dürfe das Vertrauen zu dem Parteivorstand haben, daß er eine Form finden werde, um den Wünschen der Genossen gerecht zu werden. Hoffmann betont, daß die Angelegenheit durch den diesjährigen Parteitag geregelt werden müsse. Lewin und Wasler schloßen sich diesen Ausführungen an. Darauf wird der Antrag bezüglich der Aenderung des Organisationsstatuts einstimmig, jener wegen Regelung der Vertretung der Fraktion auf den Parteitag in folgender Fassung gegen drei Stimmen angenommen:

„Die Versammlung des vierten Wahlkreises fordert den Parteivorstand auf, dem Parteitag in Dresden einen Entwurf vorzulegen, der die Vertretung der Fraktion auf den Parteitag neu regelt und zwar derart, daß nur eine Vertretung der Fraktion auf dem Parteitage Sitz und Stimme hat.“

Der weitere Antrag:

„Der Parteitag möge Stellung nehmen gegen diejenigen Genossen, welche als Mitarbeiter an gegnerischen politischen und sogenannten unparteiischen Zeitungen das Ansehen der Partei schädigen und fortgesetzt der Propaganda unserer Ideen und der Verbreitung unserer Parteizeitungen schwere Hindernisse in den Weg legen.“

zeitigte eine lebhaft, zuweilen von stürmischen Beifalls- und Gegenbeifalls begleitete Diskussion. Hoffmann führte aus, daß der Antrag kaum einer Begründung bedürfe. Auszunehmen seien wissenschaftliche und belletrische Zeitschriften. Es sei bedauerlich, daß die Hardenische „Zukunft“ und die „Morgenpost“ sich der liebevollen Mitarbeit einzelner unserer Parteigenossen erfreuen. Er sei überzeugt, daß wenn Vebel einen konsequenten Artikel über Sozialismus der „Morgenpost“ einreichen würde, derselbe keine Aufnahme fände. Die Genossen, die der Partei immer neue Knäpfe zwischen die Beine werfen, sollten, statt in der Schreibstube zu spintieren, lieber praktisch mitarbeiten. — Wasler wendet sich gegen die Literaten und Schriftsteller, die nicht danach fragen, ob die Partei Schaden leide. Man müsse immer von den Segnern hören: ja was wollt Ihr denn, das hat ja Euer eigener Parteigenosse geschrieben. Diejenigen Genossen, die für bürgerliche Blätter schreiben, sollten kein Ehrenamt innerhalb der Partei einnehmen.

Der Antrag fand die Zustimmung der Versammlung. Folgende Resolution, auf Antrag des Genossen Hoffmann ergänzt, wurde gegen eine Stimme angenommen:

„Der vierte Berliner Wahlkreis sieht in der Art, wie Genosse Vernstein die Vizepräsidentenfrage in der Öffentlichkeit behandelt hat, bevor er seine Meinung in der Fraktion, deren Mitglied er ist, vertreten hat, eine Taktlosigkeit, welche der Partei mehr schadet als nützt, und erwartet, daß Genosse Vernstein sich künftig bei Wahrung aller Meinungsfreiheiten mehr dem Interesse der Partei als dem Sensationsbedürfnis anpaßt. Die Versammlung spricht ihre Mißbilligung in schärfster Form allen den Genossen aus, welche in dieser Sache sich zu Mißgünstigen Ed. Vernsteins gemacht haben.“

Der Antragsteller führte hierzu begründend aus: Es sei Zeit, daß die Genossen endlich einmal ihre Ansicht über diese Art und Weise, wie sie von Vernstein gelebt werde, Miß und Klar aussprechen. Es sei Vernsteins gutes Recht, seine Meinung zu äußern, aber nur da, wo sie hingehöre. Er sei Mitglied der Fraktion, und da hätte er die Pflicht gehabt, vor diesem Forum seine Ansicht wegen der Hofwallfahrten zu vertreten. (Lebhafte Beifall und Heiterkeit.) Hätte er dort nicht Recht bekommen, so stand ihm das Recht zu, sich an den Parteitag zu wenden. Die ganze Art des Vorgehens seitens des Genossen Vernstein sei eine Taktlosigkeit gegen seine Fraktionskollegen und ein Gaudium für die Gegner gewesen. (Starker Beifall.) Hadelbusch schloß sich diesen Ausführungen an; es sei Pflicht der Kreise, gegen solche Abgeordnete vorzugehen. Vernstein sei bloß das Mundstück, während andre bläsen. Redner hält die Frage der Vizepräsidentenfrage an sich für bedeutungslos. In einen besonderen Einfluß des sozialdemokratischen Vizepräsidenten bei Vorkommnissen wie z. B. der Vergewaltigung bei den Jollwucher-Debatten sei nicht zu denken. Sionke teilt die Ansichten der beiden Vordredner. Litfin wünscht nicht die persönliche Spitze gegen Vernstein, dieser habe nur den Mut, seine Ansicht zu äußern, hinter ihm ständen die Dränger und Schieber. Die Resolution müsse sich ebensogut gegen die Heine, Höhr und Vollmar wenden. Es müsse der alte Standpunkt festgehalten und das Ziel im Auge behalten werden. Es müsse gegen diejenigen vorgegangen werden, die aus der Partei eine bürgerliche Reformpartei machen wollen. Schneider spricht sich ebenfalls für die Resolution aus. Wenn Vernstein schreibe, so sei alles still, nehme aber Vebel das Wort gegen die Revisionisten, dann erfolgten sofort deren Angriffe in andren Blättern. Mit der Resolution sollen nicht nur Vernstein, sondern auch die andren getroffen werden. Hoffmann: Wenn Vernstein sich habe schmecken lassen, sei er doppelt zu verurteilen. Er habe sich geirrt, daß Heine teilweise sich für Vernstein erklärt habe; er sei doch sonst im persönlichen Umgange äußerst empfindlich und von seinem Tagessitz. Angesichts der Reden in Essen und Breslau von einem Genossen verlangen, zu Hofe zu gehen, könne man allenfalls bei einem Gegner begreifen, nicht aber bei einem Genossen, der sonst sehr feinfühlig sei. Die Partei müsse alle Rechte, die die Verfassung gewähre, beanspruchen, aber ohne jede weitere Bedingung. Schulze wendet sich unter lebhafter Ironie gegen die Ausführungen der bisherigen Redner. Er sei gegen die Resolution, die den Segnern nur Freude mache. Die Genossen des vierten Kreises würden wie bei den Landtagswahlen so auch in andren Dingen ihre Ansichten noch ändern müssen. Redner meint, daß die Genossen sich lieber gegen Dr. Friedeberg mit seiner Propagierung des Generalstreiks wenden möchten. Nachdem noch Hadelbusch, Hoffmann und Wermuth zur Resolution gesprochen, erfolgte Schluß der Diskussion über diesen Punkt.

Ein weiterer Antrag:

Auf die Tagesordnung des Dresdener Parteitages zu setzen: „Die Ergebnisse der diesjährigen Reichstagswahlen. Als Referenten die Genossen Vebel und v. Vollmar zu bestimmen“ fand nach eingehender Begründung durch Genossen Brüdner Annahme, ebenso der fernere:

„Begünstigend auf die große Zahl von Soldatenmishandlungen möge der Parteitag beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, eine zur Massenverbreitung geeignete Broschüre herauszugeben, welche das heutige Militärstrafsystem und die damit verbundenen Mishandlungen behandelt.“

Die Anträge wegen Einführung der neuen deutschen Rechtschreibung bei den Parteizeitungen, der „Vorwärts“-Verbildung und der Errichtung von Kursen zur Ausbildung von Rednern wurden abgelehnt.

Die Wahlen zum Dresdener Parteitag ergaben das gestern bereits mitgeteilte Resultat.

Litfin ist nicht mit der Art einverstanden, wie die Vorschläge zu den Delegationen erfolgen; der Kreis, der für die Delegationen hauptsächlich in Frage komme, sei zu eng gezogen. Die Vorschlägen seien genügt tüchtige Genossen, die dolaus ihre Pflicht innerhalb der Partei erfüllen, aber es frage sich, ob sie den Akademikern und den Diplomaten auf dem Parteitage gewachsen seien. — Die nachfolgenden Redner Schneider, Wudtke, Hadelbusch, Wengels, Wiesener, Döring, Kosmar und Hoffmann nahmen teils für, teils gegen die Auffassung Litfins Stellung; dem Grundgedanken jedoch, die befähigten Genossen zu delegieren, wurde allseitig zugestimmt.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung betreffend die Brandenburgische Provinzial-Konferenz und Wahl der Delegierten lagen Anträge nicht vor. Für diese Konferenz wurden als Delegierte gewählt: Döring und Bader für den Osten und Wuseus für den Südoften.

Fünfter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins im fünften Berliner Reichstags-Wahlkreise, die im Alten Säulenhause tagte, war überaus zahlreich besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden 32 Genossen, die sich zur Aufnahme in den Verein gemeldet hatten, ohne Debatte als Mitglieder aufgenommen. — Den Bericht des Vorstandes erstattete der Vorsitzende Zucht. Den Ruben der neuen Organisationsform des Kreises bei den verflochtenen Reichstagswahlen hervorhebend, meinte Redner, daß jetzt alle Kräfte zu den kommenden Landtagswahlen anzuspornen seien. Der Vorstand habe schon in einer Reihe von Vorstandssitzungen sich zu den Vorarbeiten zu diesen Wahlen befaßt. Nach dem Parteitag müssen dann die Mitglieder in Aktion treten. Der Kreis gebrauchte 557 Wahlmänner, und dieses will schon etwas bedeuten an Arbeit und Agitation. Die Mitgliederzahl ist seit dem letzten Bericht von 1127 auf 1329 gestiegen; allerdings ein Erfolg, aber zu den abgegebenen Stimmen bei der Reichstagswahl immerhin noch zu wenig. — Der Bericht der Kommission wurde auf Wunsch der Versammlung zurückgestellt. Den Kassabericht gab der Kassierer Piepmann. Die Gesamteinnahmen betragen nebst einem Bestande vom vorigen Quartal in Höhe von

1760,88 M. netto 8240,57 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 5654,43 M. Hieron sind dem Parteivorstande 500 M. und der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg 300 M. überwiesen worden. Außerdem wurden 300 M. an den Wahlkreis Prenzlau-Angermünde abgeführt. Die Reichstagswahlen haben die Summe von 4022,24 M. gelöst. Gegenwärtig beträgt der Bestand demnach 2295,14 M. — Kämpmann ersuchte, bei den Landtagswahlen dieselbe Opferfreudigkeit an den Tag zu legen wie bei den Reichstagswahlen, die uns einen glänzenden Sieg brachten. — Eine Diskussion über die Berichte fand nicht statt und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. — Ueber die Bedeutung des Parteitagess hatte Friedländer das einleitende Referat übernommen. Redner führte aus: Die Tagesordnung des kommenden Parteitagess sei ungewiss, keineswegs zum Nachteil derselben. Er schildert darauf in großen Zügen die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse während der letzten Legislaturperiode. Der kommende Parteitag sehe am Beginn einer neuen Legislaturperiode und hätte schon dadurch seine Bedeutung. Nach einer besonderen Skizzierung des Verfalles der linksbürgerlichen Parteien meint der Redner, daß die Marzischen Worte von der einen reaktionären Masse sich mehr und mehr als wahr erweisen. Der Parteitag wird dazu angethan sein, unserer neuen Fraktion Winke und Ziele ihrer Thätigkeit zu geben. Auf die Präsidentenfrage eingehend, meint Redner, daß gegen diese Art der Kritik von Seiten der Revisionisten streng eingeschritten werden müsse. Allerdings sind wir als Sozialdemokraten ja Freunde jeder Kritik, aber diese immerwährenden Spitzirritationen führen zur Verpflüchtung. Genosse Vollmar stehe auf dem Standpunkt, daß wir mit Erringung eines Präsidentenpostens eine Macht ausüben. Dies sei ein ganz falscher Standpunkt. Da geht bei uns Centrum und Konservativismus Trampf, so ist der erste Präsident der Vertrauensmann der herrschenden Parteien. Die Vicepräsidenten sind nicht imstande, etwas zur Abwehr thun zu können. Hierbei erinnert Redner an den Fall des Genossen Singer in der Geschäftsordnungs-Kommission. Es ist bedauerlich, daß nach den früheren Parteitagen die Sache der Revisionisten auf diesem wieder zur unendlichen Diskussion gebracht wird, und es sei zur Ehre der Fraktion gesagt: sie hat sich von diesen Leuten nicht beeinflussen lassen, sondern ist unentwegt ihren alten Weg weitergegangen. (Beifall.) Referent empfiehlt folgende Resolution:

„Die heutige Generalversammlung des 5. Berliner Kreises, veranlaßt zur Wahl der Parteitag-Delegierten, erklärt sich mit der bisherigen Taktik der Partei einverstanden. Sie erklart in dem Ausfall der Reichstagswahlen eine gewaltige Stundgebung und Aufregung, den Kampf gegen die Reaktion in allen ihren Schattierungen weiter zu führen, ohne jede Konzession an bürgerliche Anschauungen und Staatsmännereien, und erwartet angesichts der sich immer mehr verschärfenden Massenopposition auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete eine scharfe und energische Vertretung der Massenforderungen des Proletariats.“

Vor Eintritt in die Diskussion verlas der Vorsitzende folgende Anträge:

Antrag der Berliner Vertrauensleute: „Der Parteivorstand wird beauftragt, bis zum nächsten Parteitag einen Entwurf vorzulegen, welcher die Vertretung der Fraktion auf dem Parteitage neu regelt.“

Antrag des Genossen Stübly: „Der Parteitag wolle beschließen, die Romierung von Personen, die vor der Zugehörigkeit zur Partei anderen politischen Parteien angehört haben, zu Reichstagskandidaten durch die einzelnen Partei-Organisationen unterliegen der Kontrolle und der Befähigung des Parteivorstandes. Durch diesen Beschluß soll in keiner Weise das Selbstbestimmungsrecht der Partei-Organisation aufgehoben sein, sondern es soll vermieden werden, daß Personen, die nicht voll auf dem Boden des revolutionären Sozialismus stehen, als Vertreter der Partei ins Parlament gelangen.“

Antrag Fränkel: „Den nächsten Parteitag in Berlin abzuhalten.“

Zu dem Antrag der Berliner Vertrauensleute äußert Buch, daß die Vertreter des fünften Kreises gegen den Antrag gestimmt haben. Sie konnten nicht einsehen, weshalb die Leute, die das Vertrauen der großen Wählermassen haben, nicht auch das Vertrauen ihrer Parteigenossen besitzen sollten. Sie gehören ja gerade am ersten auf die Parteitage, um die Stimmung kennen zu lernen und Fühlung zu suchen. — Fränkel begründet seinen Antrag, indem er auf den glänzenden Sieg der fünf Berliner Wahlkreise hinweist. Er freut sich, daß die früheren Gegner der Landtagswahlen jetzt die besten Agitatoren für dieselben sind, und so wird es auch kommen mit der Präsidentenfrage. Sprechen wir uns mal nach zehn Jahren.

Dittmer kann sich mit den meisten Ausführungen des Referenten in Bezug auf die Angriffe gegen die Revisionisten nicht einverstanden erklären. Es freut ihn, daß Bernstein diese Präsidentenfrage angeschnitten hat. Man müsse nun nicht gleich hieraus eine Haupt- und Staatsaktion machen. Die Frage wird ganz von selbst verschwinden. — Robert Schmidt: Es giebt weniges, womit er sich mit dem Referenten einverstanden erklären könne. Einmal sollen die Revisionisten recht unbedeutend sein und keine Massen

hinter sich haben, und auf der anderen Seite wieder sollen sie in der Fraktion bedeutend sein. Diese Widersprüche des Referenten könne er nicht fassen. Wir zanken uns ja oft in Volksversammlungen, wer ins Präsidium kommt, warum nun denn nicht wegen dem des Reichstags. Die Rückgratlosigkeit des Liberalismus ist schuld an dessen Niedergang. Die Genossen können glauben, daß die Fraktion mit den 81 genau das selbe thun wird, wie seiner Zeit mit ihren 58 Abgeordneten. (Beifall.) Wir wollen uns doch den schönen Sieg durch unnütze Streitereien nicht vergällen.

Als unterjüht die Ausführungen des Referenten. Wiederholt haben sich die Parteitage für eine Einigkeit in der Partei ausgesprochen. Knapp sind dieselben vorbei, geht das alte Lied von neuem los. Er sehe auf dem Standpunkt Bebels bezüglich der Rückgratlosigkeit der Revisionisten, daß die Zeit des Komödienspiels ihr Ende haben muß. Die Revisionisten können ihre Thätigkeit in der Partei nicht von der Pike auf nachweisen. Die Arbeiter machen den Herren die Betten und jene legen sich hinein. Der Kampf kann gegen die Parteizustimmten nicht energisch genug geführt werden. Der revolutionäre Kampf hat uns groß gemacht und wird uns weiter führen. (Beifall.) — Nachdem sich noch Böhsch im Sinne Schmidts geäußert, wendet sich in seinem Schlusswort Friedländer namentlich gegen die Ausführungen Schmidts, dessen Ausführungen er als böse Mißverständnisse bezeichnet. Die Parteigenossen mögen den Bebelschen Juris beherzigen, sich den glänzenden Erfolg der Sozialdemokratie nicht vereiteln zu lassen.

Da die Zeit sehr vorgerückt, wurde über die Anträge abgestimmt. Die Resolution Friedländer wurde einstimmig angenommen. Der Antrag der Berliner Vertrauensleute mit großer Majorität abgelehnt. Ebenfalls der Antrag Stüblys. Dagegen fand der Antrag Fränkels Annahme. Die Verammlung entschied sich nun mit 115 gegen 109 Stimmen für Entsendung von zwei Delegierten zum Parteitage und vollzog die gestern bereits mitgetheilten Wahlen.

Schöner Wahlkreis.

Die in den „Germaniasälen“ abgehaltene außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins wurde mit einem Referat des Genossen Ledebour eingeleitet. Redner führte etwa folgendes aus: Bei den für uns geradezu glänzenden Abschluß der diesjährigen Reichstagswahlen habe wohl kaum ein Mensch daran denken können, daß schon so kurze Zeit darauf eine Prinzipienfrage von so eminenter Bedeutung in der Partei aufgerollt werden würde, wie es die von Bernstein und seinen Gefolgsgenossen angeregte und behandelte Präsidialfrage nunmehr geworden ist. In dem Wahlergebnisse liegt unzweifelhaft die beste Anerkennung der bisherigen Parteitaktik. Um so besorgniserregender erscheint es daher, daß gegenwärtig wieder von revisionistischer Seite in ganz unmotivierter Weise der Versuch gemacht werde, die Partei von ihrer bewährten Taktik abzudrängen. Ob unsere Fraktion den ersten Vicepräsidenten stellt oder nicht, sei für die Abwidelung der Geschäfte und Verhandlungen des Reichstags völlig gleichgültig, da die Vicepräsidenten lediglich Ersatzmänner des Präsidenten sind. Dem Brauch des Hauses gemäß komme die Befragung des ersten Vicepräsidentenpostens zweifellos der sozialdemokratischen Fraktion zu und diese habe ja auch bereits früher, ihrer numerischen Stärke entsprechend, eine dahingehende Forderung gestellt. Als aber die Erfüllung derselben von der Uebernahme der für einen Sozialdemokraten unmöglichen Repräsentationspflichten abhängig gemacht wurde, da habe die Fraktion selbstverständlich alle derartigen, in der Geschäftsordnung nicht vorgesehenen Bedingungen, ohne weiteres abgelehnt. Bernstein suche nun bei der von ihm so warm befürworteten Hofgänger die Begriffe von Ehrgefühl und demokratischem Selbstbewußtsein förmlich auf den Kopf zu stellen und wenn er dann obendrein noch erkläre, in dem unterthänigen Hofgang liege eher eine Demütigung der Monarchie als der Partei, so sei das einfach blühender Unsinn. Mit diesen Ansichten würde Bernstein in der Fraktion sicher einen Keimfall erleben, immerhin wäre derselbe nicht so groß geworden, wie er jetzt auf dem Parteitag werden wird, denn das lasse sich schon im voraus sagen: Auf dem Parteitage würden Bernsteins Ansichten principiell Auseinandersetzungen von seltener Schärfe und Deutlichkeit hervorrufen, und das sei endlich einmal notwendig, denn in den fortwährenden Bemühungen der Partei durch die Revisionisten liege Schlimmes. Nachdem die revisionistischen Bestrebungen trotz mehrfachen Glaslos ihrer Förderer sich in wachsendem Maße bemerkbar machen, sei es ein Gebot der Pflicht, die Gegensätze innerhalb der Partei nicht mehr länger zu verdecken. Die Genossen müssen endlich Klarheit haben über ihre Vertreter und diese auf der bisherigen Bahn energisch vorwärts drängen, sich aber nicht von jenen abwärts drängen lassen. Deshalb würde es auch eine Verschlebung der Sachlage bedeuten, wenn der Antrag Köln zur Annahme käme, die Präsidialfrage jetzt nicht mehr vor den Parteitag zu bringen, sondern deren Erledigung der Fraktion zu überlassen. Dazu sei es jetzt zu spät. Betreffs des Fürstentwaller Antrages stehe er völlig auf dem Standpunkte Bebels, denn durch den Versuch, Vollmar als Korreferenten über die Reichstagswahltaktik zu ernennen, würde unnötig die Meinung hervorgerufen, als sei

in der That eine neue Taktik notwendig, was jedoch keineswegs zutrefte. — Redner geht dann auf die einzelnen Anträge aus dem Kreise ein, wobei er eine Proportional-Vertretung der Delegierten auf den Parteitagen empfiehlt, je nach dem Verhältnis der für uns in den Wahlkreisen abgegebenen Stimmenzahl. Einen Antrag, die Reichstags-Abgeordneten zur Anwesenheit bei allen wichtigen Sitzungen zu verpflichten, weil bei der Hauptabstimmung über den Zolltarif 16 Mann der Fraktion gefehlt haben, ersucht Redner abzulehnen, da dessen Durchführung aus praktischen Gründen kaum möglich sei. Betreffs des Antrages auf Einführung vollständiger Arbeitsruhe am 1. Mai bemängelte er den jetzigen Charakter der Arbeitsruhe. In übrigen aber riet er, die Gewerkschaften in dieser Frage nicht zu drängen, da die Durchführung der Arbeitsruhe lediglich deren Kompetenz unterliege.

In der Diskussion begründete zunächst Fischer folgenden Antrag: „Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, bis zum nächsten Parteitag einen Antrag auszuarbeiten, welcher die Vertretung der Fraktion auf den Parteitagen neu regelt.“

Der Antrag wurde angenommen.

Sodann verbreitete sich Kröhn im Sinne des Referenten über die Präsidialfrage, indem er meinte, mit dem Bernsteinschen „Caerulantonium“ müsse endlich ausgeräumt werden. Für Bernstein wäre es das Beste, wenn er erst mal einige Jahre in einem Wahlkreise agitatorische Kleinarbeit machte, damit er wieder Fühlung mit den Parteigenossen bekomme, die er jetzt fast völlig verloren habe. Auf den Antrag zur Reife eingehend, kritisierte Redner dann in längeren Ausführungen scharf die geringe Beteiligung der Buchdrucker und Metallarbeiter an der Arbeitsruhe. Gerade diese beiden Gewerkschaften nehmen in letzter Zeit einen Standpunkt ein, als sei ihnen die Arbeitsruhe nicht nur gleichgültig, sondern überdrüssig geworden, während sie zur Hebung der Partei sehr vieles beitragen könnten, wenn nur der Wille dazu bei ihnen vorhanden wäre. Handile und Brauhwisch suchten die Haltung der Metallarbeiter aus den wirtschaftlichen Verhältnissen zu erklären. Daß die Arbeitsruhe des Jahres 1890 bedeutender gewesen sei, wie die gegenwärtigen Feiern, habe seinen Grund in der damaligen Neuheit der Sache. Nachdem aber die Unternehmern mit rigorosen Maßnahmen gegen die Feiern vorgegangen seien, müsse die Laune in der Beteiligung an der Feier im Hinblick auf die eventuellen Folgen dem leidenschaftslos Urteilenden begrifflich erscheinen. Uebrigens werde sich mit der Stärkung der Organisation die Teilnahme an der Feier auch wieder bedeutend steigern, denn der ideale Gedanke derselben sei der Arbeiterkraft soziales schon in Fleisch und Blut übergegangen, wenn das aus naheliegenden Gründen auch nicht allemal so offen wie es wohl allseitig gewünscht werde, in die Erscheinung trete. Fuchs und Wiesner finden keinerlei Entschuldigung für die Haltung des Metallarbeiter-Verbandes. Sie sind vielmehr der Meinung, daß die Laune dieser großen Arbeitergruppe zum größten Teil durch deren Verbandsbeamte hervorgerufen ist. Maßnahmen seien auch alljährlich bei den Maurern, Zimmerern und Holzarbeitern vorgekommen. Trotzdem beteiligen sie sich von Jahr zu Jahr in stärkerer Zahl an der Arbeitsruhe. Diese Kategorien könnten sich die Metallarbeiter und Buchdrucker zum Vorbilde nehmen. Dadurch pflichtet den beiden Rednern im wesentlichen bei. Betreffs der Präsidialfrage giebt er jedoch seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß von sogenannter radikaler Seite erst immer betont werde, es handle sich um eine Angelegenheit von durchaus untergeordneter Bedeutung, während gleich darauf diese Angelegenheit so unwichtige Sache mit einem Ernst und einer Wortverwendung behandelt werde, als stände dabei für die Partei wer weiß was auf dem Spiele.

Wegen der vorgerückten Zeit wurde hierauf die Debatte geschlossen, obwohl sich noch eine ganze Anzahl Redner gemeldet hatten. Es gelangte sodann folgender Antrag zur Annahme:

„Die Generalversammlung beauftragt ihre Delegierten, auf dem Parteitage für vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten.“

Der Antrag wurde nachstehende Resolution gegen zwei Stimmen angenommen:

„Der sozialdemokratische Wahlverein des sechsten Berliner Kreises steht auf dem Standpunkt, daß unsere Reichstags-Fraktion das parlamentarische Recht für sich in Anspruch nimmt, die erste Vicepräsidentenstelle zu besetzen, es aber ablehnt, dafür die Bedingung zu erfüllen, zu Hufe zu gehen. Der sechste Kreis ist der Ueberzeugung, daß die Anregung der ganzen Frage aus einer maßlosen Ueberschätzung des Parlamentarismus entstanden ist, daß die Frage wohl für bürgerliche Kreise ein so großes Interesse haben könnte, nicht aber für die sozialdemokratische Partei. Im übrigen erwartet der sechste Kreis, daß die Genossen endlich aufhören, sich in allerlei Phantasieereien zu ergehen, und daß sie mehr den notwendigen praktischen Aufgaben der Partei ihre Aufmerksamkeit zuwenden.“

Laurent sprach noch kurz zur Tagesordnung der Provinzial-Konferenz. Anträge dazu lagen nicht vor. Unter „Verschiedenes“ wurde noch angeregt, die Parteitageprotokolle für die Berliner Wahlvereinsmitglieder zu einem Einheitspreise von 10 Pf. abzugeben.

Unserm Bienen Karl zu seinem heutigen Weibchen ein dreimal donnerndes Hoch! 2422L Die Alten und die Jungen der II. Abteilung.

Nach langem schweren Leiden verschied am 24. d. M. 9 1/2 Uhr, mein lieber Mann, unser guter Vater, der Restaurateur Heinrich Anton 11315 Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme an

Emma Anton geb. Rausch. Nieder-Schönhausen, 25. August.

Die Beerdigung findet Donnerstags, den 27. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus aus nach dem Friedhof in Nieder-Schönhausen, Buchholzerstraße, statt.

Heute früh 6 1/2 Uhr folgte nach langem schwerem Leiden unsere heiligeliebte liebe Mutter, Frau Emma Schneider geb. Mohlhorn unsem unvergesslichen Vater in den allzu frühen Tod. Berlin, den 26. August 1903.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. August 1903, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße bei Brühl aus statt. 11285

F. Scholz' Festfale Große Frankfurterstr. 74. Sonnabend, der 26. September, und Sonnabend, der 7. November, sind frei gemorden. 24002*

Sozialdemokratisch. Wahlverein für Pankow und Umgegend. Am 24. d. M. verstarb unser Mitglied, der Restaurateur Heinrich Anton.

Die Beerdigung findet Donnerstags, den 27. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus aus nach dem Friedhof in Nieder-Schönhausen, Buchholzerstraße, statt. 22376 Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Nadler u. Siebmacher zu Berlin. Bekanntmachung. Sonnabend, den 5. September 1903, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Ausserordn. General-Versammlung. Tages-Ordnung: Statuten-Änderung auf Grund der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz vom 25. Mai 1903. §§ 2, 5, 7, 10, 11, 13, 14, 16, 17, 18, 19, 21, 24, 29, 38, 39, 46, 49, 53, 67.

Die Herren Arbeitgeber und großjährigen Kassamitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch ist als Legitimation mitzubringen. Der Vorstand. 275/15 A. N.: Rob. Schmidt, Vorsitzender.

„Armin-Hallen“ Kommandantenstraße 30. sind noch große und kleine Festfale mit und ohne Theaterbühne an Sonnabenden und Sonntagen im Monat September, Oktober, November, Dezember, Januar, Februar und März frei. 22172*

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis

Freitag, den 28. August, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung für das Hansa-Viertel in den „Sprechsalen“, Kirchstraße 27. 235/10 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Katzenstein über: „Die Wohnungsfrage“. 2. Diskussion. 3. Annahme neuer Mitglieder. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Achtung! Konditoren. Achtung! Heute, Donnerstag, den 27. August, abends 9 Uhr, in den Germaniasälen (Weiber Saal), Chausseest. 103: Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Warum müssen die Konditoren sich einen Lohnzettel erringen? Referent: Kollege Siebler. 2. Diskussion. 3. 29/13 Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Achtung! Rixdorf. Achtung! Heute Donnerstag, 27. August, im Lokale des Herrn Thiel, Bergstr. 151:

Grosse öffentliche Frauen-Versammlung für den Kreis Teltow-Heerskow-Storkow-Charlottenburg. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen John. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Delegierten zur Brandenburger Provinzialkonferenz. Zahlreichen Besuch auch seitens der Genossen erwartet Die Kreis-Vertrauensperson. 203/17

Otto Müller, Naunynstr. 37 (früher Jablonsky). Vorzüglich. Mittags- (mit Bier 50 Pf.) u. Abendtisch zu n. Preisen im herrlich kühlen Garten. Jeden Donnerstag: Frei-Konzert. Vereinszimmer und Billard zur Verfügung. 21832*

Außerordentliche General-Versammlung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin am Montag, den 7. September 1903, abends 8 1/2 Uhr, im Hülseisen Lokal, Brunnenstr. 188.

Tages-Ordnung: 1. Statuten-Änderung. 2. Beschlußfassung über die Verlängerung des Vertrages mit dem Verein der freigeschulten Maschinenarbeiter. 3. Verschiedenes. Nach dieser Generalversammlung findet in demselben Lokale eine außerordentl. Generalversammlung der arbeitnehmenden Vertreter statt, welche die Beschlußfassung über die Wahl eines Stellens des ausgeschiedenen Herrn Richard Henschel.

Anfragen und Beschwerden, zu welchen die Ansicht in die Stellenbücher notwendig ist, müssen bis zum 6. September d. J. mündlich oder schriftlich behufs Beantwortung derselben in der Generalversammlung dem Vorstande mitgeteilt werden. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Herren Vertreter ist wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingt erforderlich. Das Mandat legitimiert. Berlin, den 27. August 1903. Der Vorstand. Karl Gubelt. 11296

Freitagen, Reg. Maulförschen billig Schneer, Große Frankfurterstraße 13. Vereine: 24212* Bezirksrat des Verbands deutscher Gastwirtschaftlichen. Tel. Amt 3, 1818.

Orts-Krankenkasse der Maler.

Die dreizehnte Änderung des Statuts (Ueberweisung der Mitglieder in Erholungsstätten) ist genehmigt und wird vom 29. August 1903 ab den Mitgliedern eingehändigt. 10896 Der Vorstand.

Baugenossenschaft „Freie Scholle“ E. G. m. b. H.

Sonntag, den 6. September, nachmittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal V: Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Aufsichtsrates über die Geschäftsführung des Vorstandes. 2. Antrag des Aufsichtsrates betr. Neuwahlen zum Vorstande. 3. Erledigung eingelaufener Anträge. 4. Verschiedenes. 128/10

Der Aufsichtsrat: Lange. Empfehle allen Freunden u. Bekannten Emei Weiss, Bayrischleier und gr. Speisegeschäft, Reichshausenstraße 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen. * H. Stramm, Ref., Ritterstr. 123.

Reines vollwertiges Roggenbrot a 50, 35 u. 20 Pf. und gute, schmackhafte weiße Ware, 6 Stück 10 Pf., empfehle ich den werthen Genossen u. Genossinnen. Pappel-Allee 24, Ernst Pfeiffer, Bäcker. Dr. Schünemann Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenheilkunde. Seydelstr. 9. 1/2-1/3, 1/6-1/8, Sonntag 9-11. Zimmer für 60 und 30 Personen, auch für Gesangsvereine. Neues Platin. Dirlsenstr. 39 I. Karl Grosser. Zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Börsen. 24212* Bezirksrat des Verbands deutscher Gastwirtschaftlichen. Tel. Amt 3, 1818.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, 27. August.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus, Fabeln.
Schauspielhaus, Der Fremde.
Solon in Babylon.
Neues Opernhaus, Die Geisha.
Welfen, Unheimlich.
Kessing, Die Ehe.
Deutsches, Königin Hanna.
Neues, Doppelselbstmord.
Anfang 8 Uhr:
Liedertheater (Kroll), Liebes-
spiele und Idyllen. Bifion nach
dem Balle.
Berliner, Schauspiel Francesca
Brenski: Traviata.
Residenz, Lustige Gemächer. Vor-
her: Zum Einschieber.
Thalia, Der Schlüsselreifer.
Kleines, Nachtschl.
Trianon-Theater, Die Witwe.
Deutsch-Amerikanisches, Ueber'n
großen Teich.
Carl Weiss, Der Fehltritt einer
Frau.
Vello-Alliance, Spezialitäten.
Apollo, Die Hebedinzel, Special-
itäten.
Winter-Garten, Spezialitäten-Vor-
stellung.
Metropol, Neues! Erneuetes!
Reichshallen, Stettiner Säger.
Vossage-Theater, Spezialitäten.
Urania, Taubenstrasse 48/49.
Von der Zugspitze zum Watz-
mann.
Invalidenstrasse 57/62, Stern-
marie. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Residenz-Theater
Direktion S. Leutenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Lustige Gemächer.
Schwan in 3 Akten von Mars-Barré.
Vorher: Zum Einschieber.
Schwan in 1 Akt von O. Jacobsohn.
Morgen und folgende Tage: Die
selbe Vorstellung.
Sonntagabend, 8 Uhr: **Nora.**
Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich-
und Universitätsstrasse.
Die Notbrücke.
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Doppelselbstmord.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen-Theater.
Direktion: Ludwig Rosenfeld.
Freitag, den 29. August 1903:
Eröffnungs-Vorstellung.
Das neue Gebot.
Schauspiel in 4 Akten v. Ernst v. Bildenbrunn.
Billet-Vorverkauf täglich an der
Theaterkasse, im Zwillingendamm, Rühl-
lerdamm und den Warenhäusern von
A. Wertheim.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.
Metropol-Theater.
Der grösste Erfolg dieser Saison!
Wiederauftreten
Emil Thomas a. G.
Bender, Frid-Frid.
Zum 228. Male:
Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
- Rauchen überall gestattet. -

Apollo-Theater.
Zum
113. Male: **Die Liebes-Insel**
mit dem
sensationalen **Post-Ballett.**
Nur noch bis 31. August.
Ein ungetrautes Weib.
Aimodrama in 2 Akten, gespielt von
Mexicos bestersten Soubren.
Neu! Miss Mildred de Grey. Neu!
Amerikanische Sensations-Kämpferin.
Carl Weiss-Theater.
Grosse Frankfurter Strasse 132.
Der Fehltritt einer Frau.
Berl. Sittenbild in 5 Akten v. O. Berner.
Anf. 8 Uhr. Morgen: Die. Vorstell.
Sonntagabend 8 Uhr: **Das**
Geheimnis des roten Hauses.
Im Garten: Spezialitäten. Anf. 5 Uhr.

Max Klem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. - Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: 17182*
Grosses Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebigen
Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Grosse Tag.
Die Kaffeecke ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regeldamen, Bäckerdamen, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**
Schloss Weissensee.
Zum Sternecker, Inhaber: C. Koch.
Täglich: Grosse Theater-Spezialitäten-Vorstellung.
Hauptprogramm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: Grosse BALL.
Illumination der Fontaine lumineuse. Neben Mittwoch:
Grosses Kinderfreudenfest mit Gratis-Verlosung.
Jeden Donnerstag: Grosse Monte-Elito-Festwerk u. Doppelkonzert.
Jeden Sonntag: Grosse **DOPEL-KONZERT.**
Kaffeecke. - Volksbelustigungen aller Art.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze
zum Watzmann.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.
CASTANS
Panoptikum
Friedrichstr. 165.
!! Menschliches
Doppelwesen:
die zusammen-
gewachsenen Schwestern
20 Jahre alt, spielen Violine!

ZOOLOGISCHER
GARTEN
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Doppelkonzert.
Gastspiel der Regiments-
kapelle des Brandenburgischen
Grenadier-Regiments No. 8
aus Frankfurt a. O.
Dirigent: **W. Lebede.**
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
In der Arena:
Raubtier-Spielschule.
Vorstellungen: 4-5 u. 6-7 Uhr.
Eintritt: Sperrsitz 1 M.,
Stehplatz 50 Pf. Kinder
unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Theater
Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochen-
tags 5 Uhr. Anfang der Abend-
vorstellung 8 Uhr.
Das
Moto-Mädchen.
Mensch oder Maschine?
Das neue Rätsel für Berlin!
Die Tritons, die besten Taucher
der Welt.
Walter Steiner, Humorist.
Ganz Berlin zerbricht sich
schon den lebanten Kopf über Aga.
14 erstklassige Nummern.

Fröhels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönst. Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Benefiz für den
Regisseur **Eduard Wendt.**
Kunstgewählter Spielplan.
Einmalige Aufführung:
Ein Weib aus dem Volke.
Dazu die vorzüglichsten Kunstkräfte.
Nur wenige Tage:
Die Reife nach dem Monde.
Im Saale: **Grosser Ball.**
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag, den 31. August: **Ab-**
schiedsvorstellung des August-
Spielplans. - Ab Mittwoch, den
2. September, finden diese Vor-
stellungen nur noch Sonntag,
Montag und Mittwoch statt.

Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 72,
Ecke Alexanderstrasse.
Heute:
Benefiz f. Rud. Schauss.
Anfang 7 1/2 Uhr. Nach der
Vorstellung: **Tanz-Kränzchen.**

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Sonntag, den 29. August,
abends 8 Uhr:
Wieder-Eröffnung.
Zum erstmalig: **Was ihr wollt.**
Lustspiel in 5 Akten v. W. Shakespears.
Sonntagabend 8 Uhr:
Die Räuber.
Sonntagabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Montagabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Sonntag, den 30. August,
abends 8 Uhr:
Wieder-Eröffnung.
Zum erstmalig: **Der Tallman.**
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen
von Ludwig Fulda.
Montagabend 8 Uhr:
Der Tallman.

Deutsch-Amerikanisches
Theater
(früher Buntes Theater)
67 Köpenickerstr. 68.
Sonntag, den 29. August, 7 1/2 Uhr:
Premiere.
Schauspiel **Adolf Philipp.**
Ueber'n grossen Teich.
Seltene Bilder m. Ges. a. d. Leben
der Deutsch-Amerikaner in 5 Ab-
teilungen v. **Adolf Philipp.**
Billetts (ohne Vorverkaufsgeld)
sind an der Theaterkasse sowie bei
A. Wertheim zu haben.
Die Theaterkasse ist täglich von
10-9 Uhr abends geöffnet. Die
bereits bestellten Billets müssen
bis **Donnerstag, den 27. Aug.,**
abgeholt sein.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9. Direkt.: M. Kalbo.
Täglich: **Alt-Heidelberg** im Feine.
Liederpiel in 3 Akten von D. Richter.
Konzert und Ball.
U. a.: **Meta Waldau, Savour-Quadr.**
Original **Esquis Milards, Tanzhumorist.**
Neu! **The Berlings.** Neu!
die jugendlichen Lustigen.
Johnke Compagnie.
Transformations-Red. Fantomime.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.,
num. Platz 50 Pf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Auf vielseitig. Wunsch zum letztenmal:
Drei Tage
aus dem Leben eines Spielers.
Montag, den 31. August 1903:
Schluss der Sommersaison.
Benefiz für die Hauskellner.

Bernhard Rose-Theater
Gefundenbrunnen, Badstrasse 58.
Berliner Sünder.
Voffe mit Ges. in 2 Akten von E. Gl.
Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
Montag, den 31. August: Benefiz
für das Schauspiel-Veronal.
Dienstag, den 1. Septbr.: Robert
und Bertram.

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 76-77
(Ringbahn-Station).
Ob schön! Ob Regen!
Täglich
das vollständig konkurrenzlose
Riesen-August-Programm!
La Ludia, Les Aler, Clown Dolly
mit seinen Helden, Humden u. Wfen.
Hody Brumien, The Nelsons,
Loro-Quartett, Fritz Brand,
Dustus Blosscop usw.
Sonntag, Sonntag, Montag: Tanz.
Anf. Bochent. 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr.

Sanssouci.
Täglich im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche Säger
und Konzert.
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag nach der
Soiree: **Tanz-Kränzchen.**
Für die Winterfaison sind noch einige
Zonnabende frei zu festlichkeiten.

Neue freie Volksbühne.
Achtung, Mitglieder! Die ordentlichen Vereins-Vorstellungen des neuen
Spieljahres finden im
Neuen Theater
statt und zwar für die I. Abteilung jeden ersten, für die II. Abteilung jeden zweiten, für die III. Ab-
teilung jeden dritten und für die IV. Abteilung jeden vierten Sonntag im Monat.
Für September gelangt: **Nachtschl,** Drama von **Maxim Gorki,** in
der Fassung des **Neuen Theaters** zur Aufführung.
Ueber alle weiteren Veranstaltungen berichtet die jedem Mitgliede gratis per Post zugesellte,
monatlich erscheinende Vereinschrift **„Die Kunst dem Volke.“**
Neue Mitglieder werden, soweit noch Platz vorhanden ist, in allen
Zahlstellen aufgenommen.
Das Einschreibegeld beträgt 1 Mark, der monatliche Beitrag 80 Pfennige.
Zahlstellen:
Nordost: S. Rest, Veteranenstr. 6.
Knapf, Grünthalerstr. 5.
Veitich, Prenzlauer Allee 215.
K. Kanapfe, Brunnenstr. 122.
Karl Kleinau, Gerichtstr. 4.
Nordost: Schroll, Landwehrstr. 6.
Westen: D. Gradhandl, Potsdamerstr. 26.
Nordwest: Becker, Goshomolstr. 9.
Südwest: Vesch, Rüdernstr. 120.
Landgraf, Reuenburgerstr. 15.
Martienzen, Velloalliancestr. 7/8.
Süden: Bobzien, Kommandantenstr. 62.
Südost: Köhn, Raunstr. 83.
Kaufhold, Brangelstr. 58 III.
Strangfeld, Weigerstr. 24a.
Luberl, Nachstr. 14, Eingang
Grüner Weg.
Süd: Kirsh, Maternstr. 3, Stif. III.
Gorn, Frankfurter Allee 119.
Graber, Reussstr. 55.
Glafer, Weimarerstr. 18.
U. Heinrich, Königenerstr. 19.
Südwest: Wrenzl, Goshomolstr. 2.
Friedman: Dang, Kirchstr. 15, Stif. III.
Charlottenbg.: Schröter, Wilhelmsdorferstr. 108.
Schäfer, Schillerstr. 102.
Opern-Vorstellungen:
Sonntag, den 29. August, abends 8 Uhr, im Berliner Theater:
„Der Barbier von Sevilla.“ Romische Oper von Rossini. (Signora Franceschina Prevosti.)
Montag, den 31. August, abends 8 Uhr:
„La Traviata.“ (Die Kameliendame), Oper von Verdi. (Signora Franceschina Prevosti.)
Karten für Mitglieder à 1,25 M., für Gäste à 1,50 M. sind in obigen Zahlstellen zu haben
(nur Logen, Parterre und I. Rang-Plätze).
Der Vorstand: J. H. Heine, Neff, Kaffeezer, Veteranenstrasse 6.

Freie Volksbühne.
Achtung, Mitglieder! Die Veranstaltungen des
Vereins beginnen am 30. August (1. und 2. Abteilung) im
Metropol-Theater. Die Aufführung für die erste
Serie
Klein Eyolf
von Henrik Ibsen, in Scene gesetzt vom
Ober-Regisseur Fritz Witte-Wild.
Die zweite Serie im **Lessing-Theater** beginnt
Sonntag, den 13. September, mit
Nathan der Weise
Dramatisches Gedicht in fünf Aufzügen von
Gotthold Ephraim Lessing.
Die Vorstellungen beginnen nachmittags 2 1/2 Uhr.
Neue Mitglieder zur 15. und 16. Abteilung
können sich, soweit noch Platz vorhanden, in den Zahl-
stellen anmelden.
229/11*
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Neue Welt. Arnold Scholz.
Donnerstag, den 27. August 1903:
Grosses Konzert
des **Erk'schen Männer-Gesangvereins.**
Sommerfest des Kriegervereins ehem. Matrosen der Kaiserl. Marine.
Bombardement der Taku-Forts
unter Mitwirkung von 150 Marine-Soldaten.
Anfang 5 Uhr. Eintritt 75 Pfg.
Billets im Vorverkauf à 50 Pfg.

Anker
Brikets

Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des
Signor Vincenzo Ferraro.
Donnerstag, Sonntag, Sonntag
im Kaiser-Saal: **Tanz.**

Reichshallen
Stettiner Säger
(Wesel, Bietra, Britton,
Steidl, Böhme, Böd-
mann, Wäitner, Bö-
schaber u. Oberino jr.)
Anfang: 8 Uhr,
Wochentags 7 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Schweizer-Garten
am Königsforst, am Friedrichshain.
Täglich: **Theater** und
Artisten-Vorstellung,
Ball u. Volksbelustigungen.
Abends 10 Uhr:
Der selige Zwiebelmann.
Voffe mit Gesang in zwei Bildern
von Gerike.
Bioscop.
Lebende Bilder. Neueste Aufnahmen.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**

Ostbahn-Park.
Am Küstnerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und **Spezialitäten-**
Vorstellung.

WINTER
GARTEN
Grosses
Eröffnungs-Programm:
Florence u. Lillian, musik Nummer.
Anne Danorey, Pariser Soubrette.
Die drei Macagnos, Scenan im Café.
Florence Moore, amerik. Sägerin.
Mia Margurita, Löwen-Dressense.
Das Motegiri, die lebende Puppe.
Lionel Strongfort, Kraftproduktion.
Alexia, Bravourtänzerin.
Die Ten Ichi Truppe, japan. Zauberkr.
Hickey u. Nelson, amerik. Excentrics.
Paul Caste, Bariton von der Gr.
Oper in Paris.
Die Jahrmarktsprinzess, Ballett-Div.
Biograph, Bilder des Papstes.
Besten Nordhäuser
Bitter von 50 Pf. an, garantiert reines
Getreideprodukt. H. Liqueur. (1903)
Martin Bernnd, Ritter u. Weingärt. Gde.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Versammlung für das Hansa-Viertel am Freitag, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr, in den „Sprecherhallen“, Straßstraße 27. Vortrag des Gen. Kagenstein über die Wohnungsfrage.

Achtung, Sechster Wahlkreis! Heute Donnerstag findet in den bekannten Lokalen ein außerordentlicher Jahrsabend statt. Erscheinen der Mitglieder notwendig. Der Vorstand.

Charlottenburg. Achtung, Parteigenossen! Die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl liegen nur bis zum 30. August zur Einsichtnahme im Statistischen Amt, Rosinenstr. 12 aus. Die Genossen werden dringend ersucht, zur Vermeidung des Wahlrechtsverlustes sich von ihrer Eintragung in die Wählerliste zu überzeugen. Der Vorstand des Wahlvereins.

Verloren wurde am Dienstag auf der Chaussee von Steglitz nach Lichterfelde ein Lederetui, enthaltend die Parteilisten-Sammelkarte Nr. 4187, auf der 1,35 M. gezeichnet waren, für 5 M. Partebonus, zwei Zeichnungen und ein Mitgliedsbuch des sechsten Kreises, auf den Namen Kurt Friedrich lautend. Es wird gebeten, die Fundstücke gegen Erstattung etwaiger Unkosten abzugeben bei A. Friedrich, Breglauer Allee 233.

Lokales.

Der Brand des Budapester Warenhauses wird auch zur Förderung bei den hiesigen feuerpolizeilichen Behörden Veranlassung geben. Zunächst wird ein genauer Bericht über die Entstehung und Verbreitung des Brandes sowie über die feuerpolizeilichen Maßnahmen, welche für das Warenhaus getroffen waren, abgewartet werden, bevor die Behörde zu weiteren Schutzmaßnahmen für die hiesigen Warenhäuser bestimmte Beschlüsse fassen wird. Sowiebald kann schon jetzt als sicher mitgeteilt werden, daß die Gefahr einer Brandentstehung durch Kurzschluß für die Berliner Warenhäuser vollständig ausgeschlossen ist. Nicht nur in allen hiesigen Warenhäusern, sondern auch für sämtliche Gastwirtschaftsbetriebe ist die Mahnung getroffen, daß sämtliche elektrische Abzweigungen innerhalb von Räumen nicht nur isoliert, sondern auch durch Kleinfäden gesichert sein müssen. Beleuchtungsanlagen innerhalb von Schaufenstern müssen derartig beschaffen sein, daß jede Möglichkeit einer Brandentzündung ausgeschlossen ist.

Verlegung einer Straßenbahnlinie. Die Verlegung einer weiteren Linie der Straßenbahn ist wegen Bauarbeiten notwendig geworden. Die Stromstraße zwischen der Turm- und Perlebergerstraße wird zur Zeit asphaltiert und bei dieser Gelegenheit mit einem zweiten Geleise versehen. Um die Arbeiten möglichst zu beschleunigen und auch bei Tage ausführen zu können, ist die Linie 8 (Charlottenburg-Gesundbrunnen) umgeleitet worden. Die Wagen dieser Linie verkehren in beiden Richtungen nicht durch die Strom- und Wirlenstraße, sondern durch die ganze Perlebergerstraße. Die Arbeiten dürften in zwei bis drei Wochen beendet sein und dann die Umleitung wieder aufgehoben werden.

Eine alte Dreifigkeit entwickelte vor einigen Tagen der Sekretär M. von dem bekannten Arbeitsnachweis der Holzindustriellen in der Alexanderstraße. Noch immer ist dieser Arbeitsnachweis von Holzarbeiter-Verbande gesperrt und wird auch noch vor dem Beobachtungsposten überwacht. Als Verstecklokal dient den Posten seit langem schon eine dem Nachweis gegenüberliegende Wirtschaft, die vor einiger Zeit ihren Besitzer gewechselt hat. Der jetzige Wirt erfreut sich nun einer ganz besonderen polizeilichen Aufmerksamkeit. So hat er z. B. nur bis 11 Uhr Konzession, auch werden keine Räumlichkeiten häufig nach den Posten stehenden Holzarbeitern abgemacht, kurz seine Kneipe ist als sozialdemokratisches Nest „angekennzeichnet“. Was nun die Polizei thun kann, das glaubte jedenfalls auch der Herr Sekretär M. thun zu dürfen. So kam er denn in Begleitung eines Schutzmanns in das Lokal gerannt, als wenn er dort alleiniger Herr und Gebieter wäre und suchte nach einem Posten, der angeblich unorganisierte Arbeitsuchende beschäftigt haben sollte. Der Aufforderung des Wirtes, sich zu entfernen, leistete er erst nach längerer Zeit unter lebhaftem Wortwechsel Folge. Einige Tage darauf kam er jedoch ganz ungeniert wieder herein, um abermals auf Posten zu fahnden. Jetzt wurde dem Herrn allerdings etwas deutlicher klar gemacht, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Der Wirt hat ihn außerdem wegen Hausfriedensbruchs verhaftet.

Die Verhaftung zweier Eindrehler verursachte gestern morgen einen großen Aufruhr am Lehrter Bahnhof. Der 32 Jahre alte ehemalige Schlosser Robert Welzel und der 19-jährige früherer Schreiber Adolf Rutz wurden im Juli vorigen Jahres von der Kriminalpolizei auf frischer That erfaßt und wegen wiederholten schweren Einbruchs vor Gericht gestellt. Wie das schon seit geraumer Zeit üblich ist, machten sie den wilden Mann, wurden für gemeingefährlich geisteskrank erklärt und kamen nach Einstellung des Strafverfahrens statt in das Jugendhaus in die Irrenanstalt Herzberge. Das war es, was sie gewollt hatten. Am 8. Juli d. J. fanden sie die gesuchte Gelegenheit, aus der Anstalt zu entlaufen, und nahmen sofort ihre frühere Beschäftigung wieder auf. Da ihnen aber Berlin zu unsicher war, so gingen sie in die Provinz. Hier harpönte es aber mit dem Absatz der „Sore“ und diese Schwierigkeit führte sie wieder in die Hände der Strafbehörden. Der hiesigen Kriminalpolizei wurde von Neu-Ruppin ein Einbruch gemeldet. Die Beamten, die Welzel und Rutz kannten, schloffen auf die Art der „Arbeit“ sofort, daß die beiden entflohenen „Geisteskranken“ ihre Hand im Spiele haben müßten. Daher wurde der Lehrter Bahnhof scharf beobachtet. Heute morgen trafen die erwarteten Eindrehler mit der Deute ein. Die Kriminalbeamten ließen sie einwilligen ruhig gewähren. Beide benahmten sich dem auch ganz verständlich, wie alle andern Reisenden, sorgten für ihr umfangreiches Gepäck, das die Deute enthielt, so gut, wie es auch ein geistesgesunder Mensch nicht besser hätte thun können, und schickten sich an, mit ihm nach der Stadt zu fahren. Erst in diesem Augenblick sprangen die Beamten zu, um sich der Eindrehler und der Deute zu bemächtigen. Kam der eine mit einem Schläge. Die ruhigen und besonnenen Reisenden, die soeben noch die größte Umsicht an den Tag gelegt hatten, wurden plötzlich wieder wild, tollten die Augen, schlugen und stießen mit Händen und Füßen um sich, hieben mit ihren Dretheisen auf die Beamten ein, waren aber trotzdem wieder so vernünftig, in die Droschke zu springen und den Versuch zu machen, ihrem Schicksal im letzten Augenblick noch zu entgehen. Aber die Kriminalbeamten folgten ihnen in den Wagen, ließen sie nicht mehr los und fuhren unter einem großen Auflauf mit ihnen nach dem Polizeipräsidium zu von dannen. Hier gab Rutz den „wilden Ram“ auf, während Welzel auch noch weiter seiner Rolle treu blieb. Rutz, der einsah, daß nichts mehr zu machen sei, wurde wieder ganz vernünftig und ruhig und erklärte dann frei heraus, daß er sich früher nur verrückt gestellt habe, um seiner Strafe zu entgehen. Jetzt wolle er aber die verdiente Strafe auf sich nehmen. Auch an Welzel habe er die ganze Zeit, die er mit ihm zusammengefahren sei, nicht eine Spur von Geistesgestörtheit wahrgenommen. Rutz wird daher wieder dem Untersuchungsrichter zugewiesen werden, während man Welzel wohl nach Herzberge zurückbringen muß, da nichts mit ihm anzufangen ist. Welzel hatte übrigens die Freiheit auch benutzt, eine Kartenlegerin oder Wahrsagerin aufzusuchen. Sie hatte ihm auf einem Zettel eine Auskunft gegeben, die ganz auf ihn paßt: „Große Schätze wirst Du nicht erwerben, aber Dein Fleiß und Deine Redlichkeit gewähren Dir ein sicheres Auskommen!“

Eine Revolverseaife verursachte vorgestern nachmittag in der Liedstraße große Aufregung. Dort verurteilte der Berliner Freiz Schöffler den Ruffler Max Tenius durch fünf Revolverseaife zu töten. Schöffler war mit der Schwester des Tenius verheiratet gewesen, doch war die Ehe eine recht unglückliche. Nach der Behauptung der Frau wurde sie von ihrem Manne mißhandelt und verließ dessen Wohnung, um in der Behausung ihres unehelichen Bruders Unterkunft zu finden. Frau Sch. reichte dann mit Erfolg die Ehescheidungsakte ein. Der Kellner verurteilte mehrfach seine Frau auszupeinigen und besuchte zu diesem Zweck vor etwa sechs Wochen den Ruffler Tenius. Bei dieser Gelegenheit kam es zu einem überaus heftigen Streit. Schöffler bedrohte T. und dessen Schwester, und erklärte schließlich, daß er beide erschließen werde. Der Wütende tobte dann noch stundenlang auf der Straße, bis er schließlich durch einen Schuttmann festgenommen und nach der Polizeiwache in der Kobalistrasse geführt wurde. Wegen des Arzts auf der Straße erhielt er ein Strafmandat und außerdem wurde Schöffler wegen Hausfriedensbruch und Bedrohung mit 14 Tagen Haft belegt. Nunmehr verurteilte der Kellner seine angeklagte Frau durchzuführen. Nachdem er schon vor einigen Tagen Tenius abgelauert und verfehlt hatte, wiederholte er jetzt den Versuch mit Erfolg. Sch. versteckte sich gegen 4 Uhr nachmittags hinter einem Straßensbrunnen; kurze Zeit darauf verließ T. das Haus und begab sich nach dem Cigarrengeschäft von Kauf. Schöffler folgte dem Ahnungslosen und gab von der Ladenthüre aus mit einem bereitgehaltenen Revolver sechs Schüsse auf den Ruffler ab. Drei Augen trafen diesen in den Arm, während zwei Geschosse in die rechte Seite drangen; die sechste Kugel verfehlte das Ziel. Der Thäter ergriff die Flucht, wurde jedoch von den dazukommenden Passanten aufgehalten und einem Schuttmann übergeben. T., dessen Verletzungen sich glücklicherweise als ungefährlich herausstellten, wurde nach der königlichen Klinik gebracht.

Polizeilich beschlagnahmt wurde die Leiche des 65 Jahre alten Arbeiters Wilhelm Schreiber aus der Dalldorferstraße Nr. 6, der seit einigen Tagen nicht mehr zum Vorschein gekommen war und dann vom Hauswart, der seine Stube öffnete, tot im Bette liegend aufgefunden wurde. Wahrscheinlich ist er am Herzschlag gestorben.

Zwei gefährliche Brände hatte in der Nacht zum Mittwoch die Feuerwehr zu löschen. Gegen 2 Uhr wurde die 4. Compagnie nach dem Ausstellungsplatz in Roabit gerufen, wo in der fogen. Künstlerkasseler Feuer ausgebrochen war. Dort standen bei Ankunft der ersten Löschzüge, die von der städtischen Feuerwehr im Ausstellungs-Parc alarmiert worden waren, die Schanddecke, trockene Laubgeminde, Leinwand-Decorationen u. a. in hellen Flammen. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, die Gefahr bald zu beseitigen. Eine Stunde später brach in einem Kesselhause in der Griseuferstr. 8, einem von mehr als sechzig Personen bewohnten Grundstück, Feuer aus. In einem Friseurbetrieb waren Spähne in Brand geraten, auch dort glückte es, die Gefahr so schnell durch energisches Wassergeben zu beseitigen, daß ein Teil der Mieter fast nichts davon bemerkt hat. Kellerbrände beschäftigten die Feuerwehr dann noch in der Gerichstraße 84, Pfingststr. 6 und andern Orten. In der Wdhertstraße 10 brannte eine Wohnstube, in der verlängerten Lyonerstraße auf freiem Felde eine Gartenlaube, in der Markstraße 27 ein Schornstein zc.

Durch Fernsprechschwindler empfindlich geschädigt werden vielfach hiesige Geschäftsleute, insbesondere Gastwirte, welche ihre Fernsprechapparate dem Publikum zur Verfügung stellen. Dieser Gebrauch hat dazu geführt, daß Personen, welche häufig Ferngespräche haben, unter dem Vorgeben, ein Ortsgespräch führen zu wollen, sich mit Köln, Leipzig, Hamburg usw. verbinden lassen. Sie machen bei dem Gastwirt vielleicht 20-30 Pf. Reize, während der Wirt die 1-3 M. betragende Gebühr bei der Post zu bezahlen hat. In welchem Umfange dieser Unfug getrieben wird, kann man daraus entnehmen, daß ein hiesiger Gastwirt in einem Monat 11 M. Ferngesprächsgebühren bezahlen mußte, ohne daß ihm von den Sprechern auch nur ein Pfennig ersetzt worden war.

Der Verein der Aquarien- und Terrarienfrennde zu Berlin ist am 21. d. Mts. zum erstenmal mit einer Ausstellung, die bis zum 31. d. Mts. dauert, in den Räumen des Central-Klubhauses, Königsgraben 14a, in die Öffentlichkeit getreten. Alle unfern lastbühnigen Wasserbewohner, von dem einfachsten Stöckchen an bis hinauf zu dem stolzen Teleostfischschwanz, sowie viele der glühenden und im prunkenden Farbenschaum prangenden exotischen Fischearten haben sich dort ein Rendezvous gegeben. Aber nicht nur Fische allein, auch die lieblichen Kinder der Wasserflora, seien es Rumpfbüchsen oder schlanke Pfeilkräuter, lassen dem Besucher in herrlichster Frische entgegen, so daß der Naturliebhaber volle Befriedigung an dem Gebotenen findet. — Daß diesem Geist und Bemüht veredelnden Sport auch volle Aufmerksamkeit von seiten der Pädagogen spendet wird, beweist, daß das Anerbieten des Vereins an maßgebender Stelle, den Gemeindefschulen unter Leitung der Lehrer freien Eintritt zu gewähren, dankend angenommen und demselben bereits nachgegeben wurde.

Barfuß-Tanz im Apollo-Theater. Die Kunst, unbeschützt und ohne Tricot Gedankenwindungen zu tanzen, ist der europäischen Kulturwelt bekanntlich vor einigen Monaten von der Amerikanerin Nadora Duncan gezeigt worden. Zwar hat schon der ehrjame Aia Tross die uralte Sentenz wieder aufgeführt, daß Tanzen ein Gottesdienst sei, ein Beten mit den Beinen; aber damals war die Menschheit für diese Wahrheit noch nicht reif, und ein anmutiges Kind aus der neuen Welt mußte uns erst den Abfall des dreitausendjährigen Schönscheit darrbringen. Nun ist nichts fertig aus dem Haupte des Jupiter entsprungen und auch Miß Nadora Duncan mag drüber ihre Vorgängerinnen gehabt haben. Als solche gab sich gestern abend im Apollo-Theater Miß Mildred Howard de Grey. Der Zettel nennt sie amerikanische Sensationsstängerin vom Casino-Theater in New York und preist sie außerdem noch besonders als die Original-Barfuß-Tänzerin Amerikas. In solcher Ursprünglichkeit wird die Dame an nichts weniger gedacht haben als an geistliche Schönheitsideale; sie wollte ihrem derben Publikum wohl nur ein bishen billigen Sinnenstiel bieten. So nimmt es sich denn gar putzig aus, wenn sie im wackelnden Phantasiekostüm auf die Bühne tritt, sich erst auf dem zur Rechten stehenden Stuhl gemächlich die Schuhe auszieht, dann auf Strumpfhosen zu dem Stuhl zur linken Hand hinüberkriecht und sich dort auch der Strümpfe entledigt. Ein bis zu den Knieen hinabreichendes Tricot mag der wunderliche Sittlichkeitsbegriff der Polizei verschuldet haben, der vor einigen Monaten im Apollo-Theater überhaupt kein Auftreten ohne Tricot dulden wollte und sich nun wenigstens halbe Konzession hat abringen lassen. Ein Tanz „Reitb“ und ein ander, kurz und bündig „Tanz-Jobbe“ genannt, sind voller Liebreiz. Das Publikum vergißt die eben erwähnte Entkleidungsscene und kommt am Ende zu der Einsicht, daß auch auf der Bühne nicht die Nacktheit in schilleriger Geberde, sondern eher die Scheu vor ihr unästhetisch ist. Dann aber folgt etwas Entsetzliches: ein Cake-Walk im Gigel-Kostüm. Es ist als wollte jemand mit aufgeträmpelten Hemdsärmeln an einem Familienball teilnehmen. Mit dieser Leistung hat Miß de Grey über die Beweggründe ihres Barfußanzuges den Stab gebrochen. Möge sie mit erstem Bemühen bei ihrer Nachahmerin Miß Duncan in die Lehre gehen.

Der Sportpark Friedenau, welcher am letzten Sonntag dem sportliebenden Publikum das ausgezeichnete Dauerrennen um den Großen Preis von Berlin bot, bereitet für die nächsten Sonntage noch einige Rennen vor, die den Höhepunkt der Saison erreichen dürften. Am 6. September ist seitens der Direktion der berühmte französische Steher Dangla gewonnen worden, der erst kürzlich den von Nobi geschaffenen Stunden-Weltrekord von 80 Kilometer 633 Meter noch um ca. 600 Meter verbessern konnte. Der Wunsch

Nobi, sich mit den Franzosen in einem offenen Rennen zu messen, wird damit erfüllt, denn auch Thaddäus wird an dem Zweistunden-Rennen um den Friedenauer Goldpokal am 6. September teilnehmen. Didentmann, Gornemann und Käfer sind die andren Teilnehmer des Rennens.

Aus den Nachbarorten.

Ein findiger Wirt. Der Gastwirt Meißner in der Berlinsiraße 147 zu Charlottenburg verfiel auf den Gedanken, durch ungewöhnliche Zeitungsanzeigen die Aufmerksamkeit des Publikums auf sein Lokal zu lenken. Schließlich aber ging er in seiner Findigkeit so weit, daß ihm dieses Mittel wohl etwas teuer werden wird. Vor acht Tagen veröffentlichte er im „Tiermarkt“ eines hiesigen Blattes folgende Anzeige: „Zu vernehmen. Papagei, zahm, sprechend, an herrliche Leute, welche ihn gut pflegen wollen. Abzuholen Charlottenburg am Rnie, Berlinstr. 147. Meißner, Vogelbauer mitbringen.“ Kaum war die Anzeige heraus, da kamen auch schon die tier- und papageiliebenden Leute gelaufen, mit Vogelbauern in allen Größen, um sich die seltene Gelegenheit nicht entgehen zu lassen. Erst jetzt sah ein jeder, daß Meißner eine Gastwirtschaft hat, und „anstandslos“ trank man zunächst ein Glas Bier oder auch einen Pils. Etwas enttäuscht erfuhr man erst hinterher, daß der Papagei bereits vergeben sei. So sagte Meißner. In Wirklichkeit aber hatte er gar keinen Vogel, wenigstens keinen Papagei. Die meisten Gäste beruhigten sich bei der Erklärung und glaubten sie. Andren aber kam die Geschichte verdächtig vor und sie gingen zur Polizei. Diese suchte nun auch Meißner auf, um sich als ein Opfer eines schlechten Scherzes hinzustellen. Jrgend jemand habe die Anzeige einzuenden lassen, um ihm einen Schabernack zu spielen. Die Polizei aber glaubte nach ihren Ermittlungen nicht an diese Ausrede, sondern sandte dem überstüßigen Wirt wegen groben Unfugs einen Strafbefehl über zehn Mark. Damit wird aber die Geschichte noch nicht erledigt sein. Wahrscheinlich wird sich Meißner auch noch wegen unlauteren Wettbewerbes und vielleicht auch noch wegen Betruges zu verantworten haben, von Zivilklagen auf Schadensersatz ganz abgesehen. Neben den persönlichen Verwörungen um den loibaren Vogel gingen noch gegen 400 schriftliche her, die für den Gastwirt allerdings keinen Wert hatten, weil sie keinen Vorrat an Getränken und Speisen nicht verringerten.

Neu-Weihenste. Einen langwierigen Prozeß führt der Restaurateur Adolf Gory in einer Verwaltungsstreitsache gegen die Gemeindevertretung von Neu-Weihenste. Im März 1902 wurde G. zum Gemeindeverordneten gewählt, jedoch aber nicht anerkannt, weil er die Eigenschaft eines Angehörigen nicht besitzen sollte. Im Juni 1902 erfolgte die Ersatzwahl und G. wurde wiederum gewählt; er konnte seine Eigenschaft als Angehöriger nachweisen als Mitinhaber eines Grundstücks und zwar des Grundstücks seiner Tochter. Nach der Landgemeinde-Ordnung sind Teilhaber eines Grundstücks Angehörige und als solche wählbar, wenn durch Vereinbarung ein bestimmter Teilhaber das Recht ausüben will. Die Gemeindevertretung in ihrer Mehrzahl betrachtete jedoch die ganze Sache als „Schlebung“ und erklärte die Wahl abermals für ungültig, worauf G. das Verwaltungsstreit-Verfahren erhob. Der Kreis- und Bezirksauschluß trat der Ansicht der Gemeindevertretung bei und liegt das Verfahren nunmehr beim Ober-Verwaltungsgericht. Allen Anschein nach wird die Wahlperiode des G. (1904) ablaufen, bevor der Streit entschieden wird. Denn auf bereits mehrmaliges Ersuchen um Ansetzung eines Termins erhielt G. ziemlich gleichlautende Antworten. Die letzte lautet:

Berlin, 7. August 1903. Erwiderung auf die Anfrage vom 4. ds. Mts.: In der Verwaltungsstreitsache des Restaurateurs Gory zu Neu-Weihenste wider die Gemeindevertretung ebenda kann nach der Geschäftsaklage des Gerichtshofes auch jetzt noch nicht Termin anberaumt werden. Unterschrift.

Katürlich wird niemand die Behauptung aufstellen wagen, daß das Verfahren absichtlich in die Länge gezogen wird, da jeder gute Staatsbürger weiß, daß bei uns alles seinen geschäftsordnungsmäßigen Gang geht. Um aber auch selbst bloßen unbedeutenden Vermutungen den Boden zu entziehen, wäre es vielleicht zu ermöglichen, daß sich ein geschäftsordnungsmäßiger Weg zur Beschleunigung der Sache finden läßt.

Achtung, Konditionen und verwandte Verufe! Heute abend 8 1/2 Uhr große öffentliche Versammlung in den Germania-Sälen (weilher Saal), Chausseest. 103. Tagesordnung: „Warum müssen die Kollegen sich einen Kognitarf erringen?“ Referent: Kollege G. Weidler. Freie Aussprache. Der Centralverband.

Verband der Freiseuregehilfen Deutschlands, Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 27. August, abends 10 Uhr: große öffentliche Versammlung im Grand Hotel Alexanderplatz (Eingang Neue Königstraße 44), blauer Saal.

Briefkasten der Redaktion.

C. F. 16. Sie irren — die 16 Kriminalbeamten waren nicht erschienen, um die nach immer bei uns lagernden 80 R. abzuholen. C. Kose, B. 50. Ist Sache derjenigen Köpferkaff, welche ihn entgehet und die Kontrollen auszuüben hat. Mac Matthias. Jedes Parteimitglied ist berechtigt, Vorträge zum Parteitag zu stellen. Der Antrag muß vom Vertrauensmann unterzeichnet werden. Der Antragsteller hat das Recht, auf dem Parteitage seinen Antrag zu vertreten oder einen befreundeten Delegierten damit zu beauftragen.

Marktpreise von Berlin am 25. August 1903 nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums. Table with columns for goods (e.g., Weizen, Roggen, Butter, Eier, etc.), quality, and prices.

Witterungsübersicht vom 26. August 1903, morgens 8 Uhr. Table with columns for stations (e.g., Stettin, Danzig, Berlin, etc.), weather conditions, and temperature.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 27. August 1903. Zunächst dieses Wetter bei steigender Temperatur und lebhaften südwestlichen Winden; später neue Trübung und etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

Grösstes Geschäft der Welt in Gänse-Artikeln

Hermann Leissner,
Berlin C., Klosterstrasse 93, 94, 95,
empfiehlt täglich frisch und in grosser Auswahl
Gderbrucher Fettgänse und Stopfgänse
in nur Prima-Ware, sowie sämtliche
Gänse-Artikel

als Gänseklein 90 Pf. Gänsefleisch (Keulen mit Rücken) à Pfd. 60 Pf. Gänsefleisch ohne Keulen à Pfd. 40 Pf. u. Gänsehaut. Gänseleber à Pfd. 1,20 M. Gänselebern à Pfd. 1,20 Pf. Gänsekeulen, frisch und gepökelt. Gänserümpfe.

II. frische weisse Gänse-Stopf-Leber, anerkannt beste Gänsegrrieben à Pfd. 2 M. **II. Gänse-Leberwurst** à Pfd. 2 M. **Räucherkeulen** mit und ohne Knochen. **Garantiert** reines, frisches Gänseeschmalz à Pfd. 1,20 M.

Pa. Pa. Spickgans (Rollbrust), im Ganzen à Pfd. 1,80 M., ausgeschnitten à Pfd. 2 M. **II. Cervelatwurst** à Pfd. 1,40 M. **Salamiwurst** à Pfd. 1,40 M. **II. Leberwurst** à Pfd. 1,40 M. **Dampfwurst** à Pfd. 70 Pf. **Täglich frische Wiener u. Frau-städter Würstchen.** **II. Aufschnitt** à Pfd. 1,60 M. und 2 M.

Pa. Rind-, Kalb- und Hammelfleisch usw. Nach ausserhalb nur gegen Nachnahme.

Hermann Leissner, [131/11
Berlin C., Klosterstr. 93, 94, 95 u. Eckh. Kaiser Wilhelmstr. 11.
Central-Markthalle Stand 26. Telephon Amt VII, No. 3072.

Berliner Ressource
Kommandantenstr. 57
hochelegante Festsäle für 500 bis 1000 Personen,
empfiehlt zu constanten Bedingungen
23002*

Adolf Stein.
Sonnabende und Sonntage noch frei.

Feuersteins Festsäle,
Alte Jakobstr. 75. A. I. 867.
Empfehle meine grossen und kleinen Säle sowie
Bereitsräume, 100-300 Personen fassend. 24082*

Graumanns Festsäle und Garten,
Achtung! Raunynstrasse 27. Vereine!
September-Sonntage sind noch frei!
24232* **Gustav Graumann.**

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
16 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Restaurant, Vorgarten, an-
schliessende Wohnung und Fabrik-
kantine, viele Bauten und Zimmer-
platz, sofort volle Konzeption, langer
Rantplatz, verlässlich, Kaufpreis:
Zimmer, Cigarrenfabrikant, Schützen-
strasse 17. 10915

Bahnhof Bildau, bei Reuthen,
Gohersheim, Schmarthof, Gohers-
lager, hochgelegene prachtvolle Bau-
stellen, Aste 20 Mark, ohne An-
zahlung, nur 10 Jahre fest.
Bermittler erhalten 20 Mark Abschlag-
Prämie. Dornblatt, Gohers, Hoher-
lehme; Restaurant Carl, Prinzessinnen-
strasse 4; Rabermann, Jüterburger-
strasse 19. 17738*

Gardinenbau Große Frankfurter-
strasse 9, parterre. 137*

Herrnanzüge, Sommerpaletots,
Reifelder, juradefekte, hoch-
vornehm, kostbillig. Deutsches
Befandhaus Jägerstrasse 63, 1 Teppie.
Teppiche (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Schum, Dasehofer
Markt 4, Dahnhol Straße. 93/2*

Spotbillig Teppiche, Betten,
Gardinen, Portieren, Tischdecken,
Steppdecken, Wäsche, Anzüge,
Remonteurarbeiten, Regulatorien, Uhr-
ketten, Möbel, Spiegel, Silber, Leib-
hause Reanderstrasse 6. Teilzahlungen
gehaltet. 19/2*

Teppiche mit Gelegenheitskauf!
Seidenstoff, halt 8 M. durchweg 3,75.
elegante Plüschteppiche 4,50 verkauft
Julius Reumann, Belle Alliance-
strasse 105. 18338*

Kleiderpind, neu, nussbaum, 20,00,
Kommode 20,00, Stühle 2,50 Reichen-
bergerstrasse 37, Hofes. 11166*

Möbelgeschäften, Brautleuten
empfehle meine Möbelschneiderei für ge-
bogene Wohnungen - Einrichtungen,
reelle Arbeit, bekannt billig, welt-
gehende Garantie. Hermann, Tischler-
meister, Dresdenerstrasse 124. 18168*

Milchgeschäfts-Einrichtungen,
Möbel, Kaminen, Röhre, Milchhebe,
Bügeleisen, Buttermaschinen usw.
Billigt Jordan, Kleine Wachau-
strasse 28, I. 18278*

Gobelände billig. Diewil,
Rohrstrasse 76. 10965

Teppiche mit Gardinenkleben, Jäger-
meisterstrasse Große Frankfurterstrasse 9,
parterre. 137*

Steppdecken billigst Fabrik Große
Frankfurterstrasse 9, parterre. 137*

Rechtsbureau. Gerichtsakten,
Eingabengeld, Katerstellung, Straf-
sachen, Gehalts, Brunnenstrasse 97.
10806*

Rechtsbureau. Prozessbeistand,
Ehescheidungsakten, Alimentensachen,
Eingaben - Gesuche, Katerstellung,
Grüner Weg vierundneunzig (An-
dauernplatz). 10806*

Rechtsbureau. Prozessbeistand,
Eingabengeld, Katerstellung, Kaff,
Brunnenstrasse vierzig. 10835*

Rechtsbureau. Prozessbeistand,
Klagen, Eingabengeld, Kater-
stellung, Präger, Kurzeckstrasse 18
(Alexanderplatz). 51/6*

Auskunfts-bureau für Rechts-
sachen, Unfallachen. Gute Schriftliche.
Holzmarktstrasse 66. 4915*

Kunsthoferei von Frau Kofsky,
Steinmehlestrasse 48, Quergebäude hoch-
parterre. 1490*

Hörn repariert Wilhelm Glade,
Fuldaerstrasse 20. 1483*

Fahrradgesch. auch defekt, Repa-
rat., Schönhauser Allee 163a. 93/19*

Bereinszimmer zu vergeben,
Gydmann, Reichenbergerstrasse 16. *

Bereinszimmer, großes, frei,
Simeonstrasse 23, Bild. 17388*

Bereinszimmer, 40 Personen,
Gydmann, zu vergeben, Komman-
dantenstrasse 65, Ladenpl. 17628*

Patentanwalt Dammann, Kirch-
platz 57. 11276*

Bereinszimmer, 15 bis 25 Per-
sonen, noch einige Tage frei. Anorn,
Köpenickerstrasse 135. 11214

Wer leidet gegen pünktliche monat-
liche Rückzahlung (Rente) und Zinsen
100 Mark. Beste Angebote bitte
unter A bei Mars, Kastanien-Allee 96.

Sonnabend, den 29. August: 223/5

Grosses Herbstfest

arrangiert von den Parteigenossen Lichtenbergs
unter Mitwirkung der Theatergesellschaft „Strzelewicz“.
Entree 20 Pf. Anfang nachmittags 5 Uhr. Tanz 50 Pf.

Aufarbeitung von Betten und Matratzen.

Metall-Bettstellen **Polster-Bettstellen**

Das Betten-

Bettfedern- und Daunen-Specialgeschäft

A. Schonert, Mariannen-Platz No. 8,

befindet sich vom 26. August ab 2379L*

Oranienstr. No. 12

(am Heinrichs-Platz).

Fernsprech-Anschlüsse:
Heinrichs-Platz: Winterfeldt-Platz:
Amt IV, 6870. Amt VIa, 11390.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

A. Schulz, Reichenberger Strasse 5

empfiehlt Einrichtungen in Ruhbau und Mahagoni von 210 bis 5000 Mark zu äusserst billigen Preisen.
Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. 23242*

Fey's Gesellschaftshaus,

Brunnenstrasse 184.

2265
Zu Versammlungen und Vergnügungen empfehle mein Lokal, bis
500 Personen fassend. **G. Fey.**

Reichel's weltberühmter
Hühneraugentod
beseitigt vollständig schmerzlos jedes
Hühnerauge, selbst veraltete u. jah-
relange Hautgeschwüre. Jede Btl. 1.-
Otto Reichel Berlin 100
Friedrichstr. 4
Wiele Wundheilungen.

Steppdecken

Gelegenheitskauf!

Cretonne, doppelseitig 2,65
Purpur, doppelseitig 2,50
Triolet, doppelseitig 3,50
Wollatlas, alle Farben 4,65
Similiseide, alle Farben 5,25
Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00 M.
Special-Haus **Emil Lefevre,**
Berlin S., Oranienstrasse 158.

Alle Wägen

werden nebst Best durch mein Mittel
vollständig verfertigt. 31. 50 Pf. und
1 M. Ebenso Schwaben, Kufen,
Kranzeln, Blattläuse etc. Schachtel
30, 60 Pf. u. 1 M. Zahlreiche An-
erkennungen. 19592*

1000 Mark Belohnung
zahle demjenigen, der mir einen Richt-
erfolg nachweist. Nur allein echt
bei **Hugo Barth, Droguerie, Jäger**
Brunnenstr. 14, früher Nr. 18.

Bilanz-Fertigstellung,

zweckmäßige Einrichtung, zeit-
weilige Fortführung der Ge-
schäfts-Bücher, Bücher-
Revisionen durch **Wilhelm**
Müch in Naumburg a. S.,
besidiger Bücherrevisor.

Schloss Burg-
Geld-Lotterie
Ziehung 2 u. 3. Septbr.
Gesamt - 200 000 Mk.
Gewinne - 200 000 Mk.
Originallose a 3 Mk.
empfiehlt die Glückskollekte
J. Rosenberg,
51 Kommandantenstrasse 51.
Porto u. Liste 30 Pf. extra.

Dr. Simmel, Prinzen-
str. 41. [131/19*
Specialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Restaurant, Vorgarten, an-
schliessende Wohnung und Fabrik-
kantine, viele Bauten und Zimmer-
platz, sofort volle Konzeption, langer
Rantplatz, verlässlich, Kaufpreis:
Zimmer, Cigarrenfabrikant, Schützen-
strasse 17. 10915

Bahnhof Bildau, bei Reuthen,
Gohersheim, Schmarthof, Gohers-
lager, hochgelegene prachtvolle Bau-
stellen, Aste 20 Mark, ohne An-
zahlung, nur 10 Jahre fest.
Bermittler erhalten 20 Mark Abschlag-
Prämie. Dornblatt, Gohers, Hoher-
lehme; Restaurant Carl, Prinzessinnen-
strasse 4; Rabermann, Jüterburger-
strasse 19. 17738*

Gardinenbau Große Frankfurter-
strasse 9, parterre. 137*

Herrnanzüge, Sommerpaletots,
Reifelder, juradefekte, hoch-
vornehm, kostbillig. Deutsches
Befandhaus Jägerstrasse 63, 1 Teppie.
Teppiche (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Schum, Dasehofer
Markt 4, Dahnhol Straße. 93/2*

Spotbillig Teppiche, Betten,
Gardinen, Portieren, Tischdecken,
Steppdecken, Wäsche, Anzüge,
Remonteurarbeiten, Regulatorien, Uhr-
ketten, Möbel, Spiegel, Silber, Leib-
hause Reanderstrasse 6. Teilzahlungen
gehaltet. 19/2*

Teppiche mit Gelegenheitskauf!
Seidenstoff, halt 8 M. durchweg 3,75.
elegante Plüschteppiche 4,50 verkauft
Julius Reumann, Belle Alliance-
strasse 105. 18338*

Kleiderpind, neu, nussbaum, 20,00,
Kommode 20,00, Stühle 2,50 Reichen-
bergerstrasse 37, Hofes. 11166*

Möbelgeschäften, Brautleuten
empfehle meine Möbelschneiderei für ge-
bogene Wohnungen - Einrichtungen,
reelle Arbeit, bekannt billig, welt-
gehende Garantie. Hermann, Tischler-
meister, Dresdenerstrasse 124. 18168*

Milchgeschäfts-Einrichtungen,
Möbel, Kaminen, Röhre, Milchhebe,
Bügeleisen, Buttermaschinen usw.
Billigt Jordan, Kleine Wachau-
strasse 28, I. 18278*

Gobelände billig. Diewil,
Rohrstrasse 76. 10965

Teppiche mit Gardinenkleben, Jäger-
meisterstrasse Große Frankfurterstrasse 9,
parterre. 137*

Steppdecken billigst Fabrik Große
Frankfurterstrasse 9, parterre. 137*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125
Mark, Anwalderstrasse 148, Stalder-
strasse 40. 17638*

Frankfurter Allee 10, am Ring-
bahnhof. Nähmaschinen sämtlicher
Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00,
Vollkarte genügt. 51/2*

Nähmaschinen! Ringdoff, Adler,
Central-Bobbin, Orion, Tambourier-
scheider u. Wilson, Elastic, Säulen,
u. a. m. Prima Qualität, solide und
elegante Ausstattung, Preise billig,
bei Abzahlung constanteste Bedingungen.
E. Bellmann, Goltzowstrasse 26,
nahe der Landbergerstrasse. Alle
Nähmaschinen nehm in Zahlung. 17258*

Vorjährige elegante Herren-
Anzüge, Sommerpaletots und
Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis
40 Mark. Verkauf Sonnabend und
Sonntag. Verkaufshaus Germania,
Unter den Linden 21, II. 17198*

Gebirgskol. Baugewand, Kaus-
klub, Redlerverein, verlässlich. Fischer,
Koblenzstrasse 17. 11235

Cigarrenladen, frankfurterstrasse 30,
Reichenbergerstrasse 30.

Betten, prachtvolle, 18,00. Michel,
Dresdenerstrasse 38. 11255

Betten, guter Stand 22,00, Wäsche-
preis 30,00 umzugs halber, Wollber-
trasse 78 I rechts. 11196

Reparatur verkauft preiswert
Seilengeschäft, Oppenauerstrasse 38. 122

Tauben, langläufige, haubunte,
junge und alte, billig, Stück 1 bis 4
Mark. Bauernfeld, Ober-Schöne-
weide, Döben. 18358

Saukelle, Hauptverkehrsstrasse,
passend für Schankwirtschaft, Bierfahrer,
am Teltower-Kanal und Hofen ge-
legen, keine Kneipe in der ganzen
Gegend, hohes Gehalt in Aussicht,
47 Quadratmeter groß, bauseitig, preis-
wert zu verkaufen. V. 6 Expedition
dieses Blattes. 11175

Zwei Mark vierteljährig Damen-
hemden, Herrenhemden 3,30, Damen-
hemden, Normalwäsche, Kaschierungen
sowie elegante Reifemuster spott-
billig. Wäschefabrik Salomonstein,
Dirchenstrasse 21 (Alexanderplatz). 51/7

Wäscheapparate, gut erhalten,
Einde, Bettstellen, Tischdecken ganz
billig Reichardtstrasse 125a, vorn III.

Berlin, Kleiderpind, Wollstoffe,
Reichardtstrasse 121, Reichardtstr.

Saubrenner, moderne Bauart,
sehr leichtlaufend, ganz billig Große
Frankfurterstrasse 14, im Keller. 151

Singermaschine, gut laufend,
schön, 12,00, Grünerweg 62, IV rechts.

Ringelblumen, Hobbin, Schnell-
näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00,
gebrauchte 12,00. Köpenickerstrasse 60/61,
Brennauerstrasse 59/60 und Große
Frankfurterstrasse 43. 195*

Partiell wegen Todesfalls
sofort billig zu verkaufen Cottbus-
strasse 3. 195*

Gebrauchte Saloncarratur, Panzer-
schiff, Chaiselongue, Laishenlohe, Tru-
meau, Möbelfabrik Kommandanten-
strasse 40. 19/13

Nähmaschine, Chaiselongue ver-
lässlich Reichenbergerstrasse 182, haben.

Grünanfangsgeschäft sofort für
jeden annehmbaren Preis verlässlich
Stallfreibergerstrasse 53. 19/14

Bereine! Saal (200 Personen),
Bereinszimmer, Klubhaus, Annen-
strasse 18. 11205*

Platina, Gold, Silber, Brillanten,
Gebisse, alle Uhren, Waagen, Rehr-
gold kauft Groß, Weangelstrasse 4. *

Lehrmädchen
mit guter Schulbildung gegen
monatliche Vergütung per sofort
oder später gesucht. Persönliche
Vorstellung in Begleitung der
Eltern oder des Vormundes
mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr.

2420L **A. Jandorf & Co.,**
Bellevuestrasse Nr. 1-2.

Älteres Mädchen
coent Witwe (nicht unter 30 Jahren)
zur vollständ. Beforgung (Hausarbeit,
Kochen) kleineren Haushalts (Che-
paar, 1 Kind, 3 Stuben) gesucht.
Dienstverhältnis entsprechend den
Forderungen der Dienstboten-
bewegung geregelt. Lohn nach
Uebereinkunft. Anteil spätestens ersten
Oktober. Bewerbungen erbitet
Dr. Maurenbrecher,
Schöneberg, Brunnenstrasse Nr. 8.

Schlofferlehrlinge
werden eingeheilt. 131/12
Tresor,
Fabrik für Geldschrankbau,
Prinzlauer Allee 34.

Achtung, Kürschner!
Folgende Werkstätten
sind gesperrt:
Pelzbranche:
Herploh Sohn, Leipzigerstr. 11.
L. Bauchwitz, Neue Königstr. 85.
Raff & Mann, Taubenstr. 54.
Cohn & Warschauer, Alte Leipziger-
strasse.
Freistadt & Co., Oranienburgerstr. 2.

Mützenbranche:
Jellinek, Blumenstr. 79.
W. Nix, Barnimstr. 41a.
Poltzer, Kollstr. 7.
Deutschmann, Friedenstr. 57.
E. Glöckle, Immanuelstr. 8.
F. Hunder, Strahburgerstr. 14.
Sobotker, Christburgerstr. 35.

Nachdem machen wir darauf auf-
merksam, daß für Arbeitnehmende jede
Beschäftigung als gesperrt gilt, wo unsere
Forderung nicht anerkannt ist, und
erzuchen die Kolleginnen und Kol-
legen dringend, nur durch unsere
Arbeitsnachweis (Reparatur, Kurquardt,
Wendelschloßstr. 9) Arbeit nachzugehen.

Der Vorstand
des Verbandes der Kürschner Berlins
und Umgegend. 102/7*
S. A.: Grindel, Vorsitzender.

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter!
Die **Blasfabrik von Nieber**
& Co., Alexanderstr. 22 und
Wollner-Theaterstr. 26/27, ist
wegen Differenzen für sämtliche
Branchen gesperrt. 142/2*

Fachverein
der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Achtung, Fliesenleger!
Gesperret bleiben der Firma
Rosenfeld & Comp. sämtliche Bauten:
Bodenbergerstrasse, Ede Raabstrasse,
Sodenlaufenstrasse 39,
Van Schawow, Kurfürstendamm, Ede
Wielandstrasse.
• Schmock, Kurfürstendamm, Ede
Wielandstrasse.
• Gordenbergstr. 14 u. 17, neben
dem Steinplatz.
• Reimedecker, 6.
• Wagner-Bischhof.
• Landberger Allee 28.
• Charlottenburg, Bismarckstr. 12.
• Anieledstrasse, Ede Wollner-
strasse.
• Nichtenstein-Allee 3a.
Der Firma **Villoroy & Boch** sämt-
liche Bauten gesperrt:
Van Sarre, Grüner Weg 21.
• Wagenknecht, Tempelhofer, Fried-
rich Wilhelmstrasse.
• Charlottenburg, Gordenberg-
strasse, Ede Steinplatz, 2 Bauten.
• Hedenstrassestrasse, Ede Wollner-
strasse.
• Hoff, Spandauerstrasse.
• Esmil, Bauten der Firma **Emil Ende**:
Van Wagner-Bischhof, Nichtenberg.
• Rainzerstrasse, Niddorf.
• Dresdenerstrasse 122.
• Edestrasse, Norder-Industrie.
• Wilhelm Stolzeckstrasse 35.
Die Bauten der Firma **Siebbe,**
Edeglitz, bleiben gesperrt.
Die Kommission.

Achtung, Maurer!
In Cöpenick ist das Baugeschäft
Lohse u. Bach für sämtliche
organisierte Maurer, Putzer und
Fuger auf allen Bauten gesperrt.
143/15 **Der Vorstand.**

Achtung, Holzarbeiter!
In der Möbelschneiderei von
J. Kraus, Weichensee, Langhan-
strasse 22, sind Differenzen aus-
gebrochen. Zugang ist streng fernzu-
halten. 84/19
Gesperret ist ferner **Hahn &**
Netzkow, König-Graussee 71.
Die Crüderverwaltung.